



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

ARCHIV-EXEMPLAR

1986



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

ARCHIV-EXEMPLAR

1986

Herausgeber Eidg. Bankenkommission
Editeur Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach 1211, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11
Telex 912 449
Telefax 031 61 69 26

Vertrieb Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
3000 Bern

Diffusion Office central fédéral des imprimés et du matériel
3000 Berne

Inhaltsübersicht

Seite

Deutsche Fassung	5
Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds)	53
Französische Fassung	107

Sommaire

Page

Version allemande	5
Listes (institutions de revision et fonds de placement)	53
Version française	107

Inhaltsverzeichnis	Seite
Bankenkommission und Sekretariat	9
I. Einleitung	11
II. Wesentliches in Kürze	12
III. Aufsicht über die Banken	14
1. Stand der Gesetzgebung	14
1.1 Revision des Bankengesetzes	14
1.2 Revision der Bankenverordnung	15
2. Rundschreiben	16
3. Praxis der Aufsichtsbehörde	17
3.1 Geltungsbereich des Bankengesetzes	17
3.2 Neue Finanzinstrumente	19
3.3 Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit	21
3.3.1 Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten	21
3.3.2 Marcos- und Duvalier-Gelder	25
3.3.3 Massnahmen bei zweifelhafter Gewähr	27
3.4 Gegenrecht	29
3.4.1 Japan	29
3.4.2 USA	31
3.4.3 Kanada	31
3.4.4 Trustkonstruktionen	32
3.4.5 Liste der Gegenrecht bietenden Staaten	33
3.5 Prospekt für die Ausgabe von Notes	33
3.6 Länderrisiken	34
4. Insider-Gesetzgebung	36

5. Beziehungen zu anderen Behörden und Verbänden	36
5.1 Behörden des Bundes	36
5.2 Nationalbank	37
5.3 Ausländische Behörden	37
5.4 Verbände	38
5.5 Revisionsstellenkonferenz	38
6. Behandelte Geschäfte	39
6.1 Sitzungen	39
6.2 Verfügungen	39
6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen	39
7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften	41
7.1 Bestand Ende 1986	41
7.2 Erteilte Bewilligungen im Jahre 1986	41
7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit	43

IV. Aufsicht über die Anlagefonds 44

1. Praxis der Aufsichtsbehörde	44
1.1 Maximalkommissionen	44
1.2 Verkehrswertschätzungen von Liegenschaften	44
1.3 Europrogramme	45
2. Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft	46
3. Musterreglement für Wertschriftenfonds	46
4. Internationale Beziehungen	47
5. Behandelte Geschäfte	47
6. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1986	48

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen	50
1. Änderung der Pfandbriefverordnung	50
2. Überprüfung der Pfandbriefzentralen	50
VI. Interna	51
1. Bankenkommission	51
2. Sekretariat	51
3. Rechnung	51

Abkürzungen

ABV	Verordnung (der Eidgenössischen Bankenkommission) vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz (SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds (SR 951.31)
AFV	Vollziehungsverordnung vom 20. Januar 1967 zum Bundesgesetz über die Anlagefonds (SR 951.311)
AuslAFV	Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds (SR 951.312)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BankV	Verordnung vom 17. Mai 1972 zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (SR 952.02)
IRSG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz) (SR 351.1)
PfG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1930 über die Ausgabe von Pfandbriefen (SR 311.423.4)
PfV	Pfandbriefverordnung vom 23. Januar 1931 (SR 311.423.41)
ROG-EBK	Reglement vom 4. Dezember 1975 über die Organisation und Geschäftsführung der Eidgenössischen Bankenkommission (SR 952.721)
VSB	Vereinbarung vom 1. Juli 1982 über die Sorgfaltspflicht der Banken bei der Entgegennahme von Geldern und über die Handhabung des Bankgeheimnisses

Eidgenössische Bankenkommision

Präsident

Dr. iur. Hermann Bodenmann, Brig

Vizepräsident

Dr. iur. Albert Uldry, Freiburg (bis 31. Dezember 1986)

Prof. Dr. iur. Alain Hirsch, Genf (ab 1. Januar 1987)

Mitglieder

Dr. rer. pol. Amilcare Berra, Montagnola (ab 1. Januar 1987)

Dr. iur. Silvio de Capitani, Zürich (ab 1. Januar 1987)

Dr. iur. Paul Ehrsam, Zumikon

Hans Hartung, Feldmeilen (bis 31. Dezember 1986)

Prof. Dr. iur. Alain Hirsch, Genf (bis 31. Dezember 1986)

Prof. Dr. rer. pol. Hans Schmid, St. Gallen

Hans Wyer, Staatsrat, Visp

Sekretariat

Direktor

Fürsprecher Bernhard Müller (bis 31. Januar 1986)

Dr. iur. Kurt Hauri (ab 1. Februar 1986)

Bewilligungen/Anlagefonds

Jacques B. Schuster, Vizedirektor, Stellvertreter des Direktors

Rechtsdienst

Fürsprecher Daniel Zuberbühler, Vizedirektor

Revisorat

Dr. rer. pol. Paul Sommer, dipl. Bücherexperte, wissenschaftlicher Berater (bis 28. Februar 1987)

Adresse

Marktgasse 37, Postfach 1211, 3001 Bern

Tel. 031 / 61 69 11, Telex 912 449, Telefax 031 / 61 69 26

I. Einleitung

Die Bankenkommission ist für die Beaufsichtigung von drei Bereichen des Finanzsektors zuständig. Es sind ihr zur selbständigen Erledigung übertragen die Aufsicht über das Bankwesen (Art. 23 Abs. 1 BankG), die Anlagefonds (Art. 40 AFG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 BankG) sowie das Pfandbriefwesen (Art. 39 PfG). Über ihre Aufsichtstätigkeit hat die Bankenkommission dem Bundesrat mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten (Art. 23 Abs. 3 BankG). Mit dem vorliegenden Bericht kommt sie dieser gesetzlichen Pflicht für 1986 nach.

Die Berichterstattung befasst sich insbesondere mit den im abgelaufenen Geschäftsjahr behandelten wichtigen Fragen der Aufsicht sowie mit der Politik und Praxis der Bankenkommission. Der Bericht enthält überdies die Verzeichnisse der von der Bankenkommission beaufsichtigten in- und ausländischen Anlagefonds sowie die Liste der für die Revision von Banken und Anlagefonds anerkannten Revisionsgesellschaften. Dagegen werden im Jahresbericht keine detaillierten statistischen Angaben über die Entwicklung und den Stand des schweizerischen Bankwesens publiziert. Hierzu wird auf die im Herbst 1987 erscheinende umfassende Publikation der Schweizerischen Nationalbank «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1986» verwiesen, die neben der Kommentierung statistischer Unterlagen auch ein Verzeichnis der dem Bankengesetz unterstellten Banken umfasst.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht die Bankenkommission im «Bulletin» ihre wichtigsten Entscheide (letztmals 1986 Heft 16.)

II. Wesentliches in Kürze

Nach der Kündigung durch die Schweizerische Nationalbank läuft die 1977 abgeschlossene und 1982 erneuerte Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht der Banken bei der Entgegennahme von Geldern und über die Handhabung des Bankgeheimnisses (VSB) Ende September 1987 aus. Sie soll durch reine Standesregeln der Schweizerischen Bankiervereinigung abgelöst werden. Im Hinblick darauf kündigte die Bankkommission der Bankiervereinigung an, dass sie inskünftig von den Banken grundsätzlich die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten auch gegenüber von schweizerischen Anwälten und Treuhändern vertretenen Kunden verlangen wird. Die Bankiervereinigung erklärte sich bereit, in ihre neuen Standesregeln eine wesentliche Einschränkung der diesbezüglichen Ausnahmebestimmungen vorzunehmen und damit diesen Mangel der geltenden VSB zu beseitigen (vgl. III., Ziff. 3.3.1, S. 21).

Der rasche und tiefgreifende Wandel auf den internationalen Finanzmärkten veranlasste die Bankkommission, ihre Untersuchungen

- über eine Ausdehnung der bankengesetzlichen Vorschriften – insbesondere über die eigenen Mittel, die Risikoverteilung, die Liquidität und die Rechnungslegung – auf die Ausserbilanzgeschäfte (vgl. III., Ziff. 1.2, S. 15 f., und Ziff. 3.2, S. 19 ff.) und
- über eine Erweiterung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes auf gewisse Finanzintermediäre wie Emissionshäuser (vgl. III., Ziff. 1.1, S. 14, und Ziff. 3.1, S. 17 ff.)

voranzutreiben. Sie wird dem Bundesrat entsprechende Anträge für eine Revision der Bankenverordnung unterbreiten. Die eingeleiteten Schritte haben zum Ziel, die neuen Entwicklungen und die damit verbundenen Risiken der Banken aufsichtsrechtlich zu erfassen und ganz allgemein die Funktionsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz zu sichern.

Der Bundesrat und die Bankkommission bekräftigten durch ihr Vorgehen bei den Marcos-Geldern ihren Auftrag, allen Vorwürfen entgegenzutreten, wonach der Schweizer Finanzplatz als sicherer Hort illegaler Gelder zur Verfügung stehe und unmittelbar bevorstehende Rechtshilfeverfahren durch den Abzug entsprechender Vermögenswerte unterlaufen werden können. Die Erfahrungen im Falle der Duvalier-Gelder, wo vorsorgliche Sicherstellungsmassnahmen frühzei-

tig gestützt auf das Rechtshilfegesetz ergriffen wurden, zeigen, dass diese gesetzliche Grundlage in der Regel ausreicht und nur unter ganz besonderen Umständen zu anderen Mitteln gegriffen werden muss (vgl. III, Ziff. 3.3.2, S. 25 ff.).

Die Voraussetzungen für eine Lösung des internationalen Verschuldungsproblems haben sich auch 1986 nicht verbessert. Vor diesem Hintergrund beschloss die Bankenkommission, den 1983 festgelegten minimalen Wertberichtigungssatz für Ausleihungen in Problemländern von 20 auf 30% zu erhöhen. Bis Ende 1987 müssen grundsätzlich alle Banken die erhöhten Anforderungen an die Wertberichtigungen für Länderrisiken erfüllt haben (vgl. III., Ziff. 3.6, S. 34 f.).

Mit der zunehmenden Verflechtung der internationalen Finanzplätze und Finanzmärkte hat die expansive Zweckbestimmung des Gegenrechtes im Sinne der Förderung der Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken im Ausland an Bedeutung gewonnen. Die Bankenkommission schenkt deshalb heute bei der Prüfung des Gegenrechtes den tatsächlichen Geschäftsmöglichkeiten der schweizerischen Banken im Ausland mehr Beachtung. Diese veränderte Betrachtungsweise veranlasste sie, das Gegenrecht mit Japan neu zu überprüfen, weil im Gegensatz zu den Aktivitäten, welche den japanischen Banken in der Schweiz offen stehen, diejenigen der schweizerischen Institute in Japan nach wie vor stark eingeschränkt sind (vgl. III., Ziff. 3.4.1, S. 29 f.).

III. Aufsicht über die Banken

1. Stand der Gesetzgebung

1.1 Revision des Bankengesetzes

Der Bundesrat hat in Stellungnahmen zu parlamentarischen Vorstössen zum Ausdruck gebracht, dass er Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Teilrevision des Bankengesetzes nicht mehr gleich beurteilt wie noch vor einigen Jahren. Ausgehend von ausländischen Finanzmärkten sind Entwicklungen im Gange, deren Auswirkungen auf den schweizerischen Finanzplatz noch nicht absehbar sind, namentlich die rasch voranschreitende Verlagerung von der traditionellen bilanzwirksamen Kreditvermittlung zu den bilanzunwirksamen Geschäften. Der Bundesrat hält es nicht für zweckmässig, das Bankengesetz im heutigen Zeitpunkt zu ändern. Sobald sich die Situation geklärt hat, will er aufgrund der von der Bankenkommission gesammelten Erfahrungen entscheiden, ob eine Gesetzesänderung nötig ist.

Die Auffassung des Bundesrates deckt sich mit der von der Bankenkommission bereits in den Vorjahren (vgl. Jahresbericht 1984, S. 14; 1985, S. 8) vertretenen Beurteilung, dass das geltende Bankengesetz eine zeitgemässe Auslegung durchaus zulässt. Es geht somit darum, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen und die Bedürfnisse nach einer Ausdehnung der Aufsicht abzuklären, bevor Änderungen auf gesetzlicher Ebene eingeleitet werden. Die Bankenkommission übernimmt damit die Aufgabe, ihre bisherigen Vorarbeiten über die Möglichkeit einer Ausdehnung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes auf heute nicht beaufsichtigte Unternehmen des Finanzbereiches (vgl. Ziff. 3.1, S. 17 f.) zum Abschluss zu bringen und die Revision der Bankenverordnung (vgl. Ziff. 1.2, S. 16) vorzubereiten.

Offen bleibt die Frage, ob anstelle der bisherigen Aufsicht über bestimmte Sektoren (wie Banken und Anlagefonds) der Finanzmarkt nicht einer umfassenden nationalen Regelung bedarf, wie sie in anderen Ländern schon besteht oder wie sie sich angesichts der heutigen raschen Wandlungen auf anderen internationalen Finanzplätzen abzeichnet. Eine solche Regelung, erfolge sie auf gesetzlicher und/oder privater Ebene (self-regulation), müsste insbesondere den Wertschriftenhandel miteinbeziehen.

1.2 Revision der Bankenverordnung

Vor dem Abschluss stehen die Arbeiten für eine Änderung der geltenden Liquiditätsvorschriften, die sowohl von Bankenseite als auch von der Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank heute als unbefriedigend empfunden werden. Einhellig kritisiert werden insbesondere die unnötigen Umtriebe zur Einhaltung der Kassenliquidität am Monatsende, die wegen der progressiv gestaffelten Liquiditätssätze schwierige Planung und Berechnung der geforderten liquiden Mittel und die im internationalen Vergleich aus heute nicht mehr massgebenden geldpolitischen Gründen überhöhten Anforderungen. Wesentlicher für die Ausgestaltung der Liquiditätsvorschriften ist vielmehr die im Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (vgl. Jahresbericht 1985, S. 38) gewonnene Einsicht, dass eine Bank über einen ausreichenden Notvorrat an Liquidität verfügen sollte, um im Falle einer Vertrauenskrise und der dadurch ausgelösten übermässigen Einlagerückzüge die fälligen Verpflichtungen solange erfüllen zu können, bis von anderen Banken und allenfalls den Behörden ein Auffangnetz bereitgestellt ist. Zu berücksichtigen ist zudem die Verlagerung innerhalb der Bankpassiven von vielen Kleingläubigern zu grossen institutionellen Anlegern, welche dank besserem Informationsstand frühzeitiger reagieren und mit einem Rückzug ihrer Einlagen einen massiven Liquiditätsabfluss auslösen können. Nach Auffassung der Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank müssen ferner die Liquiditätsbedürfnisse aus den bilanzunwirksamen Geschäften in die neuen Vorschriften einbezogen werden (vgl. Ziff. 3.2, S. 19 ff.). Die Banken ihrerseits wünschen eine Ausdehnung der anrechenbaren leicht verwertbaren Aktiven. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Schweizerischen Nationalbank und der Bankenkommission, prüfte die von den Banken im Herbst 1985 unterbreiteten Änderungsvorschläge (vgl. Jahresbericht 1985, S. 8 f.) und hat eigene Vorstellungen zur Kassenliquidität und zur Gesamtliquidität entwickelt. Ende 1986 fand ein erster Meinungsaustausch zwischen den beiden Arbeitsgruppen statt.

Der Schlussbericht der von der Bankenkommission eingesetzten Arbeitsgruppe zur Behandlung der Ausserbilanzgeschäfte der Banken ist im Sommer 1987 zu erwarten (vgl. Ziff. 3.2, S. 21). Aus der systematischen Erfassung und Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen

Risiken der neuen Finanzinstrumente wird sich ergeben, ob – wie die Bankenkommission annimmt – eine Änderung der Eigenmittelvorschriften nötig ist. Ebenso dürfte wegen der zunehmenden Bedeutung der Ausserbilanzgeschäfte ein Ausbau der ergänzenden Angaben zur Jahresbilanz notwendig werden.

Bestandteil der Verordnungsrevision wäre im weiteren eine Ausdehnung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes auf gewisse Finanzintermediäre wie Emissionshäuser und Vermögensverwalter, die einen Bankbetrieb führen, indem sie die Vermögenswerte ihrer Kunden nicht ausschliesslich auf deren Namen bei Banken halten und über Verwaltungsvollmachten verfügen (vgl. Ziff. 3.1, S. 17 f.).

Die Bankenkommission wird anschliessend dem Eidg. Finanzdepartement zuhanden des Bundesrates ihre Anträge zur Revision der Bankenverordnung unterbreiten. Bei dieser Gelegenheit könnten allenfalls auch die 1972 eingeführten Risikoverteilungsvorschriften an die Praxis und die Erfahrungen der Bankenkommission angepasst werden.

2. Rundschreiben

Am 6. Mai 1986 erliess die Bankenkommission das Rundschreiben über die «Gelder aus gebundenen Vorsorgevereinbarungen (3. Säule, BVV 3)». Das Rundschreiben regelt die Bilanzierung dieser Gelder und ihre Behandlung bei der Liquiditätsberechnung. In der Bilanz sind sie als Spareinlagen unter der entsprechenden Rubrik auszuweisen (Art. 23 BankV, Position «2.5 Spareinlagen»). Sofern sie unter dieser Position gesondert als Vorsorgegelder ausgeschieden werden, dürfen sie bei der Liquiditätsberechnung wegen der stark eingeschränkten Verfügungsbefugnis der Vorsorgenehmer wie «Kreditoren auf Zeit» behandelt werden. Die Kreditoren auf Zeit haben gegenüber den übrigen Spareinlagen den Vorteil, nicht in die Liquiditätsberechnung zu fallen, es sei denn, sie seien innert Monatsfrist fällig.

Die Bankenkommission beschloss 1985, das Rundschreiben Nr. 29 über die interne Revision der Banken an die heutigen Erfordernisse anzupassen. Es geht insbesondere darum festzulegen, unter welchen Bedingungen eine Bank ein internes Inspektorat einzuführen hat. Im Hinblick auf diese Revision hat die Bankenkommission durch die ban-

kengesetzlichen Revisionsstellen Mitte Jahr eine Erhebung über den internen und externen Revisionsaufwand bei Banken durchführen lassen. Die Auswertung der Umfrage soll einerseits aufzeigen, wie gross der Aufwand für die Revision im Bereiche der Banken heute ist, und damit einen Vergleich zu einer ähnlichen Erhebung aus dem Jahre 1978 ermöglichen (vgl. EBK-Bulletin 4, S. 5 ff.). Andererseits soll das Ergebnis der Auswertung auch eine Grundlage geben für die Definition neuer Kriterien, ob eine Bank ein internes Inspektorat benötigt.

Die Bankenkommission beabsichtigt, die bestehenden Rundschreiben über die Risikoverteilung (Art. 4bis BankG, Art. 21 BankV) in einem der neuen Praxis angepassten Rundschreiben zusammenzufassen. Gleichzeitig soll auch die Behandlung von Unterbeteiligungen und die Verrechnung von gegenseitigen Forderungen im Bankkonzern klar geregelt werden.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Geltungsbereich des Bankengesetzes

Die 1985 eingeleitete Untersuchung über die Tätigkeit der Finanzgesellschaften und die Möglichkeit ihrer Erfassung nach geltendem Recht konnte noch nicht abgeschlossen werden und wird weitergeführt (vgl. Jahresbericht 1985, S. 8).

Ausgangspunkt der Untersuchung sind die Ziele des heutigen Bankaufsichtsrechts: Im Vordergrund stand und steht heute noch der Schutz der Bankgläubiger. Aber auch der Kunde, der bei einer Bank ein Depot unterhält und sich von dieser bei der Anlage seines Vermögens beraten lässt, profitiert von den Kontrollen der bankengesetzlichen Revisionsstellen. Diese haben nämlich zu überprüfen, ob die Banken das Depotgeschäft zuverlässig und zweckmässig organisiert haben und die Sicherheit der Kundendepots gewährleistet ist (Art. 44 Bst. p BankV). Darüber hinaus soll die Bankaufsicht das Vertrauen in die Schweizer Banken als eine wesentliche Grundlage des Finanzplatzes stärken. Dazu gehört auch die Sorge um den guten Ruf des Finanzplatzes Schweiz, der seinerseits die Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Finanz- und Kapitalmärkte darstellt. Schliesslich

ist der Bankenkommission mit der Gegenrechtsbestimmung auch ein wirtschaftspolitisches Instrument anvertraut.

Im Hinblick auf dieses Zielbündel wird es immer fragwürdiger, im Finanzbereich tätige Gesellschaften einzig deshalb von jeglicher Aufsicht befreit zu lassen, weil sie zur Refinanzierung keine Einlagen des Publikums entgegennehmen. Das Zinsdifferenzgeschäft, an das allein die noch geltende Praxis der Bankenkommission zur Umschreibung des Begriffs Bank anknüpft, ist für die Banken nämlich von zunehmend geringerer Bedeutung. Überstiegen im Jahre 1970 die Erträge aller schweizerischen Banken aus dem Zinsdifferenzgeschäft den Saldo der Kommissionen noch um das Anderthalbfache, war es im Jahre 1985 beinahe umgekehrt. Dies zeigt, wie stark die Banken ihre Tätigkeit auf sogenannte indifferente Geschäfte verlagert haben. Solche Geschäfte kann nach der bisherigen Praxis der Bankenkommission auch tätigen, wer nicht als Bank dem Bankengesetz voll untersteht. Mit der Verwischung der herkömmlichen Grenzen zwischen Kredit- und Kapitalmarkt (securitization) wurde die Anlage am Kapitalmarkt und die traditionelle Bankeinlage bis zu einem gewissen Grad austauschbar. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Bankenaufsicht bleiben. Der Anlegerschutz, die Wettbewerbsgleichheit und die Sicherung funktionsfähiger Finanz- und Kapitalmärkte verlangen für alle Unternehmen, die in gleicher Weise Finanzgeschäfte tätigen, die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen. Die durch die heutige Praxis geschaffene Möglichkeit, als bankähnliche Finanzgesellschaft mit Ausnahme des Einlagegeschäftes alle Dienstleistungen einer Bank abwickeln zu können, hat zudem die Wirksamkeit der bankengesetzlichen Gegenrechtsbestimmung beträchtlich vermindert. Schliesslich haben sich in den letzten Jahren Finanzgesellschaften entwickelt, die innerhalb eines Bankkonzerns Holdingfunktionen ausüben. Auch hier wird sich die Frage stellen, ob sie nicht dem Bankengesetz zu unterstellen sind.

Die Bankenkommission interpretierte im Berichtsjahr in einigen ihrer Verfügungen den Geltungsbereich des Bankengesetzes ausdehnend. Sie hielt fest, eine Finanzgesellschaft empfehle sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder und unterstehe aus diesem Grunde voll dem Bankengesetz, sofern sie über eine Bank Schuldverschreibungen bei deren Depotkundschaft plazieren lässt. Dabei erachtete sie die geringe Zahl der auszugebenden Wertpapiere, deren hohe Mindeststückelung

und ihre Plazierung bei institutionellen Anlegern als unerheblich (vgl. EBK-Bulletin 16, S. 5 ff.). Eine andere Gesellschaft liess sich in einem «Treuhandvertrag» von ihren Kunden ermächtigen, auf deren Rechnung Festgeldanlagen zu tätigen. Eine Überprüfung der Geschäftstätigkeit ergab jedoch, dass die langfristigen, auf Schweizerfranken lautenden Gelder der Kunden auf Rechnung der Gesellschaft auf Sicht am Euromarkt angelegt wurden. Angesichts der Fristen-, Währungs- und Volumentransformation durch die Gesellschaft gelangte die Bankkommission zum Schluss, von einem echten Treuhandgeschäft könne keine Rede mehr sein, die Gesellschaft übe vielmehr eine Banktätigkeit aus. Dazu kam – wie übrigens auch in anderen von der Bankkommission untersuchten Fällen –, dass die Gesellschaft einen ausländischen (Liechtenstein) statutarischen Sitz besass, ihre Geschäfte jedoch unter Verwendung einer schweizerischen Adresse durch Personen mit Wohnsitz in der Schweiz abschliessen liess. Da die effektive Geschäftstätigkeit von der Schweiz aus erfolgte und damit eine nach Bankengesetz bewilligungspflichtige Banktätigkeit zumindest durch eine Zweigniederlassung vorlag, musste sich die Bankkommission zur Frage des fiktiven ausländischen Sitzes nicht äussern. Sie verlangte von den entsprechenden Gesellschaften die Rückzahlung der von der Schweiz aus entgegengenommenen Gelder und blockierte als Sicherungsmassnahme die bei schweizerischen Banken liegenden Vermögenswerte der Gesellschaft, soweit sie überhaupt bekannt waren (Verfügung vom 3. März 1986).

3.2 Neue Finanzinstrumente

Die Bankkommission hat im Vorjahr (vgl. Jahresbericht 1985, S. 28 ff.) auf die vielfältigen aufsichtsrechtlichen Probleme hingewiesen, welche durch die rasante Entwicklung neuer Finanzinstrumente entstehen. Die international tätigen Schweizer Banken nehmen an dieser Entwicklung in erster Linie über ihre spezialisierten Tochtergesellschaften im Ausland teil. Angesichts der starken internationalen Verflechtung und des harten Wettbewerbes kann sich auch der schweizerische Finanzplatz den neuen Tendenzen nicht entziehen. Auf Anfang 1988 ist die Einführung einer schweizerischen Börse für den Handel mit Optionen auf schweizerische Aktien und später mit Aktienindices sowie Fi-

nancial Futures vorgesehen. Ganz allgemein schreitet die Verlagerung zu den bilanzunwirksamen Geschäften fort.

Der Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (vgl. Ziffer 5.3, S. 37) befasst sich intensiv mit Ausserbilanzgeschäften. Er veröffentlichte hierzu das wertvolle Grundlagenpapier «Die Behandlung nicht bilanzwirksamer Risiken der Banken aus der Sicht der Bankenaufsicht», welches die Bankenkommission am 17. März 1986 den interessierten Banken und den bankengesetzlichen Revisionsstellen zustellte. Es enthält eine vorläufige Einschätzung der Risiken aus den verschiedenen bilanzunwirksamen Geschäften. Diese werden zur Ermittlung des Kreditrisikos in vier Kategorien aufgegliedert: 1. Bürgschaften und ähnliche Eventualverpflichtungen (z. B. Akkreditive, Gewährleistungen, Indossamenten); 2. Zusagen (z. B. Einzahlungs- und Nachschussverpflichtungen auf Aktien, unwiderrufliche Kreditlimiten, Notes Issuance Facilities und Revolving Underwriting Facilities); 3. marktabhängige Geschäfte (z. B. Termingeschäfte über Devisen, Edelmetalle, Waren, Aktien und über die Entwicklung der Zinssätze sowie Börsenindices); 4. Anlageberatung und Vermögensverwaltung sowie Übernahmezusagen bei Wertpapieremissionen. Als Anhang ist ein Glossarium der Fachausdrücke beigegeben, in dem die verschiedenen Geschäfte definiert werden. Das Papier dient als Diskussionsgrundlage für alle Beteiligten und erleichtert den Aufsichtsbehörden die internationale Abstimmung ihres Vorgehens. Der Ausschuss unternimmt besondere Anstrengungen für eine möglichst einheitliche aufsichtsrechtliche Erfassung der nicht bilanzwirksamen Risiken der Banken, um angesichts des internationalen Charakters einer Vielzahl der neuen Geschäfte Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Im Sommer 1986 setzte die Bankenkommission eine Arbeitsgruppe ein, welche die bilanzunwirksamen Geschäfte der Banken systematisch auf ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken zu analysieren und Vorschläge für ihre aufsichtsrechtliche Behandlung zu unterbreiten hat. Diese Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Sekretariates der Bankenkommission, Vertretern der Schweizerischen Nationalbank, der betroffenen Banken und der bankengesetzlichen Revisionsstellen. Da in der Schweiz umfassende Unterlagen zu Umfang und Art der durch die Banken getätigten Ausserbilanz-Geschäfte

fehlen, beschloss die Bankenkommission auf Vorschlag der Arbeitsgruppe eine einmalige Umfrage bei den betroffenen Bankinstituten zur Erhebung des statistischen Zahlenmaterials. Demzufolge haben die Banken auf den 31. Dezember 1986 ihre Ausserbilanzgeschäfte auf konsolidierter Basis der Bankenkommission bis Ende März 1987 nach einem Schema zu melden, welches sich im wesentlichen an die Gliederung und die Begriffsumschreibungen im oben erwähnten Grundsatzpapier des Ausschusses für Bankengesetzgebung und -aufsicht hält. Die Auswertung der Umfrage soll vor allem die Schwerpunkte der Ausserbilanz-Engagements der Schweizer Banken unter Einschluss der von ihnen beherrschten in- und ausländischen Unternehmungen des Finanzbereichs aufzeigen und die zusätzliche Eigenmittelbelastung aus der Unterlegung bisher nicht oder ungenügend erfasster Geschäftsarten abschätzen lassen. Parallel zur statistischen Erhebung analysiert die Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Institut für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich die Merkmale und Risiken der einzelnen Geschäftsarten. Anzustreben sind Vorschriften über die Eigenmittelunterlegung, Risikoverteilung und Rechnungslegung, welche es inskünftig erlauben, die sich in rascher Folge ablösenden Erfindungen neuer Finanzinstrumente anhand gemeinsamer Grundmerkmale zu behandeln. Im Hinblick auf die bevorstehende Revision der Bankenverordnung ist die Arbeitsgruppe bestrebt, ihren Schlussbericht der Bankenkommission im Sommer 1987 abzuliefern (vgl. Ziff. 1.2, S. 15).

3.3 Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit

3.3.1 Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten

Zum Kern einer seriösen Bankführung und folglich zu der vom Bankengesetz geforderten Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit gehört die sorgfältige Abklärung der Identität der Kunden. Wo die Bank weiss oder annehmen muss, dass ihr Vertragspartner nicht mit dem wirtschaftlich Berechtigten identisch ist, hat sie auch die Identität des wirtschaftlich Berechtigten festzustellen und aktenkundig zu machen. Ohne diese Kenntnis ist es der Bank nicht möglich, die Risiken einer Geschäftsbeziehung abzuschätzen und eine missbräuchliche Inanspruchnahme des Bankgeheimnisses zu erkennen. Sie kann

ohne Aufschluss über die beteiligten Personen nicht einmal beurteilen, ob es sich um eine Transaktion handelt, die wegen Anzeichen auf einen unsittlichen oder rechtswidrigen Sachverhalt oder wegen ihrer komplizierten, ungewöhnlichen oder bedeutsamen Natur nach der Praxis der Bankenkommission und des Bundesgerichts (BGE 108 I b 186 mit Verweisen) eine Abklärung der wirtschaftlichen Hintergründe erfordert. Ferner ist die sorgfältige Prüfung der Kundenidentität eine Voraussetzung für die Erfüllung der gesetzlichen Zeugnis- und Auskunftspflicht der Banken (Art. 47 Abs. 4 BankG; BGE 109 I b 151 E. 2 d). Wo die Bank gar ein finanzielles Engagement gegenüber einem Kunden eingeht, kann sie grundsätzlich ohne Kenntnis des wirtschaftlich Berechtigten weder das Bonitätsrisiko abschätzen noch die bankengesetzlichen Risikoverteilungsvorschriften korrekt einhalten (vgl. Jahresbericht 1985, S. 22).

Die Bankenkommission kritisierte deshalb bereits im Vorjahr (vgl. Jahresbericht 1985, S. 23) die Ausnahmeregelung in Art. 6 VSB. Danach können die Banken bei der Entgegennahme von Geldern auf die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten verzichten, wenn dieser über einen schweizerischen Berufsgeheimnisträger (Anwalt, Notar) oder Treuhänder (Mitglied eines der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer angeschlossenen Verbandes) handelt, der mit dem Formular B eine schriftliche Erklärung abgibt, dass ihm der wirtschaftlich Berechtigte bekannt ist und keine unzulässigen Geschäfte im Sinne der Vereinbarung vorliegen. Den Banken wurde in diesem Zusammenhang insbesondere die von der Bankenkommission vertretene und vom Bundesgericht (BGE 111 I b 128) bestätigte Auffassung in Erinnerung gerufen, dass die VSB die Bankenkommission bei der Auslegung des Gewährsartikels (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) nicht einschränkt, da sie weder an der gesetzlichen Ordnung des Bankengesetzes noch an der Aufsichtskompetenz der Bankenkommission etwas zu ändern vermag.

Nachdem die Schweizerische Nationalbank die VSB auf den 1. Oktober 1987 gekündigt hat und eine Revision des Bankengesetzes einstweilen nicht beabsichtigt ist, könnten die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten bei der Entgegennahme von Geldern in einem Rundschreiben der Bankenkommission näher umschrieben werden. Dies ist jedoch dann nicht erforderlich, wenn die Bankiervereinigung ihre Absicht verwirklicht, die bisherige VSB als reine Standesregeln mit pro-

zessual verbessertem Sanktionsverfahren weiterzuführen. Die Bankenkommission begrüsst dieses Vorhaben, weil eigene Anstrengungen der Bankbranche die Aufsichtsbehörde in ihrer gesetzlichen Aufgabe wirkungsvoll unterstützen und ergänzen können. Für neue Standesregeln zur Sorgfaltspflicht gilt jedoch erst recht, was schon unter der immerhin mit behördlicher Mitwirkung abgeschlossenen VSB Gültigkeit hatte: Die Banken können sich nur auf Standesregeln verlassen und berufen, die auch gesetzeskonform sind. Die Bankenkommission kündigte deshalb der Schweizerischen Bankiervereinigung im Hinblick auf die Vorbereitung neuer Standesregeln an, dass sie nach dem Auslaufen der VSB von den Banken grundsätzlich die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten auch gegenüber den von schweizerischen Anwälten und Treuhändern vertretenen Kunden verlangen und die freie Verwendung des bisherigen Formulars B nicht mehr zulassen wird. Wenn in allfälligen neuen Standesregeln keine wesentliche Einschränkung der geltenden Ausnahmebestimmung (Art. 6 VSB) erfolgen sollte, müsste die Bankenkommission die Banken auf ihre Auslegung der gesetzlichen Gewährsanforderung hinweisen und diese mit Verfügungen im Einzelfall durchsetzen. Letztlich hätte das Bundesgericht auf Verwaltungsgerichtsbeschwerde einer betroffenen Bank hin zu entscheiden. Die Bankenkommission erklärte gegenüber der Schweizerischen Bankiervereinigung ihre Bereitschaft, gemeinsam nach einer praktikablen Lösung zu suchen.

Diese Stellungnahme der Bankenkommission ist kein Angriff auf das Anwaltsgeheimnis. Es ist auch nicht ihre Aufgabe, die Tragweite des Anwaltsgeheimnisses zu umschreiben. Sie hat jedoch als Bankaufsichtsbehörde festzulegen, welche Abklärungen die Banken bei der Aufnahme der Geschäftsbeziehungen mit ihren Kunden vorzunehmen haben. Sie kann es deshalb nicht zulassen, dass das Anwaltsgeheimnis für anonyme Vermögensanlagen gezielt zur Verstärkung des Bankgeheimnisses eingesetzt wird. Die zehnjährige Praxis unter der VSB hat nämlich dazu geführt, dass eine grosse Zahl von Bankkunden mit erhöhtem Diskretionsbedürfnis Anwälte und Treuhänder lediglich als Namensschilder zur Verdeckung der eigenen Identität einschalten. Es lag nicht in der Absicht des Gesetzgebers, Rechtsanwälte und Notare im Bereich der gewerbsmässigen Vermögensverwaltung oder gar als blossе Mittelsmänner zur anonymen Vermögensanlage gegenüber den Banken durch ein weitergehendes strafrechtlich geschütztes Be-

rufsgeheimnis sowie ein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht zu bevorzugen. Diese sollen sich im Verkehr mit Banken lediglich für ihre berufsspezifische Tätigkeit im Bereich der Rechtsberatung und Rechtsvertretung – z. B. im Rahmen von Erteilungen oder der Abwicklung von Schiedsgerichtsverfahren – auf das Anwaltsgeheimnis berufen können. Nur in diesen Fällen kann gesagt werden, der eigentliche Kunde der Bank sei der Anwalt und die Kenntnis des wirtschaftlich Berechtigten sei für die Bank entbehrlich.

Noch weniger begründen lässt sich eine Privilegierung von Kunden, welche mit der Bank über einen Treuhänder verkehren, können sich doch die Treuhänder im Unterschied zu den Rechtsanwälten nicht auf ein strafrechtlich geschütztes Berufsgeheimnis berufen, sondern lediglich auf das jeder Unternehmung zustehende Geschäftsgeheimnis (Art. 162 StGB).

Die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten dient vorab den eigenen Interessen der Bank. Die Wahrung dieser Interessen und die Verantwortung für die Prüfung der eigenen Kundschaft können die Banken nicht an branchenfremde Dritte, seien sie noch so seriös, delegieren, weil diese in erster Linie die Interessen ihrer eigenen Klienten vertreten.

Mit dem von der bisherigen VSB institutionalisierten Verzicht auf die Feststellung der Kundenidentität wird schliesslich der unzutreffende Eindruck erweckt, die Banken könnten legitime Diskretionsbedürfnisse ihrer Kunden nur noch durch die Einschaltung anderer Berufsgruppen gewährleisten. Welche Geheimhaltungsinteressen der Bankkunden schutzwürdig sind, hat der Gesetzgeber durch das Bankgeheimnis und durch die gesetzlichen Zeugnis- und Auskunftspflichten gegenüber Behörden festgelegt. Es kann deshalb nicht Sache der Banken sein, durch Unterlassen der Identitätsprüfung einzelnen Kunden einen vom Gesetzgeber abgelehnten absoluten Geheimhaltungsschutz zu verschaffen. Aufgabe der Banken ist es, durch organisatorische und personelle Massnahmen die Wahrung des Bankgeheimnisses im Rahmen der Rechtsordnung strikte zu gewährleisten. Kunden mit erhöhtem Diskretionsbedürfnis bietet sich insbesondere die Eröffnung eines Nummernkontos an, bei welchem innerhalb der Bank nur ein kleiner Kreis besonders vertrauenswürdiger leitender Angestellter Zugang zu den Personendaten des Kontoinhabers erhält.

3.3.2 Marcos- und Duvalier-Gelder

In einer Pressemitteilung vom 21. März 1986 machte die Bankenkommision angesichts der erhobenen Vorwürfe über das Finanzgebaren des ehemaligen Staatschefs der Philippinen, Ferdinand Marcos, und eines in Aussicht gestellten Rechtshilfebegehrens der Philippinen an die Schweiz die Banken darauf aufmerksam, dass die Entgegennahme und der Abzug von Vermögenswerten der Familie Marcos und dieser nahestehender Personen einer erhöhten Sorgfaltspflicht unterliege. Gestützt auf diese Pressemitteilung erhielt die Bankenkommision von einer Bank am 24. März 1986 den Hinweis, dass ein Vertreter von Marcos die Auszahlung von grösseren Vermögenswerten verlangte. Noch am gleichen Tag blockierte der Bundesrat gestützt auf Art. 102 Ziff. 8 der Bundesverfassung Vermögenswerte von Marcos und ihm nahestehender Personen bei sechs schweizerischen Banken. In einem Schreiben vom 26. März 1986 teilte dann die Bankenkommision allen in Frage kommenden Banken mit, es wäre mit der vom Bankengesetz geforderten Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) nicht vereinbar, wenn eine Bank einen Abzug von Vermögenswerten der erwähnten Personen zuliesse, bevor die Rechtslage auf dem Weg der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen eindeutig geklärt sei. Die Bankenkommision verlangte in diesem Schreiben von allen Banken, die solche Vermögenswerte verwalteten, eine Bestätigung, wonach sie vorderhand keine Vermögensdispositionen zulieszen.

Die Massnahmen von Bundesrat und Bankenkommision erregten weltweit grosses Aufsehen. Sie sollten verhindern, dass ein zu diesem Zeitpunkt erwartetes Rechtshilfegesuch der Philippinen ins Leere stiess. Mitte April 1986 traf dieses Gesuch auch tatsächlich ein. Das internationale Ansehen des schweizerischen Finanzplatzes hätte gelitten, wenn ein Abzug der fraglichen Vermögenswerte nicht in letzter Minute verhindert worden wäre. Nach dem Eintreffen des Gesuches der Philippinen um vorsorgliche Rechtshilfemassnahmen (Art. 18 IRSG) wurden sowohl die Verfügung des Bundesrates als auch das Zirkularschreiben der Bankenkommision gegenstandslos, da die Vermögenswerte gestützt auf das Rechtshilfegesetz vorsorglich sichergestellt werden konnten. Es wird nun in einem ordentlichen Verfahren, allenfalls vom Bundesgericht zu prüfen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Rechtshilfe an die Philippinen erfüllt sind.

Der Bundesrat und die Bankenkommission haben durch ihre Schritte den Willen bekräftigt, allen Vorwürfen entgegenzutreten, wonach der Finanzplatz Schweiz als sicherer Hort illegaler Gelder zur Verfügung stehe. Dabei wurden keine rechtsstaatlichen Verfahrensgarantien geopfert. Es handelte sich um vorsorgliche Massnahmen. Im übrigen hätten die vom Schreiben der Bankenkommission betroffenen Banken und Bankkunden den Erlass einer entsprechenden beschwerdefähigen Verfügung verlangen und diese mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht anfechten können.

Kurz nach der vorsorglichen Blockierung der Marcos-Gelder gelangten Vertreter der Republik Haiti an die Bundesbehörden und an die Bankenkommission und ersuchten um eine Blockierung schweizerischer Bankkonten des ehemaligen Staatschefs Duvalier. Entsprechend informiert stellte Haiti in der Folge gestützt auf das Rechtshilfegesetz unverzüglich ein Begehren um vorsorgliche Massnahmen, dem entsprochen werden konnte. Art. 18 IRSG erlaubt nämlich dem Bundesamt für Polizeiwesen, wenn Gefahr im Verzuge ist, die Anordnung vorsorglicher Massnahmen, sobald ein Rechtshilfeersuchen eines andern Staates angekündigt ist und ausreichende Angaben darüber vorliegen, dass ein Rechtshilfeverfahren nach dem Rechtshilfegesetz nicht offensichtlich unzulässig oder unzweckmässig erscheint. Der Fall Duvalier zeigt, dass dieses Gesetz im Normalfall ausreicht und nur unter ganz besonderen Umständen zu anderen Mitteln gegriffen werden muss. Wo noch kein solches Begehren vorliegt, jedoch Sicherstellungsmassnahmen der zuständigen Behörden unmittelbar bevorstehen, dürfen Banken im Sinne der erhöhten Sorgfaltspflicht nach Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG Abzüge grösserer Vermögenswerte nicht zulassen. Die Banken werden aufgrund der Erfahrungen im Falle Marcos dieser Verpflichtung inskünftig von sich aus nachkommen, ohne dass die Bankenkommission präventiv einschreiten muss. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass bei Vorliegen ganz besonderer Umstände die Bankenkommission erneut konkrete Verhaltensanweisungen gestützt auf Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG erlassen müsste.

Der Fall Marcos und zwei frühere Entscheide der Schiedskommission haben gezeigt, dass der grundsätzlich gebotene sofortige Abbruch der Geschäftsbeziehungen bei konkreten Anhaltspunkten für strafbare Handlungen der Kunden oder die illegale Herkunft der Gel-

der in Ausnahmefällen zu ernsthaften Zielkonflikten mit den Interessen der Geschädigten und der Strafverfolgungsbehörden führen können. Eine Bank hat deshalb ganz allgemein mit dem Abbruch der Geschäftsbeziehungen zuzuwarten und den Abzug von Vermögenswerten nicht zuzulassen, wenn sie mit unmittelbaren Verfügungssperren der Strafverfolgungsbehörden in einem inländischen Verfahren oder im Rahmen der internationalen Rechtshilfe zu rechnen hat.

Alle Befürchtungen, die Massnahmen von Bundesrat und Bankkommission bildeten einen ersten Schritt zur Aufhebung des schweizerischen Bankgeheimnisses, sind unbegründet. Das Bankgeheimnis bietet aber zu Recht keinen Schutz für Straftäter und kriminell erlangte Gelder. Es kann vielmehr nach Massgabe des anwendbaren Strafprozessrechtes auch zugunsten ausländischer Staaten aufgehoben werden, sofern das schweizerische Rechtshilferecht dies zulässt.

3.3.3 Massnahmen bei zweifelhafter Gewähr

Ein aus der Vermögensverwaltungsabteilung einer Bank ausgeschiedener Angestellter beschuldigte seine ehemalige Arbeitgeberin, bei Wertschriftentransaktionen unerlaubte Kursschnitte zum Nachteil von Kunden vorgenommen zu haben, deren Depots von der Bank mit Generalvollmacht verwaltet wurden. Aufgrund der Börsenabrechnungen bestand bei einzelnen Geschäften tatsächlich der Verdacht, die Bank habe dank enger Zusammenarbeit zwischen Börsen- und Vermögensverwaltungsabteilung Wertschriften vorerst für eigene Rechnung über ihr Konto Nostro-Transit gekauft oder verkauft, um sie anschliessend bei ungünstiger Kursentwicklung den Kunden zum effektiv bezahlten Preis ins Depot zu legen bzw. daraus zu entnehmen, während sie bei vorteilhafter Entwicklung den Kunden zum Tageskurs abrechne und die Differenz zum effektiv bezahlten Preis für sich behalte. Das Konto Nostro-Transit wäre demzufolge von der Bank nur der Form nach eingeschaltet worden, um risikolos zulasten ahnungsloser Vermögensverwaltungskunden einen Gewinn zu erzielen. Dies wäre eine klare Verletzung ihrer zivilrechtlichen Pflicht, als Kommissionärin (Art. 428 Abs. 3 OR) bzw. Selbstkontrahentin (Art. 436 Abs. 2 OR) dem Kunden den zur Zeit der Auftragsausführung geltenden Börsenpreis zu berechnen und als Vermögensverwalterin die Geschäfte des Kunden in

dessen Interesse getreu und sorgfältig zu führen (Art. 398 OR), und deshalb mit dem bankengesetzlichen Gewährserfordernis nicht zu vereinbaren. Die Bank konnte indessen anhand anderer, für sie mit Verlust abgeschlossener Geschäfte desselben Zeitraumes nachweisen, dass die von ihrer Börsenabteilung eingegangenen kurzfristigen Nostro-Transit-Positionen ein echtes Risiko enthielten, weil ihre Vermögensverwalter selbständig im Interesse der Kundschaft und nach längerfristigen Kriterien handelten. Um den – im vorliegenden Fall nicht hinlänglich bewiesenen – Verdacht von Kursschnitten zu vermeiden, erklärte sich die Bank bereit, inskünftig keine Börsenaufträge von Vermögensverwaltungskunden über Nostro-Transit mehr abzurechnen.

Noch Ende 1985 sah sich die Bankenkommission gezwungen, die Ablösung eines Verwalters einer Genossenschaftsbank zu verlangen, der aufgrund seines Verhaltens keine Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit mehr bot. Dieser hatte während längerer Zeit die in den Statuten und Reglementen der Bank festgelegten Kompetenzen überschritten und einen mit grossen Verlustrisiken behafteten Kredit entgegen den Anweisungen der Revisionsstelle nicht zurückgeführt, sondern noch erhöht. Dadurch entstand der Bank ein Verlust, der ihre Existenz gefährdete. Der eigentlich zuständige Vorstand wurde über den Umfang der ganzen Position nur mangelhaft ins Bild gesetzt. Auch andere Kredite gewährte der Verwalter ohne statuten- und reglements-konforme Deckung. Der Einhaltung von Statuten und Reglementen durch die Bankbehörden kommt grosse Bedeutung zu. Sind diese durch die Entwicklung der Bank überholt, dürfen sie nicht einfach stillschweigend ausser Kraft gesetzt, sondern müssen den neuen Erfordernissen angepasst werden.

In einem andern Fall traf die Bankenkommission keine administrativen Massnahmen, weil die betroffene Grossbank einen Filialdirektor und dessen Stellvertreter von sich aus entliess. Letzterer übertrug einen von der Filiale auf einer Eigenposition erlittenen Devisenverlust auf Bankkunden, indem er diesen die entsprechende Fremdwährung zu überhöhten Kursen verkaufte. Für seine Manipulationen suchte der Stellvertreter des Filialleiters Kunden aus, die die Bank mit der Verwaltung ihres Vermögens beauftragt und diese angewiesen hatten, die Korrespondenz zurückzubehalten. Der Filialdirektor seinerseits begünstigte ihm nahestehende Kunden zum Nachteil von anderen,

indem er Verlustpositionen seiner Bekannten auf Kunden übertrug, deren Depotwert sich günstig entwickelt hatte. Die Bank und die Bankkommission erstatteten gegen die beiden Verantwortlichen Strafanzeige.

3.4 Gegenrecht

Einer ausländisch beherrschten Bank kann die Bewilligung zur Ausübung der Geschäftstätigkeit in der Schweiz nur erteilt werden, wenn die Staaten, in denen die die Bank massgeblich beeinflussenden natürlichen und juristischen Personen ihren Sitz haben, Gegenrecht gewährleisten. Dieses ist gegeben, wenn schweizerische Banken in jenem Staat rechtlich und faktisch umfassend und gewinnbringend tätig sein können.

3.4.1 Japan

Mit der Einführung des Gegenrechtes als Bewilligungsvoraussetzung (Art. 3bis BankG) strebte der Gesetzgeber ein doppeltes Ziel an: Einmal wollte er das schweizerische Bankensystem vor einer übermässigen ausländischen Beeinflussung bewahren und zum andern den schweizerischen Banken bessere Etablierungsmöglichkeiten im Ausland verschaffen. Die letztere, expansive Zweckbestimmung hat mit der zunehmenden Verflechtung der internationalen Finanzmärkte und Finanzplätze in den letzten Jahren zusehends an Bedeutung gewonnen. Bei der Beurteilung des Gegenrechtes wird deshalb heute den effektiven Geschäftsmöglichkeiten der schweizerischen Banken im ausländischen Staat mehr Gewicht beigemessen als noch vor Jahren. Eine spiegelbildliche Übereinstimmung der Bankaktivitäten im Ausland mit denjenigen in der Schweiz lässt sich allerdings nicht erzielen. Unterschiede in den Betätigungsmöglichkeiten werden daher solange hingenommen, als schweizerische Institute eine gewinnbringende Tätigkeit entfalten können und sie gegenüber anderen ausländischen Mitkonkurrenten nicht diskriminiert werden. Dagegen kann heute nicht mehr toleriert werden, dass ausländische Staaten mit internationalen Finanzplätzen starr am Trennbankensystem – welches die gleichzeitige Ausübung des kommerziellen Kreditgeschäftes einerseits und des

Wertpapierhandels und der Vermögensverwaltung andererseits untersagt – festhalten. Sonst würden Banken aus solchen Ländern des schweizerischen Systems der Universalbank wegen einen freien Zugang zu allen Geschäftssparten erhalten, insbesondere auch zum lukrativen indifferenten Bankgeschäft – das heute stark an Bedeutung gewonnen hat und noch gewinnt –, während schweizerische Banken im Ausland das Nachsehen hätten und schwerwiegende Konkurrenz Nachteile in Kauf nehmen müssten.

Diese veränderte Betrachtungsweise bei der Prüfung des Gegenrechtes, bei der vermehrt faktische Gegebenheiten als Beurteilungskriterien herangezogen werden, veranlasste die Bankenkommission, an ihrer Pressekonferenz vom 14. März 1986 festzustellen, dass bezüglich Japan das Gegenrecht neu überprüft werden müsse. Nach wie vor sind in diesem Staat die Geschäftsmöglichkeiten ausländischer Banken erheblich eingeschränkt, dies insbesondere im Vergleich zum Finanzplatz Schweiz, wo japanische Banken in ihrer geschäftlichen Entwicklung weder durch rechtliche noch durch administrative Hemmnisse behindert werden. Die Öffnung des japanischen Marktes für ausländische Institute zum Trustbankgeschäft Ende 1984 sowie die Zulassung ausländischer Banken zum Wertschriftenhandel über 50%ige Beteiligungen an dafür spezialisierten Firmen im Berichtsjahr sind ein Schritt in die richtige Richtung. Insbesondere haben die diesbezüglichen Entscheide des japanischen Finanzministeriums auch die anfänglich bestehende Befürchtung, schweizerische Interessenten könnten bei der Lizenzerteilung diskriminiert werden, zerstreut. Aber trotz diesen Liberalisierungsbestrebungen, die vornehmlich unter ausländischem Druck in Gang gesetzt wurden, kann noch keineswegs davon gesprochen werden, dass Japan gegenwärtig generell Gegenrecht bietet. Im Lichte der noch bestehenden Einschränkungen der Geschäftstätigkeit, denen schweizerische Banken in Japan im Gegensatz zu japanischen in der Schweiz unterworfen sind, kann die Gewährleistung des Gegenrechtes durch Japan nur von Fall zu Fall aufgrund der konkreten Umstände und der ausgehandelten Verbesserungen für die Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken beurteilt werden. In diesem Sinne erteilte die Bankenkommission nach der Gewährung von Wertschriftenlizenzen an zwei Gesellschaften, an denen schweizerische Grossbanken mit 50% beteiligt sind, zwei japanischen Banken eine Betriebsbewilligung als Bank.

3.4.2 **USA**

In den USA hat sich im Berichtsjahr auch der Staat Texas der Auffassung der US-Bundesbehörden angeschlossen, wonach Ausländer in einem Gliedstaat eine Bank mit Bundeslizenz (National Bank) errichten dürfen, ohne dass diesem Vorgehen das Recht des Gliedstaates entgegenstehen könnte (vgl. Jahresbericht 1984, S. 35).

3.4.3 **Kanada**

Im Jahre 1981 stellte die Bankenkommission fest, dass Kanada Gegenrecht für erstklassige Banken von internationalem Standing gewährleiste (EBK-Bulletin 9, S. 38 ff.). Die Übernahme einer nach schweizerischem Recht organisierten Bank durch eine kanadische Finanz-Gruppe gab ihr im Berichtsjahr die Gelegenheit, das Gegenrecht mit Kanada neu abzuklären. Die Überprüfung der Frage zeigte auf, dass die gesetzlichen und praktischen Restriktionen, denen ausländische Banken in Kanada 1981 unterworfen waren, nach wie vor bestehen. Sie sind jedoch in gewissen Bereichen gelockert worden. So wurde der Marktanteil der ausländischen Banken in Kanada – der in Prozenten der Aktiven aller in Kanada ansässigen Banken festgelegt wird – von 8 auf 16 Prozent erhöht. Dagegen besteht die wirtschaftspolitisch begründete Pflicht der ausländischen Banken, den sogenannten «Middle-Market» zu fördern, immer noch. Kapitalerhöhungen (deemed authorized capital) werden demnach von der kanadischen Bankaufsichtsbehörde nur genehmigt, wenn die ausländischen Institute solche mittlere Unternehmen in einem bestimmten Ausmass finanzieren und mithin diesen Zweig der Volkswirtschaft unterstützen. Das Wachstum und die Entwicklungsmöglichkeiten einer ausländischen Bank hängen also davon ab, ob ihre Kreditpolitik der kanadischen Wirtschaft nützlich ist. Diese Ermessensentscheide der kanadischen Aufsichtsbehörden sind Bestandteil der aktuellen Regierungsrichtlinien. Sie bedeuten einen starken Eingriff in die Geschäftspolitik der einzelnen Banken und widersprechen den schweizerischen Gegenrechtsbestimmungen. Die kanadische Regierung überprüft gegenwärtig ihre diesbezügliche Politik und insbesondere auch ihre Praxis bezüglich der Auslandsbanken in Kanada, wobei auch die Frage des «deemed authorized capital» mit-

einbezogen werden soll. Die Bankenkommission wird die Entwicklung genau verfolgen und ihre Schlüsse daraus ziehen.

3.4.4 **Trustkonstruktionen**

Das Gegenrecht muss bei ausländisch beherrschten Banken sowohl am Sitze der direkten wie auch der indirekten Aktionäre gegeben sein. Die Bankenkommission greift bei mehrstufigen Aktionärsstrukturen daher auf das letzte Glied in der Kette der Aktionärschaft durch. Bei solchen Durchgriffen zeigte sich in letzter Zeit, dass vermehrt Konstruktionen gewählt wurden, an deren Ende nach angelsächsischem Recht organisierte Trusts stehen. Nicht zuletzt wurden in Einzelfällen solche Trusts in der Meinung gewählt, Probleme des Gegenrechtes liessen sich damit umgehen. Mit Hilfe des Trusts erreicht das englische Recht eine Trennung zwischen Verwaltung und Eigentum am Vermögen. Das vom Errichter des Trusts (Settlor) unwiderruflich gestiftete Vermögen (Trust Property) wird durch einen Treuhänder (Trustee) nach den Bestimmungen der Treuurkunde (Trust Deed) im Interesse der Begünstigten (Beneficiaries) des Vermögens verwaltet. Der Trust Deed kann vorsehen, dass die Verwaltung des Vermögens und die Verfügung über dieses im freien Ermessen des Trustee liegt (Discretionary Trust), der Beneficiary mithin theoretisch keinen Einfluss auf dessen Entscheidungen und Dispositionen nehmen kann. Deshalb wurde die Ansicht vertreten, der Begünstigte hätte auch keine Möglichkeit, die Bank in der Schweiz direkt oder indirekt zu beeinflussen. Er könne bezüglich des Gegenrechtes vernachlässigt werden. Zur Verhinderung von Missbräuchen entschied die Bankenkommission, dass die Reziprozität bei solchen Trustkonstruktionen sowohl am Sitze des Trustee wie auch an demjenigen der Beneficiaries gewährleistet sein muss. Würde nämlich allein auf den Sitz der Trustee abgestellt, so liesse sich die Gegenrechtsbestimmung beliebig umgehen: An einer schweizerischen Bank interessierte Personen ohne Wohnsitz in einem Gegenrechtsstaat könnten einen Trust gründen, einen Trustee mit Sitz in einem Gegenrechtsstaat bestimmen und sich selber oder genehme Dritte als Begünstigte des Trustvermögens einsetzen.

3.4.5 Liste der Gegenrecht bietenden Staaten

Folgende Staaten erfüllen zur Zeit – zum Teil jedoch mit Einschränkungen – die Gegenrechtsvoraussetzungen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Hong Kong, Israel, Italien, Japan, Kanada, Libanon, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Spanien und in den USA die Staaten Colorado, Connecticut, Florida, Illinois, Indiana, Kalifornien, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvanien, Texas und Wisconsin.

Zurzeit wird geprüft, ob Libanon noch Gegenrecht gewährleistet.

3.5 Prospekt für die Ausgabe von Notes

Die 1984 aus Vertretern des Eidg. Finanzdepartementes, der Schweizerischen Nationalbank und dem Sekretariat der Bankenkommision gebildete Arbeitsgruppe redigierte im Berichtsjahr unter Mitwirkung der Geschäftsstelle der Schweizerischen Bankiervereinigung und eines von dieser beigezogenen Sachverständigen den Entwurf einer von den Banken abzuschliessenden neuen Konvention über die Emission von Notes (vgl. Jahresbericht 1984, S. 36 f., und 1985, S. 27 f.). Ziel der Arbeitsgruppe war es, dem Anleger eine weitergehende Entscheidungsgrundlage zu bieten, als es die geltende Notes-Vereinbarung der Banken und die gesetzlichen Bestimmungen über die Prospektpflicht heute vorschreiben. Der Anleger sollte bei der Emission und während der Laufzeit der Notes eine zweckmässige und einheitliche Information über den Schuldner erhalten. Zudem hätte die Transparenz des Sekundärmarktes für Notes gefördert werden sollen. Der Entwurf fand in der Folge nicht die erhoffte Unterstützung der Schweizerischen Bankiervereinigung. Es wurde vor allem argumentiert, durch den zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Vorbereitung einer Notes-Emission gingen die Vorteile und die Einmaligkeit dieser Finanzierungsform verloren.

Die Schweizerische Nationalbank hob in der Folge mit Wirkung ab 29. Mai 1986 die Vorschriften über die Laufzeiten, die Mindeststückelung und die Depotpflicht von Notes auf. Das neue Merkblatt der Schweizerischen Nationalbank über die Kapitalexportvorschriften macht keinen Unterschied mehr zwischen den öffentlichen Anleihen

und den Notes. Es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis auch die Marktkräfte die praktisch noch bestehenden Unterscheidungskriterien verwischen werden. Somit dürfte das Anlageinstrument der Notes noch breiteren Anlegerkreisen zugänglich werden. Die Frage des Anlegerschutzes wird sich noch mehr akzentuieren und die Durchsetzung der gesetzlichen Prospektpflicht damit bei öffentlichen Emissionen von Notes noch dringender. Zwar hat der Anleger keinen allgemeinen Schutzanspruch. Grundsätzlich trägt er für die getätigten Anlagen die Verantwortung selber. Er soll aber seine Anlageentscheide aufgrund einer korrekten Information treffen können. Banken, die an öffentlichen Emissionen von Notes mitwirken, haben deshalb der Prospektpflicht nachzukommen und die geforderten Informationen dem Publikum bekanntzugeben. Andernfalls setzen sie sich einem erhöhten Risiko von Schadenersatzforderungen aus und gefährden damit die Forderungen der Bankgläubiger. Erfreulicherweise zeichnet sich jedoch zunehmend die Bereitschaft ab, für Notes-Emissionen Prospekte aufzulegen.

Im Lichte dieser neuen Entwicklung teilte die Bankenkommission der Schweizerischen Bankiervereinigung anlässlich einer ihrer periodischen Aussprachen mit, sie werde ein Rundschreiben über die Prospektpflicht bei der öffentlichen Emission von Notes für Banken erlassen, sofern nicht kurzfristig eine befriedigende Lösung gefunden werde. Ende Jahr hat die Bankenkommission von der Schweizerischen Bankiervereinigung einen neuen Konventionsentwurf über Notes ausländischer Schuldner zur Prüfung erhalten. Die Stellungnahme der Bankenkommission stand an der Jahreswende noch aus.

3.6 Länderrisiken

Auch 1986 befasste sich die Bankenkommission eingehend mit der internationalen Verschuldung. Eine Lösung der mit dieser verbundenen vielfältigen und schwierigen Probleme liegt auch heute noch in weiter Ferne. Die Bankenkommission hatte deshalb keinen Anlass, auf ihre bisherige Praxis, deren Erläuterung in den letzten Jahresberichten einen breiten Raum einnahm, zurückzukommen (vgl. Jahresbericht 1981, S. 22 ff.; 1982, S. 32 ff.; 1983, S. 17 ff.; 1984, S. 23; 1985, S. 17 f.). Vielmehr beschloss sie angesichts der nach wie vor angespannten

wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in vielen Schuldnerländern – wie schon im Vorjahresbericht angedeutet (S. 18) –, den 1983 festgelegten minimalen Pauschalwertberichtigungssatz von 20% für breit diversifizierte Forderungen in Problemländern zu erhöhen. Spätestens bis Ende 1987 werden die Banken auf solchen gefährdeten Engagements vorsorglich Rückstellungen von mindestens 30% bilden müssen. Die Bankenkommission ist bereit, in besonderen Ausnahmefällen Erleichterungen von diesem Satz zuzulassen. Sie zieht aber auch in Erwägung, bei Banken mit einseitig gelagerten Länderrisiken verschärfte Anforderungen zu stellen.

Die Bankenkommission beschäftigte sich in zwei Fällen mit Banken, die Bestandteil eines Bankkonzerns mit Sitz im Ausland sind. Beide Banken haben ihre Geschäftstätigkeit schwergewichtig auf das Herkunftsland der Muttergesellschaft ausgerichtet, vorwiegend auf die Finanzierung des zwischenstaatlichen Handels mit der Schweiz. In einem Fall verpflichten sogar die Statuten das Bankinstitut, den Handel zwischen der Schweiz und dem Mutterland der Bank zu fördern. In beiden Ländern ist der staatliche Sektor ein bedeutender Teil der gesamten Volkswirtschaft. Bei Ausleihungen der Schweizer Tochterbank in diese Länder stossen deshalb – selbst bei starker Kapitalbasis – die Kredite an den Staat und die direkt oder indirekt mit ihm verbundenen Unternehmen rasch an die in den Risikoverteilungsvorschriften vorgesehenen Grenzen. In der Tat sieht Art. 21 BankV für gedeckte Ausleihungen einen Plafond von 40% und für ungedeckte einen solchen von 20% der eigenen Mittel der Bank vor. Die Bankenkommission entschied in beiden Fällen, dass eine massvolle Überschreitung der Plafonds in Anbetracht der besonderen Umstände vertretbar ist. Die Bankkunden und die Öffentlichkeit müssen jedoch davon ausgehen können, dass eine Bank ihre Engagements in den von Gesetz und Verordnung vorgesehenen Grenzen hält. Die Zulassung der Plafondüberschreitung wurde aus diesem Grunde von der Bedingung abhängig gemacht, dass die Risikoballung bei der öffentlichen Hand im Mutterland der Bank – die je nach Entwicklung auch zu einem Länderrisiko werden kann – in den ergänzenden Angaben zur Jahresbilanz gesondert unter dem Gesamtbetrag der Auslandsaktiven ausgewiesen wird. Mit Rücksicht auf das Bankgeheimnis wurde jedoch nur die Angabe des Gesamtengagements der Bank im betreffenden Land (Staat und übrige Ausleihungen) verlangt, weil eine detaillierte Aufschlüsselung,

die wohl sachgerechter gewesen wäre, Kundengeheimnisse offenbaren würde (vgl. EBK-Bulletin 16, S. 38 ff.).

4. Insider-Gesetzgebung

Am 1. Mai 1985 verabschiedete der Bundesrat seine «Botschaft über die Änderung des Strafgesetzbuches (Insidergeschäfte)» zuhanden des Parlamentes. Der Ständerat folgte im Herbst 1986 dem Vorschlag des Bundesrates zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes betreffend «Ausnützen der Kenntnis vertraulicher Tatsachen» (Art. 161 StGB). Die zuständige Kommission des Nationalrates wird die Vorlage im Januar 1987 behandeln. Damit ist die von der Bankenkommission seit 1977 unterstützte gesetzliche Erfassung der Insidergeschäfte ein gutes Stück näher gekommen (vgl. Jahresbericht 1981, S. 26 ff.; 1982 S. 28 f.). Die erfolgreiche Aufdeckung grosser Insiderfälle in den USA im Zusammenhang mit Gesellschaftsübernahmen zeigt die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung, insbesondere im Hinblick auf die internationale Rechtshilfe.

5. Beziehungen zu anderen Behörden und zu Verbänden

5.1 Behörden des Bundes

Der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes besprach mit Vertretern der Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank verschiedene Fragen des Anlegerschutzes (Emission von Notes, neue Märkte für Aktienoptionen und vereinheitlichte Termingeschäfte, Börsenaufsicht) sowie das bevorstehende Auslaufen der Sorgfaltspflichtvereinbarung.

Zuhanden des Finanzdepartementes nahm die Bankenkommission zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen Stellung.

Die Überprüfung des Gegenrechtes einzelner Staaten erfolgte in enger Zusammenarbeit mit Stellen des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (Finanz- und Wirtschaftsdienst sowie Direktion

für Völkerrecht) und des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes (Bundesamt für Aussenwirtschaft).

5.2 Nationalbank

An der traditionellen Aussprache erörterte die Bankenkommission mit dem Direktorium der Schweizerischen Nationalbank namentlich das Nachfolgekonzert zur Sorgfaltspflichtvereinbarung, die bankengesetzlichen Liquiditätsvorschriften sowie die internationale Verschuldung.

5.3 Ausländische Behörden

Der Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Cooke-Committee) trat wie üblich quartalsweise zusammen. Er befasste sich vor allem mit der aufsichtsrechtlichen Behandlung der nicht bilanzwirksamen Geschäfte (vgl. Ziff. 3.2, S. 20), mit der Rückstellung für Länderrisiken und neu mit den sich aus Zinssatzänderungen ergebenden Risiken. Überdies beschäftigte sich der Ausschuss mit den Möglichkeiten der Aufsichtsbehörden bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität durch Missbrauch des Bankensystems. Die Bankenkommission begrüsst und unterstützt alle Bestrebungen, die auf diesem Gebiet vergleichbare Regelungen schaffen wollen, wie sie schon heute in der Schweiz bestehen. Der Ausschuss ist bemüht, durch seine Arbeiten eine internationale Harmonisierung der Aufsichtssysteme und -praxis herbeizuführen.

Im Oktober 1986 trafen sich in Amsterdam an der 4. Internationalen Bankenaufsichtskonferenz Vertreter aus 90 Ländern. Im Vordergrund der Beratungen standen Fragen des Eigenkapitals und der Solvenz der Banken einerseits, die Anwendung des Basler Konkordates über die gegenseitige Information der Aufsichtsbehörden des Mutter- und des Gastlandes bei Auslandbanken andererseits.

An der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Aufsichtsbehörden Österreichs, Deutschlands und der Schweiz liessen sich die

Teilnehmer in Wien insbesondere über die Novelle 1986 zum österreichischen Kreditwesengesetz unterrichten.

5.4 Verbände

Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission erörterten bei ihren regelmässigen Begegnungen das Verfahren bei «Notes»-Emissionen (vgl. Ziff. 3.5, S. 33), die Verwendung des Begriffes «Sparen» durch Versicherungsgesellschaften, die Zukunft der Sorgfaltspflichtvereinbarung (vgl. Ziff. 3.3.1, S. 21 ff.) sowie die Verstärkung der bankinternen Kontrollsysteme.

Vertreter der Bankenkommission trafen ferner zusammen mit Vorstandsmitgliedern des Schweizerischen Anwaltsverbandes, um deren Stellung in der Nachfolgeregelung der Sorgfaltspflichtvereinbarung zu besprechen (vgl. Ziff. 3.3.1, S. 21 ff.), und mit einer Delegation der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer.

5.5 Revisionsstellenkonferenz

Die jährlich stattfindende Revisionsstellenkonferenz fand am 26. November 1986 in Bern statt. Die für die Bankenrevision zugelassenen Gesellschaften waren durch rund 50 Mitarbeiter vertreten. Hauptgegenstand des Meinungsaustausches bildeten die Beurteilung der Länderrisiken, das Ausserbilanzgeschäft und die konsolidierte Beaufsichtigung von Bankkonzernen. Daneben wurde auch die Anerkennungspraxis der Bankenkommission für leitende Revisoren diskutiert (Art. 38 Bst. b BankV).

6. Behandelte Geschäfte (Statistik)

6.1 Sitzungen

Die Bankenkommision behandelte in zwölf zum Teil zweitätigen Sitzungen 260 (im Vorjahr 266) Geschäfte.

6.2 Verfügungen

Im Berichtsjahr erliess die Bankenkommision 51 (79) Verfügungen. Diese betrafen folgende Sachgebiete:

• Bewilligungen (Art. 3, 3bis und 3ter BankG)	21 (44)
• Unterstellung von bankähnlichen Finanzgesellschaften (Art. 7 und 8 BankG)	14 (10)
• Wechsel von Revisionsstellen (Art. 39 Abs. 2 BankV)	5 (9)
• Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung	2 (3)
• Jahresrechnung	– (2)
• Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit, innere Organisation	– (7)
• Ausübung einer Banktätigkeit ohne Bewilligung	2 (2)
• Verschiedenes	7 (2)

Von diesen 51 Verfügungen wurde eine mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht weitergezogen. Das Bundesgericht wies die Beschwerde am 12. Dezember 1986 ab.

6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen

Im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und der gefestigten Praxis der Bankenkommision sucht das Sekretariat Einzelfälle zunächst mit sog. Empfehlungen nach Art. 5 ROG-EBK zu bereinigen. In solchen Empfehlungen wird einer Bank ein bestimmtes Verhalten vorgeschlagen und sie gleichzeitig aufgefordert, sich innert einer bestimmten Frist zu äussern, ob sie die Empfehlung annehme. Lehnt die Bank ab, so

unterbreitet das Sekretariat das Geschäft der Bankenkommission zur Entscheidung (vgl. Jahresbericht 1985, S. 41 f.).

Im Berichtsjahr wurden 29 (61) Empfehlungen erlassen. Alle wurden von den Banken angenommen. Die Empfehlungen erstreckten sich auf folgende Sachbereiche:

• Risikoverteilung	10 (22)
• Jahresrechnung	17 (34)
• Organisation	1 (2)
• Revision	– (2)
• Verschiedenes	1 (1)

Die Anzahl Empfehlungen des Sekretariates nahm gegenüber dem Vorjahr stark ab. Dies ist vor allem die Folge einer Praxisänderung bei den Empfehlungen im Bereich der Jahresrechnung. Das Sekretariat der Bankenkommission liess sich bislang von Banken, deren Jahresabschluss Probleme bieten könnte, die Jahresrechnung vor der Publikation zur Prüfung vorlegen. Der vorgängige Einblick in die zur Veröffentlichung bestimmte Jahresrechnung gestattet es der Bankenkommission, die betreffende Bank auf allfällige Gesetzeswidrigkeiten – wie Verstösse gegen die Bilanzierungs- und Gliederungsvorschriften – aufmerksam zu machen und ihr zu ermöglichen, Korrekturen anzubringen (vgl. Jahresbericht 1985, S. 13 f. und 42). Die Bankenkommission ist nunmehr dazu übergegangen, diese Prüfungen wenn immer möglich den Revisionsstellen, welche heute mit der einschlägigen Praxis der Aufsichtsbehörde vertraut sind, zu überlassen. Kritische Fälle beurteilt und entscheidet sie nach wie vor selber.

Die Zahl der vom Sekretariat bearbeiteten Risikoverteilungs-Meldungen nach Art. 21 BankV ist mit 184 gegenüber 186 im Jahre 1985 nahezu unverändert geblieben.

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften

7.1 Bestand Ende 1986

• Banken, davon 110 ausländisch beherrschte Banken und 32 Zweigniederlassungen ausländischer Banken	507	(503)
• Raiffeisenkassen	1230	(1229)
• Verband waadtländischer Darlehenskassen	14	(14)
• bankähnliche Finanzgesellschaften, voll unterstellt	4	(4)
• bankähnliche Finanzgesellschaften, nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt	125	(114)
• Vertreter ausländischer Banken	69	(69)
• ausländische Banken, die für die Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz werben	16	(15)
• für Banken anerkannte Revisionsstellen	22	(22)

7.2 Erteilte Bewilligungen im Jahre 1986

Banken

- Banque Cantrade Lausanne SA, Lausanne; Neugründung
- Barclays Bank SA, Genf; Neugründung
- The First National Bank of Boston, Boston, Zweigniederlassung in Genf; Neugründung
- Mitsubishi Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung der Mitsubishi Finanz (Schweiz) AG, Zürich, in eine Bank
- Robert Fleming (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung der Robert Fleming AG, Zürich, in eine Bank
- Rüd, Blass & Cie AG Bankgeschäft, Zürich; Umwandlung der Rüd, Blass & Cie, Inhaber Blass & Cie Bankgeschäft, in eine Aktiengesellschaft
- Scobag AG, Basel; Umwandlung der Vermögensverwaltungsgesellschaft in eine Bank
- The Long-Term Credit Bank of Japan (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung der LTCB (Schweiz) AG, Zürich, in eine Bank

Raiffeisenkassen

- Raiffeisenkasse Biglen, Biglen; Neugründung

Vertretungen

- The Toyo Trust and Banking Company Ltd., Tokyo; Errichtung einer Vertretung in Zürich

Entgegennahme fremder Gelder in der Schweiz durch ausländische Banken

- Merrill Lynch International Bank Ltd., London

Bankähnliche Finanzgesellschaften (nur den Art. 7 und 8 BankG unterstellt)

- Attel & Cie AG, Lugano
- Banatlantico Zürich AG, Zürich
- Chemical New York Market Corp. Geneva SA, Genf
- Cosmo (Schweiz) AG, Zürich
- Morval & Cie SA, Genf
- Péchiney Métaux Précieux PMP SA, Zug
- Rheinland-Pfalz Finanz AG, Zürich
- Saitama Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Security Pacific (Switzerland) SA, Genf
- Shearson Lehman-Amex Finanz AG, Zürich
- Steger Finanz AG, Zürich
- Takugin Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Yamatane Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Yokohama Finanz (Schweiz) AG, Zürich

7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der Banktätigkeit

- ABC-Bank für Kredite und Finanzierungen, Zürich;
Umwandlung in eine Finanzgesellschaft
- Barclays Bank PLC, London; Schliessung der Niederlassung Zürich
- Inkasso- und Leihbank AG Luzern, Luzern;
Umwandlung in eine Finanzgesellschaft
- Rüd, Blass & Cie, Inhaber Blass & Cie Bankgeschäft, Zürich;
Umwandlung in eine Bank-Aktiengesellschaft

Aufgabe der Vertretertätigkeit

- Hokkaido Takushoku Bank Ltd., Sapporo; Zürich

Aufgabe der Tätigkeit als bankähnliche Finanzgesellschaft

- LTCB (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung in eine Bank
- Mitsubishi Finanz (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung in eine Bank
- Robert Fleming AG, Zürich; Umwandlung in eine Bank

IV. Aufsicht über die Anlagefonds

1. Praxis der Aufsichtsbehörde

1.1 Maximalkommissionen

Die Kommissionen, die Fondsleitung und Depotbank für ihre Dienstleistungen beanspruchen können, sind nach Art, Berechnungsweise und Höhe im Fondsreglement zu umschreiben (Art. 11 AFG und Art. 13 AFV). In verschiedenen Reglementen sind die Kommissionsansätze mit den Zusätzen «höchstens», «maximal» oder «bis zu» versehen. Ein Reglement mit unüblich hohen Kommissionsansätzen veranlasste die Bankenkommission zu prüfen, ob eine solche Umschreibung der Vergütungen an die Fondsorgane gesetzeskonform sei. Der Anleger kann aus dem Reglement, in der Regel aber auch aus dem Rechenschaftsbericht, nicht erkennen, welche Kommissionsansätze die Fondsorgane effektiv beansprucht haben. Er geht wahrscheinlich von der Annahme aus, der höchstmögliche Satz werde nur in Ausnahmefällen und unter besonderen Umständen erhoben. Die Bankenkommission ist der Ansicht, Maximalansätze verschafften dem Anleger nicht die vom Gesetz geforderte Klarheit über die Höhe der zu erwartenden Kommissionsbelastung. In Zukunft wird die Bankenkommission daher keine Reglemente mehr genehmigen, die Maximalkommissionen vorsehen. Davon ausgenommen ist die Ausgabekommission, da sich der Anleger vor Vertragsabschluss über die Höhe dieser einmaligen Kommission erkundigen kann. In bezug auf bestehende Reglemente mit Maximalkommissionen nahmen alle Fondsleitungen eine Empfehlung der Bankenkommission an, im jährlichen Rechenschaftsbericht den tatsächlich berechneten Kommissionssatz zu erwähnen und die Fondsreglemente bei der nächsten Änderung an die neue Praxis anzupassen.

1.2 Verkehrswertschätzungen von Liegenschaften

Die Bestimmung des Verkehrswertes der Aktiven eines Anlagefonds ist von zentraler Bedeutung. Von ihm hängt der innere Wert und damit der Ausgabe- und Rücknahmepreis eines Anteils ab. Selbst wenn keine Emission und Rücknahme von Zertifikaten stattfindet, be-

einflusst der publizierte Inventarwert den Handelswert an oder ausserhalb der Börse. Bei Wertschriftenfonds, deren Vermögen sich aus marktgängigen Papieren zusammensetzen, ist die Bestimmung des Verkehrswertes unproblematisch. Der aktuelle Wert kann beispielsweise aufgrund von Kurslisten oder der laufenden Kurspublikationen der Telekurs AG leicht ermittelt werden. Viel anspruchsvoller ist dagegen die Festlegung des Verkehrswertes von Liegenschaften, weil jedes Gebäude individuelle Eigenheiten hat. Man ist hier weitgehend auf Schätzungen angewiesen. Weder der Anteilzeichner noch derjenige, der seine Anteile veräussern will, dürfen durch eine allzu vorsichtige oder zu hohe Schätzung begünstigt oder benachteiligt werden. Um möglichst objektive Schätzwerte sicherzustellen, muss die Fondsleitung von Gesetzes wegen einen oder mehrere von ihr unabhängige Schätzungsexperten beiziehen. Den Experten ist ein weiter Ermessensspielraum einzuräumen. Tendenziell neigen sie und die Fondsleitung jedoch zu einer zurückhaltenden Schätzung. Die Bankenkommission stiess auf Fälle, wo die Schätzungen offensichtlich nicht der Preisentwicklung auf dem Liegenschaftenmarkt folgten und der Schätzvorgang nicht nachvollziehbar ist. Die Revisionsstelle wurde ermahnt, sich sorgfältiger zur Angemessenheit der vorgenommenen Schätzungen zu äussern. Fondsleitung und Experten wurden ebenfalls an ihre Sorgfaltspflichten erinnert, wobei die Bankenkommission sich vorbehält, nötigenfalls die Schätzung durch einen von ihr selbst bezeichneten Drittexperten überprüfen zu lassen.

1.3 Europrogramme

Der Europrogramme International (EPR) und der Europrogramme International Serie 1969 (EPR 69) befinden sich seit dem 30. September 1985 in Liquidation (vgl. Jahresbericht 1984, S. 51 ff., und 1985, S. 50). Die Fondsleitung konnte für beide Fonds bereits Objekte verkaufen, was beim EPR eine Kapitalausschüttung von Fr. 250.– und beim EPR 69 eine Reduktion der Hypothekarschulden ermöglichte. Sie führt überdies Verhandlungen mit Interessenten, welche die Immobilien des EPR 69 «en bloc» erwerben möchten.

Die Bemühungen Italiens, im Rahmen eines Gesetzes über die Immobilienfonds die Grundlage für eine Auffanggesellschaft für den EPR

69 zu schaffen, sind im Berichtsjahr nicht weiter vorangekommen. Die 1985 von der Bankenkommission und Fondsleitung gefassten Beschlüsse haben sich als richtig erwiesen.

2. Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft

Die «Richtlinie des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren» bezweckt eine Vereinheitlichung des Anlagefondsrechtes in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) mit dem Ziel, die Wettbewerbsvoraussetzungen für die Fonds anzugleichen und einen wirksameren und einheitlicheren Schutz der Anteilscheininhaber sicherzustellen. Die Vereinheitlichung des EG-Rechtes wird auch die Freizügigkeit des Vertriebes von Fondsanteilen zwischen den Mitgliedstaaten zur Folge haben. So werden Anteile eines Anlagefonds, der in einem Staat der EG domiziliert ist, ohne weiteres auch in anderen Ländern der EG vertrieben werden können. Die EG-Staaten haben bis zum 1. Oktober 1989 ihre Gesetzgebung an die Richtlinie anzupassen.

Die Bankenkommission fragte die Schweizerische Bankiervereinigung an, ob zur Wahrung schweizerischer Wirtschaftsinteressen eine entsprechende Vereinbarung mit der EG wünschbar wäre, um eine Diskriminierung der schweizerischen Fonds beim Vertrieb ihrer Anteile im EG-Raum zu vermeiden. Eine solche Übereinkunft setzte allerdings voraus, dass die Schweiz ihre Zulassungsvorschriften für ausländische Fondsanteile an die EG-Richtlinie anpassen müsste.

3. Musterreglement für Wertschriftenfonds

Die Entwicklung neuer Finanzinstrumente hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Zuge dieser Finanzinnovationen stellt sich für die Fondswirtschaft und die Bankenkommission die Frage, ob und inwieweit Anlagefonds in diese neuen Anlageformen investieren dürfen. Die Kommission für Anlagefonds der Schweizerischen Bankier-

vereinigung hat sich auf Anregung der Bankenkommission dieser Frage angenommen. In einem neuen Musterreglement für Wertschriftenfonds, welches das alte aus dem Jahre 1967 ersetzen soll, werden im wesentlichen die Richtlinien der Anlagepolitik durch eine beschränkte Zulassung dieser neuen Finanzinstrumente ergänzt. So sollen Call-Optionen auf Wertpapieren erworben werden können, wobei der Gegenwert der zu beziehenden Wertpapiere den Bestand an flüssigen Mitteln und Wartegeldern des Anlagefonds nicht übersteigen darf. Ebenso sollen Call-Optionen auf bestehenden Anlagen verkauft werden können. Schliesslich sieht der Entwurf die Zulassung von Options-, Futures- und Termingeschäften zur Absicherung der Währungs-, Zins- und Kursrisiken auf bestehenden Anlagen, Wartegeldern und flüssigen Mitteln vor. Daneben trägt das neue Musterreglement auch anderen Entwicklungen der vergangenen Jahre Rechnung (bspw. der letzten Revision der Anlagefondsverordnung). Die Bankenkommission, welcher das überarbeitete Musterreglement unterbreitet wurde, wird dieses auf seine Übereinstimmung mit dem Anlagefondsgesetz und der Anlagefondsverordnung überprüfen.

4. Internationale Beziehungen

Der jährliche Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Vertretern der Aufsichtsbehörden der EG-Staaten, Schwedens, der USA, Kanadas und der Schweiz fand diesmal beim Institut Monétaire Luxembourgeois in Luxemburg statt. Gegenstand der Beratungen waren vor allem die Richtlinie des Rates der EG vom 20. Dezember 1985 (vgl. Ziff. 2, S. 46), Fragen des grenzüberschreitenden Vertriebes von Fondsanteilen sowie die Zulässigkeit von Traded Options und Futures als Anlagemedien für Anlagefonds.

5. Behandelte Geschäfte

Im Berichtsjahr wurden von der Bankenkommission 110 (96) Geschäfte behandelt. Keine Verfügung wurde an das Bundesgericht weitergezogen.

6. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1986

	Anzahl per 31.12.		Fondsvermögen in Mio. Fr. per 30.9.		Einzahlungen ./i. Rückzüge in Mio. Fr. per 30.9.	
	1986	1985	1986	1985	1986	1985
Wertschriftenfonds	132	113	20398	14513	4952	2123
Immobilien- und gemischte Fonds	33	35	6530	5975	383	- 102
Total	165	148	26928	20488	5335	2021
zur Werbung zugelassene ausländische Fonds	73	49			848	1156

Fünf Anlagefonds befinden sich zudem in Liquidation (Europrogramme International, Europrogramme International Serie 1969, hbg-Immobilienfonds, Lifo-Anlagefonds, Sogeloc Obligations Internationales I). Liquidiert wurden die Anlagefonds Swissreal Serie A und Solbatim 63. Auf die Lancierung des Anlagefonds Europac wurde vorläufig verzichtet.

Hatten die Neugründungen bereits in den letzten beiden Jahren stark zugenommen, so kann das Berichtsjahr mit einem absoluten Rekord von 21 neuen schweizerischen Wertschriftenfonds aufwarten. Mit zusätzlichen Spezialfonds, sei es für eine bestimmte Währung, sei es für Anlagen in einem bestimmten Land, verfeinern die im Anlagefondsgeschäft tätigen Banken die Palette ihres Angebotes. Über die Zweckmässigkeit der Wahl einer fremden Währung als Rechnungseinheit – die seit der Revision der Anlagefondsverordnung vom 6. November 1985 möglich ist – gehen die Meinungen von Fondsleitungen und Depotbanken auseinander.

Folgende Fonds wurden 1986 gegründet:

Anglovalor
Ecu Bond Selection
Elders Fonds de Placement Australien
Elders Fonds de Placement International
Francevalor
Germaniavalor
Gulden-Invest
Hentsch – Swiss Franc Bond Portfolio

Holland-Invest
Italvalor
Leu – Ausschüttungs-Fonds
Leu – Wertzuwachs-Fonds
Multihelvetia
Parjapon
Parsuisse
Pazifikwert
Sfr-Baer
Swissca-Interpart
Swissca-Interrent
Swissca Part
Swissca Rent

Das Interesse am Vertrieb von ausländischen Fonds war im Berichtsjahr ebenfalls sehr gross. Es wurden 30 Fonds neu zur Werbung in der Schweiz zugelassen, was ebenso die grösste je in einem Jahr registrierte Anzahl bedeutet. Die erteilten Bewilligungen entfallen auf nur fünf Gesuchsteller, deren Bestreben es ebenfalls ist, dem Publikum eine Vielzahl von Fonds mit klar abgegrenzten Anlagesegmenten anzubieten.

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen

1. **Änderung der Pfandbriefverordnung**

Im Jahre 1984 wurde auf Anregung der beiden Pfandbriefzentralen die Revision von Art. 11 PfV, der die Anforderungen an die Pfandregister umschreibt, in Angriff genommen. Die Revisionsarbeiten wurden 1985 abgeschlossen und entsprechende Anträge dem Bundesrat unterbreitet (vgl. Jahresbericht 1985, S. 53). Dieser setzte den revidierten Art. 11 PfV auf den 1. Juli 1986 in Kraft. Damit werden die Pfandbriefzentralen inskünftig das Pfandregister mit EDV führen können, was für sie spürbare administrative Erleichterungen mit sich bringen wird.

2. **Überprüfung der Pfandbriefzentralen**

Das Sekretariat der Bankenkommission hat alljährlich bei den beiden Pfandbriefzentralen zu prüfen, ob die Jahresrechnung nach Form und Inhalt den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften entspricht und ob das Pfandbriefgesetz eingehalten worden ist (Art. 42 PfG). Dagegen werden die Pfandregister und die Darlehensdeckung bei den Mitgliedern der Pfandbriefzentralen durch deren bankengesetzliche Revisionsstellen geprüft.

Die Prüfungsergebnisse haben im Jahre 1986 (Jahresrechnung 1985 der Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute, Zürich, und Jahresrechnung 1985/86 der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken, Zürich) zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass gegeben.

VI. Interna

1. Bankenkommission

Auf Ende 1986 sind die Herren Dr. Albert Uldry, Vizepräsident, und Hans Hartung, Mitglied, nach Erreichen der für ausserparlamentarische Kommissionen festgelegten Altersgrenze aus der Bankenkommision ausgeschieden. An ihrer Stelle wählte der Bundesrat auf den 1. Januar 1987 die Herren Dres. Amilcare Berra und Silvio de Capitani. Er bezeichnete sodann Herrn Prof. Dr. Alain Hirsch als neuen Vizepräsidenten. Die Bankenkommision setzt sich somit nach wie vor aus sieben Mitgliedern zusammen.

2. Sekretariat

Am 1. Februar 1986 übernahm Herr Dr. Kurt Hauri, vormals stellvertretender Direktor der Eidg. Finanzverwaltung, die Direktion des Sekretariates der Bankenkommision. Er trat die Nachfolge des auf diesen Zeitpunkt in den Ruhestand getretenen bisherigen Direktors Fürsprecher Bernhard Müller an.

Der vom Bundesrat genehmigte Personaletat des Sekretariates beläuft sich auf 27½ Stellen. Diese sind durch 30 Mitarbeiter besetzt, wovon fünf teilzeitbeschäftigt sind.

3. Rechnung

Die Kosten der Aufsicht über die Banken und Anlagefonds werden von den beaufsichtigten Unternehmen getragen. Die Aufsichtsgebühren werden so festgesetzt, dass sie insgesamt die Kosten der Bankenkommision und ihres Sekretariates decken.

Für das Rechnungswesen der Aufsichtsbehörde gelten die Erlasse über den Finanzhaushalt des Bundes. Die Bankenkommision wird daher in der entsprechenden Rubrik der Staatsrechnung der Eidgenossenschaft aufgeführt.

Die Rechnung der Berichtsperiode sieht wie folgt aus:

	Aufwand		Ertrag	
	1986 Fr.	1985 Fr.	1986 Fr.	1985 Fr.
Behörden und Personal	2'640'424	2'713'819		
Gemeinkosten	2'312'966	2'399'106		
Aufsichtsgebühren				
– Banken			4'168'218	3'862'101
– Anlagefonds			450'957	426'539
Spruch- und Schreibgebühren			610'216	614'927
Vortrag aus den Vorjahren			107'686	317'044
Vortrag auf neue Rechnung	383'687	107'686		
	5'337'077	5'220'611	5'337'077	5'220'611

Der Präsident:
Dr. Hermann Bodenmann

Der Direktor:
Dr. Kurt Hauri

Bern, Ende Januar 1987

Verzeichnisse

Listes

Anerkannte Revisionsstellen

Institutions de revision reconnues

1. Für Banken und Anlagefonds

Pour banques et fonds de placement

1. ALFA Treuhand- und Revisions AG, St. Gallen
2. Arthur Andersen AG, Zürich
3. Arthur Young & Cie AG, Zürich ¹
4. AUDIBA, Genève
5. BANCONTROL Bankrevisions-Aktiengesellschaft, Zürich ²
6. Bankrevisions- und Treuhand AG, Zürich
7. Coopers & Lybrand AG, Basel ³
8. EXPERTA Revision AG, Zürich
9. Inspektorat des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen, St. Gallen
10. KMG FIDES Bankrevision, Zürich
11. FIDUCIA Bankenrevision AG, Basel ³
12. Gesellschaft für Bankenrevision GBR, Basel
13. KOREAG Kontroll & Revisions AG, Basel ¹
14. OFOR Revision Bancaire SA, Genève
15. Peat, Marwick, Mitchell & Co. SA, Zürich
16. Price Waterhouse AG, Zürich
17. Revisa Treuhand AG, Zug
18. Revisionsverband bernischer Banken und Sparkassen, Ostermundigen
19. Revisionsverband schweizerischer Regionalbanken, Zürich
20. Schweizerische Revisionsgesellschaft, Zürich
21. Société Fiduciaire «Lémano», Lausanne ¹
22. SOFIROM Société Fiduciaire, Lausanne

¹⁾ mit der Allgemeinen Treuhand AG, Basel, verbunden
liée à la Fiduciaire Générale SA, Bâle

²⁾ mit der Curator Revision, Zürich, und der Ernst & Whinney AG, Zürich, verbunden
liée à Curator Revision, Zurich, et Ernst & Whinney SA, Zurich

³⁾ mit der Schweizerischen Treuhandgesellschaft, Basel, verbunden
liée à la Société Fiduciaire Suisse, Bâle

2. Nur für Anlagefonds

Uniquement pour fonds de placement

- 23. Allgemeine Treuhand AG, Basel
- 24. Columbus Treuhand AG, Basel
- 25. Curator Revision, Zürich
- 26. KMG FIDES Revision, Zürich
- 27. Fidiconsult SA, Fribourg
- 28. Fidirevisa S.A., Lugano
- 29. Fiduciaire OFOR SA, Genève
- 30. Schweizerische Treuhandgesellschaft, Basel
- 31. Société Fiduciaire et de Gérance SA, Genève
- 32. Visura Treuhand-Gesellschaft, Zürich

Name des Anlagefonds

Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung

Direction du fonds

AMCA America-Canada Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
AMERIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
AMERICA-VALOR Schweizerischer Anlagefonds für amerikanische Wertpapiere	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
ANFOS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
ANFOS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
ANGLOVALOR Anlagefonds für englische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
APOLLO-FUND	Tempus Management Co. AG Genferstrasse 8 8027 Zürich

Legende: A = Aktien und andere Kapitalanteile

O = Obligationen

I = Immobilien

S = in der Schweiz

E = im Ausland

** = Ausländern ist der Erwerb von Anteilscheinen untersagt

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1938	31. Dezember	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1985	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1974	31. März	AE
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1961	30. September	IS
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1962	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Guyertzeller Bank AG Zürich	1969	30. September	ASE

Légende: A = actions et autres partes de capital
O = obligations
I = immeubles
S = en Suisse
E = à l'étranger
** = Il est interdit aux étrangers d'acquérir des parts

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

ASIAC

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

ASIAVALOR

Fondo di investimento in
valori mobiliari dell'Asia e
dell'Australia

Gestivalor
Gestione Fondi SA
via Canova 8
6901 Lugano

Automation-Fonds

Kafag
AG für die Verwaltung
von Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

BAERBOND

Anlagefonds für Obligationen

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

BERNFONDS

Anlagefonds für Immobilien

Berninvest AG
Weltpoststrasse 17
3000 Bern 15

BOND-INVEST Obligationenfonds
für internationale Anlagen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

BONDSELEX

Fonds de placement pour
valeurs à revenu fixe

Capdirex SA
rue Saint-Victor 12
1200 Genève

BOND VALOR D-MARK

Schweizerischer Wertpapierfonds
für Anlagen in auf Deutsche Mark
lautenden Obligationen

CS-Fondsleitung AG
Selnastrasse 6
8002 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Volksbank, Bern	1983	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1981	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1962	30. September	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankverein, Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	31. Dezember	OSE
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1978	31. Oktober	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung
Direction du fonds

BOND VALOR £ STERLING
 Schweizerischer Wertpapierfonds
 für Anlagen in auf £ Sterling
 lautenden Obligationen

CS-Fondsleitung AG
 Selnaustrasse 6
 8002 Zürich

BOND VALOR SCHWEIZER-
 FRANKEN
 Schweizerischer Wertpapierfonds
 für Anlagen in auf Schweizer-
 franken lautenden Obligationen

CS-Fondsleitung AG
 Selnaustrasse 6
 8002 Zürich

BOND VALOR US-DOLLAR
 Schweizerischer Wertpapierfonds
 für Anlagen in auf US-Dollar
 lautenden Obligationen

CS-Fondsleitung AG
 Selnaustrasse 6
 8002 Zürich

BOND VALOR YEN
 Schweizerischer Wertpapierfonds
 für Anlagen in auf Yen lautenden
 Obligationen

CS-Fondsleitung AG
 Selnaustrasse 6
 8002 Zürich

BONDWERT
 Anlagefonds für
 festverzinsliche Werte

Folag Fondsleitung AG
 Talstrasse 59
 8022 Zürich

BRIT-INVEST
 Wertschriftenfonds für Anlagen
 in Grossbritannien

Intrag AG
 Verwaltung von Investmenttrusts
 Bahnhofstrasse 45
 8021 Zürich

CANAC
 Anlagefonds für kanadische Aktien

Intrag AG
 Verwaltung von Investmenttrusts
 Bahnhofstrasse 45
 8021 Zürich

CANASEC
 Anlagefonds für kanadische Werte

Société Internationale de
 Placements SIP
 Elisabethenstrasse 41
 4010 Basel

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Handelsbank N. W., Zürich	1979	31. Januar	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1983	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1955	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1952	31. Mai	AE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

CBI-BOND
Fonds de placement en obligations

Compagnie de Banque et
d'Investissements
Boîte postale 171
1211 Genève 3

CBI-INTERCONTINENTAL
Fonds de placement en valeurs
mobilières internationales

Compagnie de Banque et
d'Investissements
Boîte postale 171
1211 Genève 3

CENTRALFONDS
Zentralschweizerischer
Immobilienfonds

Imovag Immobilien Verwaltungs AG
Postfach 2263
6002 Luzern

CLAIR-LOGIS
Fonds suisse de placements
immobiliers **

Investissements collectifs SA
rue Centrale 5
1003 Lausanne

CONBAR
Anlagefonds für
Wandelobligationen

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8022 Zürich

CONVERT-INVEST
Wertschriftenfonds für
internationale Anlagen in
Wandelobligationen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

CONVERT VALOR
SCHWEIZERFRANKEN
Schweizerischer Wertpapierfonds
für Anlagen in auf Schweizer-
franken lautenden Wandel- und
Optionsanleihen

CS-Fondsleitung AG
Selnastrasse 6
8002 Zürich

CONVERT VALOR US-DOLLAR
Schweizerischer Wertpapierfonds
für Anlagen in auf US-Dollar
lautenden Wandel- und
Optionsanleihen

CS-Fondsleitung AG
Selnastrasse 6
8002 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
	1971	31. Dezember	OSE
	1978	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Luzern	1964	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1955	31. Dezember	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1973	31. März	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

COOP
Anlagefonds fifty-fifty

Coop Anlage-Genossenschaft
Postfach 312
4002 Basel

CREDIT SUISSE FONDS-BOND
Anlagefonds für festverzinsliche
Werte

Schweiz. Kreditanstalt
Postfach
8021 Zürich

CREDIT SUISSE FONDS-
INTERNATIONAL
Anlagefonds für internationale
Werte

Schweiz. Kreditanstalt
Postfach
8021 Zürich

CROSSBOW FUND

BVE Capital Management SA
rue Robert-Estienne 10
1211 Genève 3

CSF Fund

BVE Capital Management SA
rue Robert-Estienne 10
1211 Genève 3

CS GOLD VALOR

CS-Fondsleitung AG
Selnaustrasse 6
8021 Zürich

DIVERBOND
Fonds de placement
collectif en obligations

Investarco Compagnie de Gestion
et d'Investissements SA
avenue de la Gare 4
1003 Lausanne

D-MARK BOND SELECTION
Anlagefonds für
D-Mark-Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

D-MARK-INVEST
Anlagefonds für
D-Mark-Obligationen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	1961	31. Dezember	IS
	1970	31. Oktober	OSE
	1970	31. Oktober	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1968	31. Dezember	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1973	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	31. März	AE
Banque Indosuez Paris succ. de Lausanne	1971	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds****DOLLAR BOND SELECTION**

Anlagefonds für
US-Dollar-Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

DOLLAR-INVEST

Anlagefonds für US-\$ - und can. \$ -
Obligationen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

ECU BOND SELECTION

Anlagefonds für Ecu-Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

**ELDERS FONDS DE PLACEMENT
AUSTRALIEN**

Fonds de placement suisse en
valeurs mobilières australiennes

Elders (Switzerland)
Investment Management SA
Postfach 180
2004 Neuenburg

**ELDERS FONDS DE PLACEMENT
INTERNATIONAL**

Fonds de placement suisse en
valeurs mobilières mondiales

Elders (Switzerland)
Investment Management SA
Postfach 180
2004 Neuenburg

ENERGIE-VALOR

Anlagefonds für Werte der
Energiewirtschaft

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

EQUIBAER AMERICA

Anlagefonds für amerikanische
Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

EQUIBAER EUROPE

Anlagefonds für europäische
Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

EQUIBAER PACIFIC

Anlagefonds für Aktien und
Wandelobligationen des
pazifischen Raumes

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1979	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. November	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Mai	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds Dénomination du fonds de placement	Fondsleitung Direction du fonds
ESPAC Anlagefonds für spanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
EURAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
EUREF Fonds suisse de placements mixtes	Banque Pariente Rive 12 1211 Genève 3
EURIT Investmenttrust für europäische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
EUROPA-VALOR Anlagefonds für europäische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
Europrogramme International in Liq.	IFI-Interfininvest SA Via S. Balestra 1 6900 Lugano
Europrogramme International Serie 1969 in Liq.	IFI-Interfininvest SA Via S. Balestra 1 6900 Lugano
FACEL FUND Fonds de placement en valeurs nord-américaines et internationales	Hentsch & Cie 15, rue de la Corraterie 1211 Genève 11
FIR Fonds immobilier romand (Romande Immobilière)	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA rue du Maupas 2 1000 Lausanne

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1961	31. Oktober	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1955	30. September	ASE
	1963	31. Dezember	AISE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1959	30. April	ASE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1966	30. Juni	ISE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1969	30. Juni	ISE
	1970	31. Dezember	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1953	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

FIR 1970 Fonds immobilier suisse	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA rue du Maupas 2 1000 Lausanne
FLORIN BOND SELECTION Anlagefonds für holländische Gulden-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
Foco International Bond Fund	Foreign Commerce Bank Inc. Bellariastrasse 82 8022 Zürich
Foco International Stock Fund	Foreign Commerce Bank Inc. Bellariastrasse 82 8022 Zürich
FONCIPARS Série Ancienne	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs rue du Midi 4 1003 Lausanne
FONCIPARS Série II	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs rue du Midi 4 1003 Lausanne
Fonds de placement en obligations de la Banque Scandinave en Suisse	Banque Scandinave en Suisse Rondpoint de Rive 1211 Genève 3
Fonds de placement en valeurs internationales de la Banque Scandinave en Suisse «Intelsec»	Banque Scandinave en Suisse Rondpoint de Rive 1211 Genève 3
FONSA Anlagefonds für Schweizer Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1970	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
	1972	31. August	OSE
	1972	31. August	ASE
Société de Banque Suisse Lausanne	1943	31. Dezember	IS
Société de Banque Suisse Lausanne	1961	31. Dezember	IS
	1973	28. Februar	OSE
	1976	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1949	30. Juni	AS

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

FONSELEX

Fonds de placement en valeurs
internationales

Capdirex SA

rue Saint-Victor 12
1200 Genève

FRANCEVALOR

Anlagefonds für französische
Wertschriften

Interfonds, Internationale

Investmenttrustgesellschaft

Postfach

4002 Basel

FRANCIT

Investmenttrust für französische
Aktien

Intrag AG

Verwaltung von Investmenttrusts

Bahnhofstrasse 45

8021 Zürich

GERFONDS

Fonds de placement en valeurs
internationales

Société d'Etudes et de Placements

SA, c/o Société Bancaire

Julius Baer SA Genève

2, boulevard du Théâtre

1211 Genève 11

GERMAC

Anlagefonds für deutsche Aktien

Intrag AG

Verwaltung von Investmenttrusts

Bahnhofstrasse 45

8021 Zürich

GERMANIAVALOR

Anlagefonds für deutsche
Wertschriften

Interfonds, Internationale

Investmenttrustgesellschaft

Postfach

4002 Basel

GESTIVALOR

Fondo di investimento in valori
mobiliari internazionali

Gestivalor

Gestione Fondi SA

via Canova 8

6901 Lugano

GLOBINVEST

Wertschriftenfonds für
internationale Anlagen

Intrag AG

Verwaltung von Investmenttrusts

Bahnhofstrasse 45

8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1966	31. Oktober	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	AE
Société Bancaire Julius Baer SA Genève Genève	1958	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1977	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1968	30. Juni	ASE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

GROBAR Anlagefonds für Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

GULDEN-INVEST
Anlagefonds für
Gulden-Obligationen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

hbg-Immobilienfonds **in Liq.**

ImmoFonsa AG
Sevogelstrasse 30
4000 Basel

HELVETBAER
Anlagefonds für festverzinsliche
Schweizerwerte

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

HELVETINVEST
Anlagefonds für festverzinsliche
Schweizerwerte

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

Hentsch-Swiss Franc Bond
Portfolio

Hentsch & Cie
15, rue de la Corraterie
1211 Genève 11

HOLLAND-INVEST
Wertschriftenfonds für Anlagen
in den Niederlanden

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

IFCA Immobilien-Anlagefonds der
Schweizerischen Kantonalbanken

IFAG Fondsleitung AG
Weltpoststrasse 19
3000 Bern

IMMOFONDS
Schweizerischer
Immobilien-Anlagefonds

AG für Fondsverwaltung
Poststrasse 12
6300 Zug

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1972	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1975	31. Dezember	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1971	31. Oktober	OS
	1986	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	31. Oktober	AE
Zürcher Kantonalbank Zürich	1960	28. Februar	IS
Handelsbank N.W., Zürich	1955	30. Juni	IS

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

IMMOVIT Schweizerischer Investment-Trust für Immobilienwerte	VIT Verwaltungsgesellschaft für Investment-Trusts Pelikanplatz 15 8000 Zürich
INTERCONTINENTAL TRUST	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
INTERFIX Fonds de placement en valeurs internationales à revenu fixe	Banque Nationale de Paris (Suisse) SA Case postale 4002 Basel
INTERMOBILFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
INTERSWISS Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
INTERVALOR Internationaler Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
ITAC Anlagefonds für italienische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
ITALVALOR Anlagefonds für italienische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Bank Leu AG, Zürich	1960	31. März	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1939	31. August	ASE
	1967	31. Dezember	OSE
Schweiz. Volksbank, Bern	1970	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1954	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1969	30. April	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1958	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

JAPAC FUND Fonds de placement
en valeurs mobilières du Japon et
de la zone du Pacifique

Gérifonds SA
11, rue de la Corratierie
1211 Genève

JAPAN-INVEST
Anlagefonds für japanische Aktien

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

JAPAN-PORTFOLIO
Schweizerischer Anlagefonds für
japanische Wertschriften

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

LA FONCIERE
Fonds suisse de placement
immobilier

Investissements Fonciers SA
Case postale
1000 Lausanne 13

Leu-Ausschüttungs-Fonds

Leu Fondsleitung AG
Bahnhofstrasse 32
8001 Zürich

Leu-Wertzuwachs-Fonds

Leu Fondsleitung AG
Bahnhofstrasse 32
8001 Zürich

LIFO-Anlagefonds **in Liq.**

Immofonsa AG
Sevogelstrasse 30
4006 Basel

Lloyds International Dollar Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International Europe Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Lombard, Odier & Cie Genève	1970	30. Juni	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1981	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1971	30. September	AE
Banque Vaudoise de Crédit Lausanne	1954	30. September	IS
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. November	IS
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	ASE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

Lloyds International Growth Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International Income Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International North America
Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

Lloyds International Pacific Fund

Lloyds International
Management SA
Rue du Rhône 7
1211 Genève 11

M-FUND
Schweiz. Wertschriftenfonds
für multinationale Anlagen

Überseebank AG
Postfach
8024 Zürich

MULTIAMERICA
Fondo d'investimento in valori
nordamericani

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIBOND DM
Fondo d'investimento in
obbligazioni denominate in
marchi tedeschi

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIBOND FRS
Fondo d'investimento in
obbligazioni denominate in
franchi svizzeri

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIBOND INTERNATIONAL
Fondo d'investimento in
obbligazioni internazionali

Fongest SA
Via Magatti 2
6900 Lugano

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1976	31. Dezember	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1973	30. September	OSE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	AE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	31. Dezember	AE
	1985	31. Dezember	ASE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1984	30. Juni	AE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OSE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1974	31. Dezember	OSE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

MULTIBOND US-\$

Fondo d'investimento in
obbligazioni denominate in
dollari USA

Fongest SA

Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTIHELVETIA

Fondo d'investimento in valori
mobiliari svizzeri

Fongest SA

Via Magatti 2
6900 Lugano

MULTINIPPON

Fondo d'investimento in valori
mobiliari giapponesi

Fongest SA

Via Magatti 2
6900 Lugano

OBLIGATION

Banque Paribas (Suisse) SA
Case postale
1211 Genève 11

, OP-INVEST

Bank Oppenheim Pierson
(Schweiz) AG
Postfach
8022 Zürich

PACIFIC-INVEST

Wertschriftenfonds für Anlagen
im pazifischen RaumIntrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

PACIFIC-VALOR

Schweizerischer Wertpapierfonds
für Anlagen in Japan und weiteren
Anrainerstaaten des PazifiksSociété Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

PARFON

Fonds de participations foncières
suisses, GenèveSofid SA
Rue de la Fontaine 5
1211 Genève 3

PARJAPON

Banque Paribas (Suisse) SA
Case postale
1211 Genève 11

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1986	30. Juni	AS
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	30. Juni	AE
	1973	30. September	OSE
	1981	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1981	30. September	AE
Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève	1955	30. September	IS
	1986	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung
Direction du fonds

PARSUISSE

Banque Paribas (Suisse) SA
Case postale
1211 Genève 11

PAZIFIKWERT
Anlagefond für Werte des
pazifischen Raumes

Folag Fondsleitung AG
Talstrasse 58
8022 Zürich

PHARMAFONDS

Kafag
AG für die Verwaltung von
Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

POLY-BOND-INTERNATIONAL

Kafag
AG für die Verwaltung von
Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

REALITE
Fonds de placements mixtes **

Sogefonds SA
20, rue de la Corraterie
1200 Genève

RENTVALOR
Fondo di investimento in
obbligazioni internazionali

Gestivalor
Gestione Fondi SA
via Canova 8
6901 Lugano

RENTVALOR 75
Fondo di investimento in
obbligazioni internazionali

Gestivalor
Gestione Fondi SA
via Canova 8
6901 Lugano

RENTVALOR US-\$
Fondo di investimento in
obbligazioni espresse in US-\$

Gestivalor
Gestione Fondi SA
via Canova 8
6901 Lugano

REVIT
Immobilienfonds bernischer
Banken **

Revit AG Bern
Kapellenstrasse 5
3000 Bern

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
	1986	31. März	AS
Handelsbank N.W., Zürich	1986	31. Januar	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1959	30. September	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1972	31. Mai	OSE
Union de Banques Suisses Genève	1959	30. September	AISE
Banca del Gottardo Lugano	1974	30. Juni	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1975	30. September	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1985	30. September	OE
Gewerbekasse in Bern Bern	1963	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung
Direction du fonds

ROMETAC-INVEST
 Fonds für internationale Anlagen
 in Rohstoff- und Energiewerten

Intrag AG
 Verwaltung von Investmenttrusts
 Bahnhofstrasse 45
 8021 Zürich

SAFIT South Africa Trust Fund

Intrag AG
 Verwaltung von Investmenttrusts
 Bahnhofstrasse 45
 8021 Zürich

SAMURAI PORTFOLIO

Gertrust SA
 rue de la Cité 22
 1200 Genève

SCHWEIZERAKTIEN
 Anlagefonds für Schweizerwerte

Société Internationale de
 Placements SIP
 Elisabethenstrasse 41
 4010 Basel

SEAPAC FUND

Gérifonds SA
 11, rue de la Corraterie
 1211 Genève

SFR-BAER
 Anlagefonds für Schweizerfranken-
 Auslandsobligationen

Julius Bär Fondsleitung AG
 St. Peterstrasse 10
 8001 Zürich

SIAT
 Schweizerischer Immobilien-
 Anlagefonds

DEVO Aktiengesellschaft für
 Immobilien-Anlagefonds
 Postfach 459
 4600 Olten

SIAT 63
 Schweizerischer Immobilien-
 Anlagefonds

DEVO Aktiengesellschaft für
 Immobilien-Anlagefonds
 Postfach 459
 4600 Olten

SIMA
 Schweizerischer Immobilien-
 Anlagefonds

Intrag AG
 Verwaltung von Investmenttrusts
 Bahnhofstrasse 45
 8021 Zürich

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1972	31. Oktober	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1948	31. März	AE
Hentsch & Cie, Genève	1970	31. Dezember	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	30. April	AS
Lombard, Odier & Cie Genève	1973	30. Juni	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1986	31. Dezember	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1956	30. September	IS
Schweiz. Volksbank, Bern	1963	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1950	30. September	IS

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

SOGELOC

Obligations Internationales I

en liq.

Sté de gestion des fonds de
placement de Lombard,
Odier & Cie (Sogeloc) SA
11, rue de la Corraterie
1200 Genève

SOGENAL-ZÜRICHAnlagefonds für internationale
Werte

Sogenal Fondsleitung AG
Bleicherweg 1
8022 Zürich

SOLVALOR 61Fonds de placement immobilier

Solvalor SA

Avenue Mon Repos 14
1000 Lausanne

STERLING BOND SELECTIONAnlagefonds für Pfund-Sterling-
Obligationen

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

STOCKBARAnlagefonds für Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

SWISSACAnlagefonds für Schweizer
Dividendenwerte

Kafag
AG für die Verwaltung von
Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

SWISSBARAnlagefonds für Schweizer Aktien

Julius Bär Fondsleitung AG
St. Peterstrasse 10
8001 Zürich

SWISSCA INTERPARTIFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Lombard, Odier & Cie Genève	1972	31. März	OSE
Société Générale Alsacienne de Banque Strasbourg, succursale de Zurich	1985	30. Juni	ASE
Crédit Suisse, Lausanne	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1971	31. Dezember	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	AS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1976	31. Dezember	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

SWISSCA INTERRENT

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/ Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

SWISSCA PART

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/ Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

SWISSCA RENT

IFAG Fondsleitung AG, Bern
Filiale Lausanne, Place St-François
b/ Banque Cantonale Vaudoise
1000 Lausanne

SWISSFONDS 1

Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds (geschlossen)

Himac

AG für Verwaltung von Anlagefonds
Postfach 3279
4002 Basel

SWISSFONDS 2

Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds

Himac

AG für Verwaltung von Anlagefonds
Postfach 3279
4002 Basel

SWISSFONDS 10

Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds **

Himac

AG für Verwaltung von Anlagefonds
Postfach 3279
4002 BaselSWISS FOREIGN BOND
SELECTIONAnlagefonds für Schweizerfranken-
Auslandobligationen und NotesInterfonds, Internationale
InvestmentgesellschaftPostfach
4002 Basel

SWISS FRANC BOND

Anlagefonds für festverzinsliche
Werte, lautend auf Schweizer-
franken

Kafag

AG für die Verwaltung von
Anlagefonds
Bahnhofstrasse 53
8000 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OSE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1971	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1983	30. November	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	OSE

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Fondsleitung****Direction du fonds**

SWISS FRANC-INVEST
Anlagefonds für Schweizerfranken-
Obligationen

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

SWISSIMMOBIL 1961
Anlagefonds für Schweizerische
Immobilienwerte

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

SWISSIMMOBIL, NEUE SERIE
Schweizerische
Immobilien-Anlagen

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

SWISSIMMOBIL SERIE D
Immobilien-Anlagefonds

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

SWISSINVEST
Schweizerischer Immobilien-
Anlagefonds

Adimosa AG
Dufourstrasse 21
4052 Basel

SWISSREAL
Serie B, Schweizerischer
Liegenschaften-Anlagefonds

Intrag AG
Verwaltung von Investmenttrusts
Bahnhofstrasse 45
8021 Zürich

SWISSVALOR
Neue Serie, Anlagefonds für
schweizerische Werte

Société Internationale de
Placements SIP
Elisabethenstrasse 41
4010 Basel

UNIM
Fonds de placements
immobiliers **

Progestfonds SA
rue de la Fontaine 5
1204 Genève

UNIVERSAL BOND SELECTION
Internationaler Anlagefonds für
Obligationen und aus
Wandelrechten bezogene Aktien

Interfonds, Internationale
Investmenttrustgesellschaft
Postfach
4002 Basel

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OSE
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1938	31. Dezember	IS
Bank Heusser & Cie AG Basel	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1956	31. Mai	AS
Crédit Suisse, Genève	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1970	30. September	OSE

Name des Anlagefonds
Dénomination du fonds de placement

Fondsleitung
Direction du fonds

UNIVERSAL FUND
 Fonds de placement en actions
 des pays industriels européens et
 d'outre-mer

Interfonds, Internationale
 Investmenttrustgesellschaft
 Postfach
 4002 Basel

UNIWERT
 Anlagefonds für Wertschriften

Folag Fondsleitung AG
 Talstrasse 58
 8022 Zürich

USSEC
 Anlagefonds für amerikanische
 Werte

Société Internationale de
 Placements SIP
 Elisabethenstrasse 41
 4010 Basel

UTO
 Immobilienfonds

Uto Fondsverwaltung AG
 Beethovenstrasse 24
 8002 Zürich

VALCA
 Wertschriftenfonds der
 Schweizerischen Kantonalbanken

IFAG Fondsleitung AG, Bern
 Filiale Lausanne, Place St-François
 b/Banque Cantonale Vaudoise
 1000 Lausanne

WERT-INVEST
 Schweizerischer Liegenschaften-
 Anlagefonds **

Wert-Invest AG
 Rennweg 50
 4020 Basel

YEN BOND SELECTION
 Anlagefonds für Yen-Obligationen

Interfonds, Internationale
 Investmenttrustgesellschaft
 Postfach
 4002 Basel

YEN-INVEST
 Anlagefonds für Yen-Obligationen

Intrag AG
 Verwaltung von Investmenttrusts
 Bahnhofstrasse 45
 8021 Zürich

<i>Depotbank Banque dépositaire</i>	<i>Gründung Fondation</i>	<i>Abschluss Clôture</i>	<i>Art der Anlage Genre du placement</i>
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	ASE
Handelsbank N.W., Zürich	1973	31. Januar	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1951	31. August	AE
Uto Bank, Zürich	1960	31. März	IS
Basler Kantonalbank Basel	1969	28. Februar	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1977	30. Juni	OE

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung
in der Schweiz (Art. 2 AuslAFV)

Name des Anlagefonds Dénomination du fonds de placement	Nationalität Nationalité
* Austro-International-Investment-Fonds	Liechtenstein
* Barclays Unibond Trust	Jersey
* Barclays Uni-American Growth Trust	Jersey
Broadgate International Fund Portefeuille 1	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 2	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 3	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 4	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 5	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 6	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 7	Luxembourg
Canafund	Luxembourg
Capital International Fund SA	Luxembourg
Citinvest Ecu Income	Luxembourg
Citinvest Liquidity	Luxembourg
Citinvest Managed Growth	Luxembourg
CS Ecu Bond	Luxembourg
CS Gulden Bond	Luxembourg
CS Money Market Fund DM	Luxembourg
CS Money Market Fund £ Sterling	Luxembourg

* untersteht überhaupt keiner oder einer der schweizerischen nicht ebenbürtigen Staatsaufsicht

Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public
en Suisse (Art. 2 OFP étr.)

<i>Bewilligungsträger</i> <i>Autorisation délivrée à</i>	<i>Abschluss</i> <i>Clôture</i>
Handelsbank N. W., Zürich	31. Dezember
Barclays Bank SA, Genève	31. Mai
Barclays Bank SA, Genève	30. September
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Chase Manhattan Bank (Suisse), Genève	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember

* n'est pas soumis à une surveillance équivalente à celle exercée en Suisse sur les fonds de placement
ou n'est l'objet d'aucune surveillance

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Nationalität****Nationalité**

CS Money Market Fund US-Dollar	Luxembourg
CS Money Market Fund YEN	Luxembourg
CS Short-Term Bond DM	Luxembourg
CS Short-Term Bond US-Dollar	Luxembourg
* D-MARK-BAER, Julius Baer D-Mark Bond Fund Ltd	Cayman Islands
* DOLLAR BAER, Julius Baer U. S. Dollar Bond Fund Ltd	Cayman Islands
Dreyfus Fund Inc.	USA
* Formula Selection Fund	Panama
Frankfurt Effekten Fonds	Deutschland
G. T. Investment Fund S. A.	Luxembourg
Integra Fund	USA
* International Income Fund Unit A	Jersey
* International Income Fund Unit B	Jersey
* International Income Fund Long Term Unit	Jersey
Interspar, fonds d'investissement international des caisses d'épargne	Luxembourg
Interzins	Deutschland
Investa	Deutschland
* ITF Fund N. V.	Antilles néerlandaises
* Japan Selection Fund	Panama
* Kleinwort Benson International Fund N. V.	Antilles néerlandaises
* Liquibär, Julius Bär US Dollar Fund Ltd	Grand Cayman
Lloyds International Smaller Companies Fund	Luxembourg
* Mercury Eurobond Fund Ltd	Bermudas

<i>Bewilligungsträger</i> <i>Autorisation délivrée à</i>	<i>Abschluss</i> <i>Clôture</i>
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Hentsch & Cie, Genève	31. Dezember
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	30. September
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
Rothschild Bank AG, Zürich	30. September
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	31. Dezember
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	30. September
Banque Kleinwort Benson SA, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Lloyds Bank International Ltd, Londres, succ. de Genève	31. Dezember
S. G. Warburg Bank AG, Zürich	30. September

Name des Anlagefonds**Dénomination du fonds de placement****Nationalität****Nationalité**

Multinvest International SA	Luxembourg
Obli-Dollar	Luxembourg
* Obliflex Limited Convertibles	Jersey
* Obliflex Limited Deutsche Mark	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., court terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., moyen terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., long terme	Jersey
* Obliflex Limited Florin néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Franc belge	Jersey
* Obliflex Limited Franc français	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse	Jersey
* Obliflex Limited Livre sterling	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises suisses	Jersey
* Obliflex Limited Yen japonais	Jersey
* Obliflex Limited Unité monétaire européenne	Jersey
Rentak Fonds	Deutschland
Rentex Fonds	Deutschland
SCI/TECH SA	Luxembourg
SoGen International Fund Inc.	USA
* Techno-Growth Fund	Panama
Turquoise Fund	Luxembourg
Unico Investment-Fund	Luxembourg

<i>Bewilligungsträger</i> <i>Autorisation délivrée à</i>	<i>Abschluss</i> <i>Clôture</i>
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	30. September
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Société Générale Alsacienne de Banque, Strasbourg Zweigniederlassung Zürich	31. März
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	31. August
Mirabaud & Cie, Genève	31. März
Bank Europäischer Genossenschaftsbanken, Zürich	30. September

Name des Anlagefonds

Dénomination du fonds de placement

Nationalität

Nationalité

Unifonds

Deutschland

Uniglobal

Deutschland

Unikapital

Deutschland

Unirak

Deutschland

Unirenta

Deutschland

Unispecial I

Deutschland

Unizins

Deutschland

World Fund SA

Luxembourg

<i>Bewilligungsträger</i> <i>Autorisation délivrée à</i>	<i>Abschluss</i> <i>Clôture</i>
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich	31. März
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. März
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Lombard, Odier & Cie, Genève	30. April

Sommaire

Page

Version allemande	5
Listes (institutions de revision et fonds de placement)	53
Version française	107

Inhaltsübersicht

Seite

Deutsche Fassung	5
Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds)	53
Französische Fassung	107

Table des matières

Page

Commission des banques et Secrétariat

111

I. Introduction

113

II. Points essentiels

114

III. Surveillance des banques

116

- 1. Etat de la législation 116
 - 1.1 Revision de la loi sur les banques 116
 - 1.2 Revision de l'ordonnance sur les banques 117
- 2. Circulaires 118
- 3. Pratique de l'autorité de surveillance 119
 - 3.1 Champ d'application de la loi sur les banques 119
 - 3.2 Nouveaux instruments financiers 122
 - 3.3 Garantie d'une activité irréprochable 124
 - 3.3.1 Identification de l'ayant droit économique 124
 - 3.3.2 Avoirs de Marcos et de Duvalier 127
 - 3.3.3 Mesures en cas d'activité douteuse 129
 - 3.4 Réciprocité 131
 - 3.4.1 Japon 131
 - 3.4.2 Etats-Unis 133
 - 3.4.3 Canada 133
 - 3.4.4 Utilisation de trusts 134
 - 3.4.5 Liste des Etats garantissant la réciprocité 135
 - 3.5 Prospectus pour l'émission de «notes» 135
 - 3.6 Risques-pays 137
- 4. Législation sur les opérations d'initiés 138

5. Relations avec d'autres Autorités et des Associations	139
5.1 Autorités fédérales	139
5.2 Banque Nationale Suisse	139
5.3 Autorités de surveillance étrangères	139
5.4 Associations	140
5.5 Conférence des institutions de revision	141
6. Affaires traitées	141
6.1 Séances	141
6.2 Décisions	141
6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques	142
7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi	143
7.1 Etat à la fin 1986	143
7.2 Autorisations délivrées en 1986	143
7.3 Cessation de l'activité	145

IV. Surveillance des fonds de placement 146

1. Pratique de l'autorité de surveillance	146
1.1 Commissions maximums	146
1.2 Estimation de la valeur vénale des immeubles	146
1.3 Europrogramme	147
2. Directive du Conseil des Communautés Européennes	148
3. Règlement modèle pour les fonds en valeurs mobilières	148
4. Relations internationales	149
5. Affaires traitées	149
6. Développement des fonds de placement en 1986	150

V. Surveillance des lettres de gage	152
1. Modification de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage	152
2. Revision des centrales d'émission de lettres de gage	152
VI. Commission des banques et Secrétariat	153
1. Commission des banques	153
2. Secrétariat	153
3. Comptes annuels	153

Abréviations

CDB	Convention du 1er juillet 1982 relative à l'obligation de diligence des banques lors de l'acceptation de fonds et à l'usage du secret bancaire
EIMP	Loi fédérale du 20 mars 1981 sur l'entraide internationale en matière pénale (Loi sur l'entraide pénale internationale) (RS 351.1)
LB	Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.0)
LFP	Loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement (RS 951.31)
LLG	Loi fédérale du 25 juin 1930 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.4)
OB	Ordonnance d'exécution du 17 mai 1972 de la loi sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.02)
OBE	Ordonnance (de la Commission fédérale des banques) du 22 mars 1984 concernant les banques étrangères en Suisse (RS 952.111)
OFP	Ordonnance d'exécution du 20 janvier 1967 de la loi fédérale sur les fonds de placement (RS 951.311)
OFPétr	Ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers (RS 951.312)
OLG	Ordonnance du 23 janvier 1931 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.41)
RO-CFB	Règlement du 4 décembre 1975 concernant l'organisation et l'activité de la Commission fédérale des banques (RS 952.721)

Commission fédérale des banques

Président

Hermann Bodenmann, docteur en droit, Brigue

Vice-président

Albert Uldry, docteur en droit, Fribourg (jusqu'au 31 décembre 1986)

Alain Hirsch, docteur en droit, professeur, Genève
(dès le 1er janvier 1987)

Membres

Amilcare Berra, docteur en sciences politiques, Montagnola
(dès le 1er janvier 1987)

Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich (dès le 1er janvier 1987)

Paul Ehram, docteur en droit, Zumikon

Hans Hartung, Feldmeilen (jusqu'au 31 décembre 1986)

Alain Hirsch, docteur en droit, professeur, Genève
(jusqu'au 31 décembre 1986)

Hans Schmid, docteur en sciences politiques, professeur, St. Gall

Hans Wyer, Conseiller d'Etat, Viège

Secrétariat

Directeur

Bernhard Müller, avocat (jusqu'au 31 janvier 1986)

Kurt Häuri, docteur en droit (dès le 1er février 1986)

Service des autorisations et des fonds de placement

Jacques B. Schuster, sous-directeur, suppléant du directeur

Service juridique

Daniel Zuberbühler, avocat, sous-directeur

Service de revision

Paul Sommer, docteur en sciences économiques, expert-comptable
diplômé, conseiller scientifique (jusqu'au 28 février 1987)

Adresse

Marktgasse 37, case postale 1211, 3001 Berne

Tél. 031/61 69 11, Télex 912 449, Téléfax 031/61 69 26

I. Introduction

La Commission des banques surveille trois secteurs des activités financières: les banques (art. 23 al. 1 LB), les fonds de placement (art. 40 LFP en liaison avec l'art. 23 al. 1 LB) et les lettres de gage (art. 39 LLG). Elle est tenue de présenter au moins une fois par année un rapport sur son activité au Conseil fédéral (art. 23 al. 3 LB). En présentant son rapport de gestion 1986, la Commission des banques se conforme ainsi à ces dispositions légales.

Le rapport de gestion porte notamment sur les principales questions traitées pendant l'année écoulée ainsi que sur la pratique et la politique suivies par l'autorité de surveillance. Il contient de plus la liste des fonds de placement suisses et étrangers soumis à la surveillance ainsi que celle des institutions de revision agréées par la Commission des banques pour la revision des banques et des fonds de placement. En revanche, il ne contient pas de données statistiques détaillées sur le développement et l'état actuel du système bancaire suisse. A ce sujet, on se référera utilement à la publication de la Banque Nationale Suisse intitulée «Les banques suisses en 1986» qui paraîtra en automne 1987. A côté de commentaires des données statistiques, elle contient une liste des banques assujetties à la loi.

En plus de ce rapport de gestion annuel, la Commission des banques publie le «Bulletin» dans lequel sont rassemblées ses décisions les plus importantes (1986, fascicule 16).

II. Points essentiels

Après sa dénonciation par la Banque Nationale Suisse, la convention, conclue en 1977 et renouvelée en 1982, relative à l'obligation de diligence des banques lors de l'acceptation de fonds et à l'usage du secret bancaire (CDB) arrive à échéance à fin septembre 1987. Elle devrait être remplacée par des règles professionnelles émises par l'Association suisse des banquiers. Dans cette perspective, la Commission des banques a annoncé à l'Association suisse des banquiers qu'elle exigera en principe que les banques identifient l'ayant droit économique même lorsque les clients sont représentés par des fiduciaires ou des avocats suisses. L'Association suisse des banquiers s'est déclarée prête à prendre en considération, dans le cadre des nouvelles règles déontologiques, une limitation importante des prescriptions à ce sujet et de supprimer ainsi cette lacune de la convention en vigueur (cf. III, ch. 3.3.1, p. 124 ss).

L'évolution rapide et profonde des marchés financiers internationaux a engagé la Commission des banques à poursuivre ses études concernant:

- l'extension des prescriptions de la législation bancaire aux affaires hors bilan, en particulier en ce qui concerne les fonds propres, la répartition des risques, la liquidité et la présentation des comptes (cf. III, ch. 1.2, p. 117 s. et ch. 3.2, p. 122 s.);
- l'élargissement du champ d'application de la loi sur les banques à certains intermédiaires financiers comme les sociétés s'occupant de l'émission de titres (cf. III, ch. 1.1, p. 116 et ch. 3.1, p. 119).

La Commission des banques proposera au Conseil fédéral de reviser dans ce sens l'ordonnance de la loi sur les banques. L'objectif poursuivi est d'englober dans la surveillance bancaire les nouveaux développements et les risques qui en découlent pour les banques et d'une façon générale d'assurer le bon fonctionnement de la place financière suisse.

Le Conseil fédéral et la Commission des banques ont bien marqué, par leur attitude dans le cas des avoirs de Marcos, leur devoir de s'opposer aux reproches selon lesquels la place financière suisse serait un asile pour les capitaux d'origine illicite et qu'une demande d'entraide judiciaire dont le dépôt est imminent pourrait être rendue inopérante par le retrait immédiat des biens qu'elle concerne. Les expériences fai-

tes dans le cas des avoirs de Duvalier, où des mesures provisoires ont été prises à temps en vertu de la loi sur l'entraide judiciaire, démontrent que ces bases légales suffisent en règle générale et qu'on ne doit avoir recours à d'autres moyens que dans des circonstances très particulières (cf. III, ch. 3.3.2, p. 127 ss).

Les perspectives d'une solution de la question de l'endettement international ne se sont pas améliorées en 1986. Pour cette raison, la Commission des banques a décidé d'augmenter à 30% le taux de provision forfaitaire minimum fixé en 1983 à 20% du montant des créances envers des pays à risques. En principe, toutes les banques sont tenues de constituer ces provisions jusqu'à fin 1987 (cf. III, ch. 3.6, p. 137 s.).

A la suite de l'internationalisation des marchés et places financières, l'aspect expansif de la réciprocité, qui doit favoriser l'activité des banques suisses à l'étranger, a pris de plus en plus d'importance. C'est pourquoi, lorsqu'il s'agit d'examiner aujourd'hui si la réciprocité est garantie par un Etat étranger, la Commission des banques attache plus d'attention qu'auparavant aux possibilités réelles pour les banques suisses d'y exercer une activité bancaire. Cette manière différente d'aborder l'examen de la réciprocité a conduit à un réexamen de la réciprocité avec le Japon, car à l'inverse des possibilités d'activité qui sont offertes aux banques japonaises en Suisse, celles des instituts suisses au Japon sont fortement limitées (cf. III, ch. 3.4.1, p. 131 ss).

III. Surveillance des banques

1. Etat de la législation

1.1 Revision de la loi sur les banques

Dans sa prise de position sur les interventions parlementaires, le Conseil fédéral a exprimé l'avis qu'une revision partielle de la loi sur les banques ne présente plus le même caractère de nécessité et d'urgence qu'il y a encore quelques années. En effet, on assiste actuellement à des développements sur les marchés financiers étrangers dont les répercussions sont encore imprévisibles sur la place financière suisse. Cela concerne plus particulièrement le déplacement qui s'amplifie et s'accélère des affaires traditionnelles d'intermédiation financière s'inscrivant au bilan vers des opérations hors bilan. Le Conseil fédéral considère qu'il n'est pas opportun pour l'instant de modifier la loi sur les banques. Dès que la situation se sera clarifiée, il décidera, compte tenu de l'ensemble des expériences faites par la Commission des banques, si une modification de la loi est nécessaire.

Le point de vue du Conseil fédéral rejoint celui déjà exprimé par la Commission des banques dans ses deux derniers rapports de gestion (cf. rapport de gestion 1984, p. 16; 1985, p. 8) que la loi en vigueur permet certainement une interprétation moderne de la surveillance bancaire. Il s'agit donc d'épuiser les possibilités existantes et de préciser les besoins d'une extension de la surveillance avant d'introduire des modifications au niveau de la loi. La Commission des banques recherchera notamment les possibilités d'étendre le champ d'application de la loi aux entreprises du domaine financier qui ne sont pas soumises aujourd'hui à une surveillance (voir ch. 3.1, p. 119 ss) et de préparer la revision de l'ordonnance sur les banques.

Reste ouverte la question de savoir si, à la place de la surveillance pratiquée aujourd'hui sur des secteurs restreints comme les banques et les fonds de placement, il ne faudrait pas plutôt prévoir pour le marché financier une réglementation nationale qui englobe l'ensemble de ce marché, comme elle existe déjà dans d'autres pays ou comme elle est envisagée ailleurs, eu égard à l'évolution rapide que connaissent les places financières étrangères. Les opérations sur titres devraient notamment être intégrées dans une telle réglementation, que celle-ci soit édictée sous forme de loi et/ou de convention de droit privé (self-regulation).

1.2 Revision de l'ordonnance sur les banques

Les travaux relatifs à la modification des prescriptions en vigueur sur la liquidité sont sur le point d'être terminés. L'actuelle réglementation est jugée insatisfaisante tant par les banques que par la Commission des banques et la Banque Nationale Suisse. Trois points ont en particulier soulevé des critiques unanimes. D'une part les complications inutiles qu'amène le maintien de la liquidité de caisse à la fin du mois. D'autre part les difficultés que présentent la planification et le calcul des liquidités requises en raison de la complexité de l'échelle mobile progressive qui détermine les taux à appliquer. Enfin, en comparaison avec ceux exigés à l'étranger, les taux excessifs des liquidités que la politique monétaire d'aujourd'hui ne peut plus justifier.

Selon l'opinion exprimée par le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux (cf. rapport de gestion 1985, p. 39), ce qui est le plus important lors de l'élaboration d'une réglementation sur les liquidités, c'est de faire en sorte qu'une banque dispose de liquidités en quantité suffisante pour que, lorsqu'une crise de confiance éclate, entraînant des retraits massifs de fonds par la clientèle, elle puisse faire face aux engagements échus jusqu'à ce qu'un plan de secours soit préparé par d'autres banques et, le cas échéant, par les autorités. Il faut en outre tenir compte du fait que, dans les passifs des banques, les petits créanciers sont remplacés par des investisseurs institutionnels importants. Ceux-ci, grâce à une meilleure information, peuvent réagir plus vite et, par le retrait de leurs fonds, provoquer un retrait massif de liquidités. De l'avis de la Commission des banques et de la Banque Nationale Suisse, les besoins en liquidité qui découlent des affaires hors bilan devraient aussi être intégrés dans les nouvelles dispositions (cf. ch. 3.2, p. 122 ss). Pour leur part, les banques souhaitent une extension des catégories d'actifs considérés comme facilement réalisables. Un groupe de travail composé des représentants de la Banque Nationale Suisse et de la Commission des banques a examiné les propositions de modifications proposées en automne 1985 par le groupe de travail constitué par les banques (cf. rapport de gestion 1985, p. 9) et a développé sa propre conception de la liquidité de caisse et de la liquidité générale. Un premier échange de vues entre ces deux groupes de travail est intervenu fin 1986.

Le rapport final du groupe de travail institué par la Commission des

banques pour étudier les activités hors bilan des banques sera établi pendant l'été 1987 (cf. ch. 3.2., p. 122). Lorsqu'un classement systématique et une analyse des risques juridiques et économiques que comportent les nouveaux instruments financiers auront été effectués, il y aura lieu d'examiner si – comme le pense la Commission des banques – une modification des prescriptions sur les fonds propres s'avère nécessaire. En outre, compte tenu de l'importance que prennent les affaires hors bilan, il y aura vraisemblablement lieu d'ajouter de nouveaux éléments à la liste des indications qui doivent compléter le bilan annuel.

La révision de l'ordonnance porterait aussi sur l'extension du champ d'application de la loi sur les banques à certains intermédiaires financiers comme les établissements spécialisés dans les émissions de titres et les gérants de fortune qui exercent une activité bancaire dans ce sens qu'ils déposent auprès d'une banque les fonds qui leur sont confiés par leurs clients non exclusivement au nom de ces derniers et qu'ils disposent d'une procuration pour les gérer (cf. ch. 3.1, p. 119 ss).

La Commission des banques soumettra ensuite au Département fédéral des finances, à l'attention du Conseil fédéral, ses propositions relatives à la révision de l'ordonnance de la loi sur les banques. A cette occasion, les prescriptions sur la répartition des risques introduites en 1972 devraient pouvoir être aussi adaptées à la pratique et aux expériences faites par la Commission des banques.

2. Circulaires

Le 6 mai 1986, la Commission des banques a émis la circulaire relative aux «fonds déposés dans le cadre des conventions de prévoyance liée (3ème pilier, OPP 3)». Cette circulaire régit la comptabilisation des fonds de prévoyance et leur traitement dans le calcul des liquidités. Ces fonds sont considérés comme des dépôts d'épargne. Ils doivent par conséquent figurer au bilan sous la rubrique correspondante (art. 23 OB rubrique «2.5 dépôts d'épargne»). Dans le calcul des liquidités, étant donné le pouvoir de disposition très limité dont jouit le preneur de prévoyance, ils peuvent être traités comme des «créanciers à terme» s'ils figurent séparément dans une sous-rubrique «épargne prévoyance liée». Par rapport aux autres dépôts d'épargne, les créan-

ciers à terme ont l'avantage de ne pas être inclus dans le calcul des liquidités, pour autant qu'ils ne soient pas remboursables dans le délai d'un mois.

En 1985, la Commission des banques a décidé d'adapter la circulaire No 29 sur la revision interne des banques aux exigences actuelles. Il s'agit en premier lieu de déterminer dans quels cas une banque doit être tenue d'instituer un service de revision interne. En vue de la revision de cette circulaire, la Commission des banques a effectué en juillet 1986, par l'intermédiaire des institutions de revision, une enquête sur l'étendue de la revision interne et externe dans les banques. D'une part, les résultats de cette enquête permettront d'évaluer l'étendue actuelle de la revision dans le domaine bancaire et d'établir une comparaison avec l'enquête analogue effectuée en 1978 (cf. Bulletin CFB No 4, p. 5 ss). D'autre part, cette consultation doit également permettre de fixer les critères pour déterminer si une banque doit se doter d'un service de revision interne.

La Commission des banques se propose de modifier sa circulaire concernant la répartition des risques (art. 4bis LB, art. 21 OB) en l'adaptant à l'évolution de la pratique. Par la même occasion, le traitement des sous-participations et de la compensation des créances réciproques à l'intérieur d'un groupe bancaire devra également être clairement réglé.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1 Champ d'application de la loi sur les banques

L'examen entrepris en 1985 en vue de déterminer l'activité des sociétés financières et les possibilités de les soumettre au droit en vigueur n'a pas pu encore être terminé et il se poursuit (cf. rapport de gestion 1985, p. 8).

Le point de départ de cet examen est constitué par les buts du droit actuel régissant la surveillance bancaire. C'est la protection des créanciers qui était et qui est encore aujourd'hui au premier plan des préoccupations. Mais le client qui dépose sa fortune à la banque et qui se laisse conseiller par elle pour ses placements profite également des con-

trôles effectués par l'institution de revision bancaire. En effet, celle-ci doit examiner si la banque a organisé avec opportunité et sérieux le service des dépôts et si la sécurité des dépôts de la clientèle est bien assurée (art. 44 let. p OB). Au-delà de la protection des créanciers et des investisseurs, la surveillance bancaire doit aussi renforcer la confiance dans les banques suisses, qui constitue un fondement important de la place financière helvétique. Cela implique le souci de la bonne réputation de notre place financière, qui est nécessaire pour que le marché financier et le marché des capitaux fonctionnent sans accroc. Enfin, la Commission des banques remplit aussi une tâche de politique économique en appliquant les dispositions sur la réciprocité.

Compte tenu de l'ensemble de ces buts, il devient toujours plus difficile de justifier que des sociétés intervenant comme des banques dans le domaine financier soient laissées sans surveillance pour la seule raison qu'elles n'acceptent pas de fonds du public. Par ailleurs, les opérations traditionnelles impliquant une marge d'intérêts, qui constituent selon la pratique actuelle le seul critère sur lequel se fonde la Commission des banques pour déterminer s'il y a activité bancaire, deviennent pour les banques de moins en moins importantes. Si en 1970, les produits pour l'ensemble des banques suisses de telles opérations dépassaient encore d'une fois et demie le solde des commissions, en 1985 la proportion était à peu près inversée. Cela démontre à quel point les banques ont déplacé leurs activités vers les opérations hors bilan. Selon la pratique de la Commission des banques, une telle activité peut aussi être exercée par une société qui n'est pas soumise entièrement à la surveillance bancaire. Avec l'atténuation de la frontière traditionnelle entre le marché des crédits et celui des capitaux (securitization), les placements sur le marché des capitaux et les dépôts bancaires sont devenus dans une certaine mesure interchangeables. Cela ne restera pas sans conséquence sur la surveillance bancaire. La protection des investisseurs, des conditions de concurrence égales et l'assurance d'un fonctionnement correct du marché financier et du marché des capitaux exigent que toutes les entreprises qui offrent des services identiques dans le domaine financier soient soumises au même cadre légal. En outre, la possibilité qu'offre aujourd'hui la pratique à une société financière à caractère bancaire de développer toutes les prestations offertes par une banque à l'exception des activités de dépôt, a réduit considérablement l'efficacité des dispositions légales sur la réciprocité. On a enfin

assisté ces dernières années à une augmentation des sociétés financières qui exercent les fonctions d'une holding dans le cadre d'un groupe bancaire. Ici également se posera la question de savoir si elles ne doivent pas être soumises à la loi.

Au cours de cette année, la Commission des banques a rendu quelques décisions où elle a interprété de manière extensive le champ d'application de la loi sur les banques. Elle a considéré qu'une société financière fait appel au public pour obtenir des fonds en dépôt et qu'elle est par conséquent entièrement soumise à la loi sur les banques si elle utilise une banque pour placer, dans les dépôts de la clientèle de celle-ci, les obligations qu'elle a émises à titre privé. Elle a estimé à cette occasion que ni le nombre restreint de papiers-valeurs émis ni leur valeur nominale minimale élevée ou encore leur placement auprès d'investisseurs institutionnels n'étaient déterminants (cf. Bulletin CFB 16, p. 5). Par «contrat fiduciaire», une autre société s'était fait donner procuration par ses clients pour gérer des dépôts à terme à leur compte. Un contrôle de l'activité de cette société a démontré toutefois que les fonds en francs suisses déposés à long terme par ses clients avaient été placés à vue sur l'euromarché pour compte de la société. Vu que les transformations opérées avaient trait aussi bien aux délais, à la monnaie qu'au montant des dépôts, la Commission des banques est parvenue à la conclusion qu'il ne pouvait plus être question d'une véritable activité fiduciaire, mais que la société en cause exerçait en fait une activité bancaire. A cela s'ajoutait – comme d'ailleurs dans d'autres cas examinés par la Commission des banques – que cette société avait un siège statutaire à l'étranger (Liechtenstein) mais que son activité s'exerçait en utilisant une adresse suisse par des personnes ayant leur domicile en Suisse. Comme l'activité réelle s'exerçait depuis la Suisse, ce qui impliquait pour le moins une autorisation d'exercer une activité bancaire sous la forme de succursale conformément à la loi sur les banques, la Commission des banques n'a pas été amenée à se prononcer sur la question du siège fictif à l'étranger. Elle a exigé des sociétés débitrices le remboursement des fonds recueillis à partir de la Suisse et a bloqué, à titre de mesure conservatoire, pour autant qu'ils aient été connus, les fonds que la société avait déposés auprès de banques suisses (décision du 3 mars 1986).

3.2 Nouveaux instruments financiers

La Commission des banques a relevé dans son rapport précédent (cf. rapport de gestion 1985, p. 29 ss) les multiples problèmes de surveillance engendrés par le développement rapide d'instruments financiers nouveaux. Les banques suisses qui sont actives sur le plan international participent avant tout à ce développement par l'entremise de leurs filiales spécialisées à l'étranger. Cependant, vu l'internationalisation du monde bancaire et la forte concurrence qui sévit, la place financière suisse ne peut pas rester à l'écart des nouvelles tendances. Ainsi, il est prévu d'introduire en Suisse, au début de l'année 1988, une bourse qui traitera les options sur actions suisses et, plus tard, les indices d'actions et «financial futures». D'une manière générale, le déplacement des opérations vers les affaires hors bilan se poursuit.

Le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux (cf. ch. 5.3, p. 139) s'occupe activement des opérations bancaires hors bilan. Il a publié à ce sujet un document remarqué, intitulé «La gestion des engagements hors bilan des banques sous l'angle du contrôle bancaire», que la Commission des banques a distribué le 17 mars 1986 aux banques concernées ainsi qu'aux institutions de revision bancaire. Il contient une première évaluation des risques inhérents aux diverses opérations hors bilan. Pour l'appréciation du risque-crédit, ces opérations ont été réparties en quatre catégories: 1. Garanties et autres engagements conditionnels (par exemple: accreditifs, cautions, endossements); 2. Engagements (par exemple: engagements de libérer ou de faire des versements supplémentaires sur actions, limites de crédits irrévocables, «notes issuance facilities» et «revolving underwriting facilities»); 3. Opérations liées au marché (par exemple: opérations à terme sur devises, métaux précieux, marchandises, actions, ainsi que sur les fluctuations des taux d'intérêt et des indices boursiers); 4. Fonctions de conseil en placement et de gestion de patrimoine ainsi que de prise ferme lors d'émission de papiers-valeurs. Un glossaire des expressions techniques, avec une définition des différentes opérations, est annexé à ce document. Celui-ci poursuit un double objectif: fournir une base de discussion à toutes les parties concernées et recueillir l'adhésion internationale à la démarche des autorités de surveillance. Le Comité fournit un effort particulier pour favoriser un traitement aussi unifié que possible par les autorités

de surveillance des risques bancaires hors bilan, afin d'éviter des distorsions au niveau de la concurrence, vu le caractère international qu'ont souvent ces nouvelles activités.

La Commission des banques a institué en été 1986 un groupe de travail dont la tâche est d'analyser de façon systématique, sous l'aspect juridique et économique, les risques inhérents aux affaires hors bilan des banques et de soumettre des propositions sur la façon de les traiter sous l'angle de la surveillance bancaire. Ce groupe se compose de membres du Secrétariat de la Commission des banques, de représentants de la Banque Nationale Suisse, des banques concernées ainsi que des institutions de revision bancaire. Devant l'absence de données complètes sur la nature et l'ampleur des opérations hors bilan traitées par les banques en Suisse, la Commission des banques a décidé, sur proposition du groupe de travail, de mener une enquête ponctuelle auprès des instituts bancaires concernés pour réunir les données statistiques nécessaires. Ainsi, les banques doivent annoncer à la Commission jusqu'à fin mars 1987, de manière consolidée, leurs opérations hors bilan selon un schéma qui reprend pour l'essentiel les catégories et notions du document cité ci-dessus du Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire. Cette enquête devra montrer comment se composent les engagements hors bilan des banques suisses et des entreprises suisses et étrangères qu'elles dominent dans le secteur financier; elle devra aussi permettre d'estimer quelle serait la charge supplémentaire en fonds propres si on demandait une couverture pour des genres d'opérations qui jusqu'ici n'ont pas été ou n'ont été qu'insuffisamment prises en considération. Parallèlement à l'enquête statistique, le groupe de travail analyse en collaboration avec l'Institut d'économie bancaire de l'Université de Zurich les caractéristiques et les risques propres aux divers genres d'opérations. Il y a lieu d'élaborer des prescriptions relatives aux fonds propres, à la répartition des risques et à la présentation comptable, qui devraient permettre à l'avenir de traiter également toute création d'instruments financiers nouveaux en se référant à des caractéristiques de base communes. Vu la revision prochaine de l'ordonnance d'exécution de la loi sur les banques, le groupe de travail s'efforcera de remettre son rapport final à la Commission des banques en été 1987 (cf. ch. 1.2, p. 117).

3.3 Garantie d'une activité irréprochable

3.3.1 Identification de l'ayant droit économique

L'examen attentif de l'identité des clients est un des fondements de la conduite sérieuse d'une banque et par conséquent de la garantie d'une activité irréprochable exigée par la loi sur les banques. Lorsque la banque sait ou doit supposer que son contractant n'est pas l'ayant droit économique, elle a également l'obligation de déterminer l'identité de ce dernier et de la mentionner au dossier. Sans cela, la banque n'a pas la possibilité d'estimer les risques d'une affaire et de reconnaître une utilisation abusive du secret bancaire. Si elle n'est pas au clair sur les personnes participant à l'affaire, la banque est dans l'impossibilité de juger s'il s'agit d'une transaction qui, en raison de sa nature compliquée, inhabituelle ou importante ou à cause d'indices permettant de supposer un contenu illégal ou immoral, exige un examen de l'arrière-plan économique conformément à la pratique de la Commission des banques et du Tribunal fédéral (ATF 108 I b 186 et renvois). En outre, l'examen attentif de l'identité des clients est une condition indispensable pour que les banques puissent satisfaire à leur obligation légale de témoigner en justice et de renseigner l'autorité (art. 47 al. 4 LB; ATF 109 I b 151 cons. 2 d). Lorsque la banque prend un engagement financier à l'égard d'un client, elle ne peut en principe, sans connaître l'ayant droit économique, ni évaluer ses risques, ni observer correctement les prescriptions légales en matière de répartition des risques (cf. rapport de gestion 1985, p. 22).

C'est pourquoi, la Commission des banques a déjà critiqué l'an passé (cf. rapport de gestion 1985, p. 23) l'exception prévue à l'article 6 CDB. D'après cet article, les banques peuvent renoncer à l'identification de l'ayant droit économique, lors de l'acceptation de fonds, lorsque celui-ci agit par l'intermédiaire d'un ressortissant suisse soumis au secret professionnel (avocat, notaire), ou d'une fiduciaire (membre d'un groupement affilié à la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables). Les représentants doivent remettre à la banque une déclaration écrite par laquelle ils confirment que l'ayant droit économique leur est connu et que les opérations ne sont pas contraire à la Convention. Dans ce contexte, les banques ont été rendues spécialement attentives à la conception soutenue par la Commission des ban-

ques et confirmée par le Tribunal fédéral (ATF 111 I b 128), selon laquelle la CDB ne limite pas la Commission des banques dans son interprétation de l'article 3 alinéa 2 lettre c LB, car cette Convention ne peut rien changer à l'ordre légal établi par la loi sur les banques ni aux compétences de surveillance de la Commission des banques.

Dès lors que la Banque Nationale Suisse a dénoncé la CDB pour le 1er octobre 1987 et qu'une révision de la loi sur les banques n'est pour le moment pas en vue, les exigences relatives à l'obligation de diligence lors de l'acceptation de fonds pourraient être décrites de manière plus précise dans une circulaire de la Commission des banques. Cela n'est cependant pas nécessaire dans la mesure où l'Association suisse des banquiers réalise son intention de continuer la CDB actuelle sous la forme de règles déontologiques purement privées et en améliorant la procédure concernant les sanctions. La Commission des banques est favorable à cette solution car les efforts déployés par les milieux bancaires eux-mêmes peuvent compléter et appuyer efficacement l'autorité de surveillance dans l'accomplissement de ses obligations légales. Cependant, ce qui était déjà valable sous la CDB conclue avec le concours d'un organisme public reste en vigueur a fortiori pour de nouvelles règles déontologiques relatives à l'obligation de diligence: les banques ne peuvent se référer qu'à des règles déontologiques qui sont également conformes à la loi. C'est pourquoi la Commission des banques a annoncé à l'Association suisse des banquiers, en vue de la préparation de nouvelles règles déontologiques, qu'après l'expiration de la CDB elle exigera en principe que les banques identifient également l'ayant droit économique lorsque les clients sont représentés par des fiduciaires et des avocats suisses et qu'elle ne tolérera plus la libre utilisation du formulaire B actuel. Si l'application de l'exception actuelle (art. 6 CDB) n'était pas strictement limitée dans d'éventuelles nouvelles règles déontologiques, la Commission des banques se verrait dans l'obligation de renvoyer les banques à son interprétation des exigences légales relatives à la garantie d'une activité irréprochable et à la fixer par des décisions dans des cas d'espèce. Il appartiendrait finalement au Tribunal fédéral de trancher lors d'un recours de droit administratif interjeté par une banque concernée. La Commission des banques a fait savoir à l'Association suisse des banquiers qu'elle était prête à rechercher en commun une solution acceptable.

Cette prise de position de la Commission des banques ne consti-

tue pas une attaque du secret professionnel de l'avocat. Il ne lui appartient pas non plus de définir la portée du secret professionnel de l'avocat. En sa qualité d'autorité de surveillance des banques, elle a cependant la tâche de déterminer ce que les banques doivent éclaircir lorsqu'elles entrent en relations d'affaires avec leurs clients. Elle ne peut donc pas accepter que le secret professionnel de l'avocat soit utilisé pour renforcer le secret bancaire en faveur de dépôts anonymes. Durant les dix ans de validité de la CDB, la pratique a conduit à ce qu'un grand nombre de clients de banques, ayant besoin d'une discrétion toute particulière, fassent intervenir des avocats ou des fiduciaires en tant que simples paravents pour cacher leur propre identité. En instituant un secret professionnel durable et pénalement protégé et un droit absolu de refuser de témoigner, le législateur n'avait pas en vue de favoriser les avocats et les notaires dans leurs activités de gérant de fortune exercées à titre professionnel ni leur simple intervention à l'égard des banques pour des placements de fonds anonymes. Ces derniers ne doivent pouvoir se référer au secret professionnel dans leurs relations avec les banques que pour ce qui concerne leur activité professionnelle spécifique dans le domaine du conseil et de la représentation juridique (dans le cadre de partages successoraux ou du règlement de procédures arbitrales par exemple). Ce n'est que dans ces cas que l'on peut admettre que le véritable client de la banque est l'avocat et qu'il est superflu pour celle-ci de connaître l'ayant droit économique.

Un privilège pour des clients qui sont en relation avec une banque par l'entremise d'une fiduciaire est encore moins fondé car les fiduciaires, à la différence des avocats, ne peuvent pas se prévaloir d'un secret professionnel pénalement protégé, mais simplement du secret commercial qui appartient à chaque entreprise (art. 162 CPS).

L'identification de l'ayant droit économique sert avant tout les intérêts propres de la banque. Les banques ne peuvent pas déléguer à des tiers étrangers à la branche, aussi sérieux soient-ils, la défense de leurs intérêts et la responsabilité de l'examen de leur propre clientèle car ces tiers doivent prendre avant tout en considération les intérêts de leurs propres clients.

La renonciation à l'identification du client, institutionnalisée par l'actuelle CDB, donne finalement l'impression erronée que les banques ne seraient à même de garantir les besoins légitimes de discrétion de leurs

clients que par l'interposition d'autres groupes professionnels. Le législateur a établi, à travers le secret bancaire et l'obligation légale de témoigner et de renseigner l'autorité, quels sont les intérêts au secret des clients des banques qui sont dignes de protection. Dès lors, il n'appartient pas aux banques de ménager un secret absolu qui a été refusé par le législateur, en s'abstenant d'examiner l'identité des clients. La tâche des banques consiste à garantir strictement le maintien du secret bancaire, dans le cadre des dispositions légales, par des mesures adéquates en matière d'organisation et de personnel. Les clients ayant des besoins de discrétion plus étendus ont la possibilité d'ouvrir en particulier un compte numéroté pour lequel, à l'intérieur de la banque, seul un petit cercle d'employés responsables et particulièrement dignes de confiance a accès aux données personnelles du titulaire.

3.3.2 Avoirs de Marcos et de Duvalier

Dans un communiqué de presse du 21 mars 1986, la Commission des banques a attiré l'attention des banques sur leur devoir accru de diligence lors de l'acceptation et du retrait d'avoirs appartenant à la famille Marcos et à ses proches, compte tenu des reproches formulés quant au comportement de l'ancien chef d'Etat philippin Ferdinand Marcos et eu égard à une demande d'entraide judiciaire que les Philippines envisageaient d'adresser à la Suisse. Sur la base de ce communiqué, une banque a avisé la Commission des banques en date du 24 mars 1986 qu'un représentant de Marcos demandait le retrait de fonds très importants. Le même jour, le Conseil fédéral a bloqué les avoirs de Marcos et de ses proches auprès de six banques, en application de l'article 102 chiffre 8 de la Constitution fédérale. Par lettre du 26 mars 1986, la Commission des banques a communiqué à toutes les banques concernées qu'il ne serait pas compatible avec la condition légale d'autorisation exigeant la garantie d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB) qu'une banque permette le retrait d'avoirs appartenant aux personnes susmentionnées, avant que la situation juridique soit éclaircie par la voie de l'entraide judiciaire internationale. Dans cette lettre, la Commission des banques a exigé des banques qui géraient de tels avoirs la confirmation que, en l'état, elles ne permettraient aucun retrait de fonds.

Les mesures prises par le Conseil fédéral et la Commission des

banques ont eu un grand retentissement tant en Suisse qu'à l'étranger. Elles avaient pour but d'empêcher qu'une demande d'entraide judiciaire alors attendue des Philippines perde son sens. Cette demande est effectivement parvenue aux autorités suisses au milieu du mois d'avril 1986. La réputation internationale de la place financière suisse aurait certainement souffert si un retrait des avoirs en question n'avait pas été empêché en dernière minute. Après l'arrivée de la requête des Philippines demandant des mesures provisoires (art. 18. EIMP), la décision du Conseil fédéral ainsi que la circulaire de la Commission des banques sont devenues sans objet, car les avoirs pouvaient être provisoirement bloqués sur la base de la loi sur l'entraide judiciaire. Il y a lieu d'examiner maintenant, au besoin en allant jusqu'au Tribunal fédéral, si les conditions légales pour accorder l'entraide judiciaire aux Philippines sont remplies.

En prenant ces mesures, le Conseil fédéral et la Commission des banques ont affirmé leur volonté de s'opposer aux reproches, selon lesquels la place financière suisse serait un asile à disposition des capitaux d'origine illicite. Les garanties d'une procédure conforme à un Etat de droit n'ont pas été sacrifiées par cette manière d'agir, car il s'agissait de mesures provisoires. Par ailleurs, les banques et les clients concernés par la lettre de la Commission des banques avaient la possibilité d'exiger une décision formelle et de l'attaquer par la voie du recours de droit administratif au Tribunal fédéral.

Peu après le blocage provisoire des avoirs de Marcos, des représentants de la République d'Haïti sont venus demander aux autorités fédérales et à la Commission des banques le blocage des comptes bancaires en Suisse de l'ancien chef d'Etat Duvalier. A la suite de ces entretiens et dûment informé, Haïti a présenté sans délai, sur la base de la loi sur l'entraide judiciaire, une requête en mesures provisoires qui a pu être agréée. Lorsqu'il y a péril en la demeure et que, sur la base des renseignements fournis, une procédure selon la loi sur l'entraide judiciaire ne semble pas manifestement inadmissible ou inopportune, l'article 18 EIMP permet à l'Office fédéral de la police d'ordonner des mesures provisoires dès l'annonce d'une demande d'entraide par un Etat étranger. Le cas Duvalier montre que cette loi suffit dans les cas normaux et qu'on ne doit avoir recours à d'autres moyens que dans des circonstances très particulières. Lorsqu'une telle requête n'a pas été pré-

sentée, mais que des mesures de sûreté par les autorités compétentes sont imminentes, les banques ne peuvent pas accepter un retrait de fonds important compte tenu de leur devoir accru de diligence au sens de l'article 3 alinéa 2 lettre c LB. Sur la base des expériences faites dans le cas Marcos, les banques devront se conformer à l'avenir d'elles-mêmes à ces obligations, sans que la Commission des banques doive intervenir préventivement. Il ne peut cependant pas être exclu que dans des circonstances très particulières, la Commission des banques doive à nouveau prescrire des règles concrètes en application de l'article 3 alinéa 2 lettre c LB.

Lorsque des indices concrets permettent de supposer la provenance illégale de fonds ou que des actes illicites ont été commis par un client, une banque doit en principe interrompre immédiatement ses relations d'affaires avec le client. Cependant, le cas Marcos ainsi que deux autres décisions précédentes de la commission arbitrale ont démontré que cette manière d'agir pouvait se heurter aux intérêts des lésés et à ceux des autorités chargées de la poursuite pénale. C'est pourquoi, une banque doit différer l'interruption des relations d'affaires et ne pas autoriser le retrait d'avoirs lorsqu'elle doit envisager que les autorités de répression pénale pourraient prononcer une décision imminente de blocage dans le cadre d'une procédure interne ou de l'entraide pénale internationale.

Les craintes que les mesures prises par le Conseil fédéral et la Commission des banques constituent un pas vers la levée du secret bancaire suisse sont infondées. Cependant, le secret bancaire n'offre, à juste titre, aucune protection pour le délinquant et l'argent obtenu illégalement. Il peut être levé en faveur d'Etats étrangers, conformément au droit de procédure pénal en vigueur, pour autant que le droit suisse d'entraide judiciaire le permette.

3.3.3 Mesures en cas d'activité douteuse

Un ex-employé du département de gérance de fortune d'une banque a accusé son ancien employeur d'avoir appliqué des cours illicites, lors de transactions sur titres, au détriment de clients (cours coupés) dont les dépôts étaient gérés par la banque en vertu d'une procuration

générale. Sur la base des décomptes de bourse, on pouvait en effet soupçonner que, grâce à l'étroite collaboration entre les départements bourse et gérance de fortune, la banque avait dans certains cas acheté ou vendu des titres pour compte propre sur un compte de passage Nostro, dans le but de placer les titres dans les dépôts de la clientèle ou de les retirer de ceux-ci, au prix effectivement payé, en cas d'évolution défavorable des cours. Lorsqu'en revanche l'évolution était favorable, elle aurait appliqué aux clients le cours du jour en gardant pour elle la différence par rapport au prix effectivement payé. Par conséquent, le compte de passage Nostro n'aurait été intercalé par la banque que pour réaliser un gain sans risques au détriment de clients qui ne se doutaient de rien. Cette pratique constituerait une violation évidente par la banque de ses obligations de droit privé car elle doit, en tant que commissionnaire (art. 428 al. 3 CO) ou contractante (art. 436 al. 2 CO), calculer aux clients le prix d'après le cours de la bourse au moment de l'exécution du mandat. En outre, en sa qualité de gérante de fortune, la banque doit mener les affaires du client dans l'intérêt de celui-ci et assurer la bonne et fidèle exécution du mandat (art. 398 CO). Dès lors, de telles violations ne seraient pas compatibles avec les exigences légales de la loi sur les banques relatives à la garantie d'une activité irréprochable. La banque a toutefois pu démontrer, en s'appuyant sur d'autres affaires où elle avait subi des pertes durant la même période, que les positions Nostro à court terme acquises par le service de la bourse représentaient un véritable risque, car les gérants de fortune agissaient de manière indépendante, dans l'intérêt de la clientèle et en tenant compte de critères à long terme. Afin d'éviter à l'avenir de tels soupçons, qui en l'espèce n'ont pas été suffisamment prouvés, la banque s'est déclarée prête à ne pas décompter les ordres de bourse de la clientèle ayant conféré un mandat de gestion par un compte de passage Nostro.

A fin 1985, la Commission des banques s'est vue dans l'obligation d'exiger le remplacement du gérant d'une banque coopérative qui, en raison de son comportement, n'offrait plus les garanties d'une activité irréprochable. Celui-ci avait dépassé durant une longue période les compétences fixées par les statuts et les règlements et avait même encore augmenté un crédit qui présentait de gros risques de perte, au lieu de le réduire conformément aux directives de l'institution de revision. La banque a alors subi une perte qui a mis son existence en péril. L'organe compétent, à savoir le comité de direction, avait été informé de manière

très incomplète de l'importance de la position. Le gérant avait également octroyé d'autres crédits, sans une couverture conforme aux dispositions statutaires et réglementaires. L'observation des statuts et des règlements par les organes de la banque revêt une grande importance. S'ils sont dépassés à cause du développement de la banque, ils ne peuvent pas simplement être abrogés tacitement mais ils doivent être adaptés aux nouveaux besoins.

Dans un autre cas, la Commission des banques n'a pris aucune mesure car la grande banque concernée a licencié d'elle-même un directeur de succursale et son adjoint. Ce dernier avait transféré une perte sur devises de la succursale, d'une position propre sur des comptes de la clientèle, en vendant aux clients la devise correspondante à des cours surévalués. Pour ses manipulations, le directeur-adjoint de la succursale avait choisi des clients qui avaient conféré un mandat de gestion à la banque et dont cette dernière conservait la correspondance. Le directeur avait quant à lui favorisé des clients qui lui étaient proches au détriment d'autres en transférant certaines pertes de ses connaissances à des clients dont le dépôt s'était favorablement développé. La banque et la Commission des banques ont déposé une plainte pénale contre les deux responsables.

3.4 Réciprocité

Une banque en mains étrangères n'est autorisée à exercer son activité que si la réciprocité est garantie par les Etats où les personnes physiques ou morales, qui exercent sur elle directement ou indirectement une influence notable, ont leur domicile ou leur siège. La réciprocité est garantie par un Etat étranger si des banques suisses peuvent y exercer en droit et en fait une activité suffisamment complète et lucrative.

3.4.1 Japon

En introduisant la réciprocité comme condition mise à l'autorisation pour une banque en mains étrangères d'exercer son activité en Suisse (art. 3bis LB), le législateur poursuivait à la fois un but défensif et expansif. Il voulait d'une part protéger le système bancaire helvétique d'une

influence étrangère excessive et d'autre part assurer aux banques suisses de meilleures possibilités d'établissement à l'étranger. Du fait de l'internationalisation des marchés et des places financières au cours de ces dernières années, le caractère expansif a pris de plus en plus d'importance. C'est pourquoi, lorsqu'il s'agit d'examiner aujourd'hui si la réciprocité est garantie par un Etat étranger, on attribue plus de poids qu'auparavant aux possibilités réelles pour les banques suisses d'exercer une activité bancaire. Il n'est certes pas possible d'obtenir une concordance parfaite entre les activités bancaires que l'on peut exercer à l'étranger et en Suisse. Aussi, des différences sont-elles tolérées aussi longtemps que des établissements bancaires suisses ont la possibilité de déployer une activité lucrative et qu'ils ne souffrent pas de discrimination par rapport aux autres banques étrangères concurrentes. En revanche, il n'est plus possible de tolérer aujourd'hui que des Etats étrangers, ayant des places financières internationales, s'en tiennent fermement au système des banques spécialisées qui empêche un même établissement de pratiquer à la fois l'activité de banque commerciale et celle de banque pratiquant les opérations sur titres et la gérance de fortune. En effet, les banques de ces Etats obtiendraient, à cause du système de banque universelle que l'on connaît en Suisse, un libre accès à toutes les branches d'activité. Elles pourraient en particulier déployer aussi des activités hors bilan qui sont lucratives et qui prennent aujourd'hui de plus en plus d'importance alors que les banques suisses à l'étranger devraient accepter de très sérieux désavantages sur le plan de la concurrence.

La réalité des faits comme critère d'examen de la réciprocité a donc gagné en importance et cette manière différente d'aborder le problème a amené la Commission des banques, lors de sa conférence de presse du 14 mars 1986, à constater que la réciprocité avec le Japon devait être réexaminée. Comme par le passé, les possibilités d'activité des banques étrangères dans ce pays sont considérablement limitées. Ceci est d'autant plus frappant si l'on compare le Japon avec la place financière suisse où aucune entrave juridique ou administrative ne limite le développement des banques japonaises. Fin 1984, le Japon a autorisé des instituts bancaires étrangers à pratiquer le «trust banking» et en 1986, il a permis aux banques étrangères de prendre une participation de 50% dans des sociétés spécialisées dans les opérations sur titres. Ces ouvertures constituent des pas dans la bonne direction. Les décisions

du Ministère japonais des finances ont en particulier dissipé les craintes que l'on pouvait avoir au début que les intérêts suisses soient discriminés lors de l'octroi des autorisations. Mais, malgré ces efforts de libéralisation, qui ont été avant tout accomplis sous la pression étrangère, on ne peut pas encore admettre que la réciprocité avec le Japon est garantie de manière générale. Vu les limitations dans leurs activités que rencontrent encore actuellement les banques suisses établies au Japon et que ne connaissent pas les banques japonaises en Suisse, la garantie par le Japon de la réciprocité ne peut être examinée que de cas en cas, en tenant compte des circonstances concrètes et des améliorations qui peuvent être obtenues quant aux possibilités d'activité ouvertes aux banques suisses. C'est dans cet esprit que la Commission des banques a accordé à deux banques japonaises l'autorisation d'exercer une activité bancaire après que l'autorisation ait été accordée par le Japon de pratiquer les opérations sur titres à deux sociétés financières dans lesquelles la participation de grandes banques suisses atteint 50%.

3.4.2 Etats-Unis

Aux USA, l'Etat du Texas s'est rallié à la jurisprudence des autorités fédérales américaines selon laquelle des étrangers sont autorisés à établir une banque créée selon le droit fédéral (National Bank) dans un Etat, sans que le droit de ce dernier puisse y faire obstacle (cf. rapport de gestion 1984, p. 39).

3.4.3 Canada

La Commission des banques a décidé, en 1981, que le Canada garantissait la réciprocité pour les banques de première qualité et de standing international (Bulletin CFB 9, p. 38 ss). En 1986, la reprise d'une banque organisée selon le droit suisse par un groupe financier canadien lui a donné l'occasion de revoir la réciprocité avec ce pays. L'examen de la question démontra que les limitations juridiques et pratiques auxquelles les banques étrangères établies au Canada étaient soumises en 1981 continuaient à exister. Pourtant, dans certains domaines, elles se sont assouplies. Ainsi la part du marché réservé aux ban-

ques étrangères au Canada, qui se calcule en % des actifs de l'ensemble des banques établies au Canada, a été augmentée de 8% à 16%. En revanche, les banques étrangères, pour des raisons de politique économique, ont toujours l'obligation de soutenir le «Middle-Market». Cela signifie que les augmentations de capital (deemed authorized capital) ne sont autorisées par l'autorité canadienne de surveillance bancaire que si les établissements bancaires étrangers financent dans une certaine mesure des entreprises de taille moyenne et par là appuient cette branche de l'économie. La croissance et les possibilités de développement d'une banque étrangère dépendent donc de l'utilité que sa politique de crédit a pour l'économie canadienne. Ce pouvoir d'appréciation de l'autorité de surveillance canadienne fait partie intégrante des directives gouvernementales actuelles. Il signifie une sévère intervention dans la politique d'affaires des banques et il est en contradiction avec la définition suisse de la réciprocité. Le gouvernement canadien examine actuellement sa politique en la matière et plus particulièrement aussi celle relative aux banques étrangères établies au Canada, y compris la question du «deemed authorized capital». La Commission des banques suivra de près l'évolution de la situation et en tirera ses conclusions.

3.4.4 Utilisation de trusts

Lorsqu'une banque est en mains étrangères, la réciprocité doit être garantie par les pays où sont domiciliés non seulement les actionnaires directs mais aussi les actionnaires indirects de celle-ci. Quand une banque présente une structure d'actionnaires sur plusieurs paliers, la Commission des banques remonte jusqu'à l'actionnaire qui se trouve au bout de la chaîne. En examinant de tels cas, on s'est aperçu ces derniers temps qu'on choisissait de plus en plus des structures où figuraient en dernier lieu des trusts organisés selon le droit anglo-saxon. Souvent de tels trusts ont été choisis avec l'idée de pouvoir ainsi contourner les problèmes posés par la réciprocité. A l'aide du trust, le droit anglais crée une séparation entre l'administration et la propriété des biens. Lors de la constitution d'un trust, le fondateur (Settlor) affecte de manière irrévocable des biens (Trust Property). Ces biens sont administrés par un gérant (Trustee) conformément aux dispositions de l'acte de fondation (Trust Deed) dans l'intérêt des bénéficiaires (Beneficiaries).

L'acte de fondation peut prévoir de donner au gérant les pleins pouvoirs d'administrer les biens et d'en disposer (Discretionary Trust), de sorte que théoriquement le bénéficiaire ne puisse avoir aucune influence sur les décisions et dispositions du gérant. C'est pourquoi l'opinion a été défendue que le bénéficiaire n'aurait pas non plus la possibilité d'influencer de manière directe ou indirecte la banque en Suisse et qu'il pourrait donc être laissé de côté lors de l'examen de la réciprocité. Pour éviter des abus, la Commission des banques a décidé que, lorsque la structure de l'actionnariat comprend un trust, la réciprocité devait être garantie aussi bien par l'Etat de domicile du gérant que par celui du bénéficiaire. En effet, pour le cas où seul serait déterminant le domicile du gérant, les dispositions de la réciprocité pourraient être facilement contournées: les personnes intéressées à une banque suisse mais qui n'ont pas de domicile dans un Etat réciprocaire pourraient constituer un trust, désigner un gérant ayant son domicile dans un pays réciprocaire et s'instituer personnellement ou désigner un tiers qui leur convient comme bénéficiaire des biens du trust.

3.45 Liste des Etats garantissant la réciprocité

A l'heure actuelle, la réciprocité est garantie pour les pays suivants, parfois avec des restrictions pour certains d'entre eux: l'Autriche, la Belgique, le Canada, le Danemark, l'Espagne, pour les Etats-Unis: l'Etat de Californie, du Colorado, du Connecticut, de Floride, d'Illinois, d'Indiana, du Massachusetts, de New York, d'Ohio, de Pennsylvanie, du Texas et du Wisconsin, la Finlande, la France, la Grande-Bretagne, Hong-Kong, Israël, l'Italie, le Japon, le Liban, le Luxembourg, les Pays-Bas et la République Fédérale d'Allemagne.

Le point de savoir si le Liban garantit encore la réciprocité est actuellement à l'étude.

3.5 Prospectus pour l'émission de «notes»

Durant l'année sous revue, le groupe de travail institué en 1984 et constitué de représentants du Département fédéral des finances, de la Banque Nationale Suisse et du Secrétariat de la Commission des ban-

ques a rédigé, en coopération avec le Secrétariat de l'Association suisse des banquiers et de l'expert qu'il s'est adjoint, un projet de nouvelle convention sur l'émission de «notes» destinée à être signée par les banques (cf. rapports de gestion 1984, p. 40 s., et 1985, p. 28). Le but du groupe de travail était de fournir à l'investisseur des informations plus étendues que celles prévues par l'actuelle convention des banques sur les «notes» et les dispositions légales sur l'obligation de publier un prospectus. L'investisseur devrait disposer, lors de l'émission et pendant la durée des «notes», d'une information appropriée et uniformisée sur le débiteur. En outre, il s'agissait d'améliorer pour les «notes» la transparence du marché secondaire. Finalement, le projet de convention n'a pas recueilli le soutien attendu de l'Association suisse des banquiers: l'on avança l'argument que le supplément de travail imposé aux banques, lors de la préparation d'une émission de «notes», ferait perdre à cet instrument de financement ses avantages et sa spécificité.

La Banque Nationale Suisse a levé par la suite, avec effet au 29 mai 1986, ses prescriptions sur la durée, le montant minimum des coupures et le dépôt obligatoire des «notes». Dans sa nouvelle notice sur les exportations de capitaux, elle ne fait plus de distinction entre les emprunts publics et les «notes». Dans quelque temps, il est probable que les forces du marché feront également disparaître les quelques distinctions encore existantes en pratique. Ainsi, les «notes» devraient devenir accessibles, en tant que véhicule de placement, à un cercle encore plus large d'investisseurs. Le problème de la protection de l'investisseur n'en deviendra que plus aigu et rendra plus urgente encore l'exigence d'un prospectus obligatoire pour les émissions publiques de «notes». Si l'investisseur supporte en premier lieu le risque de ses placements et ne peut prétendre à une protection générale, il doit par contre pouvoir décider de ses investissements sur la base d'une information correcte. Les banques qui participent à l'émission publique de «notes» doivent, dès lors, satisfaire à l'obligation du prospectus et fournir au public les informations exigées. Sinon, elles s'exposent à un risque accru de demandes en dommages-intérêts et mettent ainsi en danger les créances des déposants. On peut cependant relever avec satisfaction qu'une tendance est en train de se manifester en faveur de la publication d'un tel prospectus.

Devant ces développements, la Commission des banques a infor-

mé l'Association suisse des banquiers, dans le cadre de leurs rencontres périodiques, qu'elle émettrait une circulaire sur l'obligation par les banques de publier un prospectus lors d'émissions publiques de «notes» si une solution satisfaisante ne pouvait être trouvée à court terme. En fin d'année, la Commission des banques a reçu à l'examen un nouveau projet de convention de l'Association suisse des banquiers relatif aux «notes» émises par des débiteurs étrangers, sur lequel elle doit maintenant se prononcer.

3.6 Risques-pays

En 1986, la Commission des banques s'est encore occupée de très près de la question de l'endettement international. Une solution à ces problèmes multiples et complexes n'apparaît toujours pas à l'horizon. La Commission des banques n'a donc pas dû remettre en question sa pratique déjà abondamment commentée dans ses derniers rapports annuels de gestion (cf. rapports de gestion 1981, p. 24 ss; 1982, p. 33 ss; 1983, p. 18 ss; 1984, p. 25; 1985, p. 18). Vu les tensions économiques et politiques auxquelles sont confrontés de nombreux pays débiteurs, elle a décidé – comme elle le laissait déjà prévoir dans le précédent rapport de gestion (p. 18) – d'augmenter le taux de provision forfaitaire minimum fixé en 1983 à 20% pour des créances largement réparties dans lesdits pays. Par mesure de précaution, les banques sont tenues de constituer, au plus tard jusqu'à fin 1987, des provisions d'au moins 30% des engagements résultant de créances envers des pays confrontés à des difficultés. Dans des cas tout à fait spéciaux, la Commission des banques est prête à accepter un assouplissement de ce taux. Par contre, si une banque devait faire face à une concentration excessive des risques-pays, la Commission pourra aussi renforcer ces exigences.

La Commission des banques s'est notamment occupée de deux cas concernant des banques membres d'un groupe bancaire dont le siège est à l'étranger. La majeure partie de l'activité des deux banques intéressées était orientée vers le pays d'origine de la banque-mère et consistait essentiellement à financer les transactions commerciales internationales avec la Suisse. Dans un cas, les statuts imposaient même à la banque de favoriser les échanges entre la Suisse et le pays dont la

banque est originaire. Dans ces deux pays, le secteur public représente une part prépondérante de l'économie nationale. Ainsi, lorsque des prêts sont accordés à ces pays par les filiales suisses de ces banques étrangères – même si elles disposent de fonds propres importants –, les crédits directs et indirects octroyés aux pays et aux entreprises qui leur sont liés atteignent rapidement les plafonds fixés par les prescriptions sur la répartition des risques. L'article 21 OB prévoit un plafond de 40% des fonds propres de la banque pour les engagements garantis et un plafond de 20% pour les engagements en blanc. Compte tenu des circonstances particulières, la Commission des banques a décidé, dans les deux cas, d'admettre un dépassement modéré des plafonds. Cependant, comme la clientèle des banques et le public en général doivent pouvoir admettre que les engagements d'une banque n'excèdent pas les plafonds fixés par la loi et l'ordonnance d'exécution, l'autorisation de dépasser les plafonds a été assortie d'une condition stipulant que la concentration des risques à l'égard des collectivités publiques du pays d'origine de la banque – qui peuvent aussi constituer un risque-pays suivant l'évolution de la situation – doit être publiée séparément sous le montant total des actifs à l'étranger dans les indications complémentaires qui doivent figurer au bilan. Toutefois, en vertu du secret bancaire, seule l'indication du total des engagements de la banque dans le pays concerné (Etat et autres prêts) a été exigée, parce qu'une répartition plus détaillée de l'engagement, qui en soi aurait été souhaitable, aurait pu dévoiler des secrets d'affaires (cf. Bulletin CFB 16, p. 38 ss).

4. Législation sur les opérations d'initiés

Le 1er mai 1985 le Conseil fédéral a soumis au Parlement son «Message concernant la modification du Code pénal (opérations d'initiés)». Le Conseil des Etats a suivi, en automne 1986, la proposition du Conseil fédéral de créer une nouvelle norme pénale concernant «l'exploitation de la connaissance de faits confidentiels» (art. 161 CPS). En janvier 1987, la Commission compétente du Conseil national s'attachera à l'examen de ce projet. Ainsi, la création d'une norme légale propre aux opérations d'initiés, soutenue par la Commission des banques depuis 1977, a fait de grands progrès (cf. rapports de gestion 1981, p. 28 ss, et 1982, p. 30 s.). La mise à jour d'importants cas d'insiders aux USA

liés à des acquisitions de sociétés démontre la nécessité d'une réglementation légale, eu égard notamment à l'entraide judiciaire internationale.

5. Relations avec d'autres Autorités et des Associations

5.1 Autorités fédérales

Le Chef du Département fédéral des finances s'est entretenu avec des représentants de la Commission des banques et de la Banque Nationale Suisse de diverses questions intéressant la protection des créanciers (émission des «notes», nouveaux marchés pour les options sur actions, standardisation des transactions à terme, surveillance boursière) ainsi que de l'échéance prochaine de la convention de diligence.

La Commission des banques a également été invitée par le Département des finances à prendre position sur diverses questions émanant du Parlement.

La garantie de la réciprocité par certains Etats a été réexaminée en étroite collaboration avec le Département fédéral des affaires étrangères (Service économique et financier ainsi que Direction du droit international public) et le Département fédéral de l'économie publique (Office fédéral des affaires économiques extérieures).

5.2 Banque Nationale Suisse

Comme les années précédentes, des problèmes d'intérêt commun ont été discutés avec le Directoire de la Banque Nationale Suisse. Parmi les sujets traités, on peut citer l'avenir de la convention de diligence, les prescriptions en matière de liquidité ainsi que l'endettement international.

5.3 Autorités de surveillance étrangères

Cette année aussi, le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux (Cooke Com-

mittee) s'est réuni chaque trimestre. Il a essentiellement axé ses travaux sur la surveillance des engagements hors bilan des banques (cf. ch. 3.2, p. 122), sur les provisions pour couvrir les risques-pays et, pour la première fois, sur les risques résultant des fluctuations des taux d'intérêt. Le Comité a aussi examiné les moyens dont disposent les autorités de surveillance pour lutter contre l'usage abusif du système bancaire dans la criminalité économique. La Commission des banques apprécie et soutient tous les efforts qui sont entrepris dans ce domaine en vue de créer une réglementation comparable à celle qui existe déjà actuellement en Suisse. Par ses travaux, le Comité s'efforce d'harmoniser, sur le plan international, les systèmes et pratiques de la surveillance bancaire.

En octobre 1986, les représentants de 90 pays se sont rencontrés à Amsterdam à l'occasion de la quatrième conférence internationale des autorités de surveillance bancaire. Les principales délibérations ont porté, d'une part, sur les fonds propres et la solvabilité des banques et, d'autre part, sur l'application aux banques étrangères des principes du Concordat de Bâle relatifs aux échanges réciproques d'informations entre l'autorité de surveillance du siège de la banque-mère et celle du pays d'accueil.

La rencontre annuelle entre les autorités de surveillance d'Autriche, d'Allemagne et de Suisse s'est déroulée à Vienne. Les participants se sont particulièrement entretenus de la nouvelle loi autrichienne en matière de crédit.

5.4 Associations

Des délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont régulièrement entretenues au sujet de l'émission des «notes» (cf. ch. 3.5, p. 135 s.), de l'utilisation du mot «épargne» par les sociétés d'assurance, de l'avenir de la convention de diligence (cf. ch. 3.3.1, p. 124 ss) et du renforcement du système de contrôle interne dans les banques.

Des représentants de la Commission des banques ont discuté avec les dirigeants de l'Association suisse des avocats de l'avenir de la convention de diligence des banques (cf. ch. 3.3.1, p. 124 ss). Une ren-

contre avec une délégation de la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables a également eu lieu.

5.5 Conférence des institutions de revision

La conférence annuelle des institutions de revision s'est tenue à Berne le 26 novembre 1986. Les sociétés de revision bancaire agréées par la Commission des banques y ont délégué une cinquantaine de collaborateurs. Les principaux thèmes abordés à cette occasion et qui ont fait l'objet d'un échange de vues concernaient l'appréciation des risques-pays, les opérations hors bilan et la surveillance des groupes bancaires sur une base consolidée. La reconnaissance des reviseurs responsables et la pratique actuelle de la Commission des banques en la matière ont également fait l'objet d'une discussion (art. 38 let. b OB).

6. Affaires traitées (statistiques)

6.1 Séances

Lors de douze séances, dont certaines portant sur deux jours, la Commission des banques s'est occupée de 260 affaires (266 l'année précédente).

6.2 Décisions

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a rendu 51 (79) décisions qui ont concerné les domaines suivants:

- | | |
|--|---------|
| • Autorisations en vertu des articles 3, 3bis et 3ter LB | 21 (44) |
| • Assujettissement de sociétés financières à caractère bancaire aux articles 7 et 8 LB | 14 (10) |
| • Changement d'institution de revision selon l'article 39 alinéa 2 OB | 5 (9) |
| • Fonds propres, liquidité et répartition des risques | 2 (3) |
| • Comptes annuels | – (2) |
| • Garantie d'une activité irréprochable, organisation interne | – (7) |

• Exercice d'une activité bancaire sans autorisation	2 (2)
• Divers	7 (2)

Sur ces 51 décisions, une seule a fait l'objet d'un recours de droit administratif au Tribunal fédéral, qui l'a rejeté le 12 décembre 1986.

6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques

En se fondant sur les directives générales et la pratique de la Commission des banques, le Secrétariat s'efforce de régler les cas d'espèce tout d'abord par la voie d'une «recommandation» au sens de l'article 5 du règlement concernant l'organisation et l'activité de la Commission des banques. Par ses recommandations, le Secrétariat invite la banque à adopter un certain comportement et lui fixe un délai donné pour dire si elle l'accepte. En cas de refus, le Secrétariat soumet l'affaire pour décision à la Commission (cf. rapport de gestion 1985, p. 42 ss.).

Durant l'année écoulée, 29 (61) recommandations ont été émises et les banques les ont toutes acceptées. Les recommandations concernaient les domaines suivants:

• Répartition des risques	10 (22)
• Comptes annuels	17 (34)
• Organisation	1 (2)
• Revision	– (2)
• Divers	1 (1)

Le nombre de recommandations du Secrétariat a fortement diminué par rapport à l'année précédente. Cette évolution est principalement due au changement survenu dans la pratique au sujet des recommandations relatives à la présentation des comptes annuels. Jusqu'à présent, le Secrétariat de la Commission des banques recommandait aux banques de lui remettre les comptes avant publication lorsque leur clôture risquait de poser des problèmes. En demandant de voir les comptes avant publication, la Commission des banques a la possibilité d'attirer l'attention de la banque sur d'éventuelles violations de la loi – telles que des infractions aux prescriptions régissant l'établissement des comptes annuels – et de lui permettre d'apporter les corrections nécessaires (cf. rapport de gestion 1985, p. 13 ss et 42 ss). Dans la mesure du possible, la Commission des banques confie maintenant ces examens

directement aux institutions de revision, qui connaissent bien la pratique de l'autorité de surveillance. Cette dernière continuera par contre, comme par le passé, à se prononcer elle-même sur les cas spéciaux.

Le nombre des annonces de répartition des risques selon l'article 21 OB traité par le Secrétariat n'a que très peu varié par rapport à 1985 (184 annonces en 1986 contre 186 en 1985).

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi

7.1 Etat à la fin 1986

• Banques (dont 110 en mains étrangères et 32 succursales de banques étrangères)	507	(503)
• Caisses Raiffeisen	1230	(1229)
• Fédération Vaudoise des Caisses de Crédit Mutuel	14	(14)
• Sociétés financières à caractère bancaire, complètement assujetties	4	(4)
• Sociétés financières à caractère bancaire, assujetties aux seuls articles 7 et 8 LB	125	(114)
• Représentations de banques étrangères	69	(69)
• Banques étrangères autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse	16	(15)
• Institutions de revision agréées pour la revision des banques	22	(22)

7.2 Autorisations délivrées en 1986

Banques

- Banque Cantrade Lausanne SA, Lausanne; nouvelle création
- Barclays Bank SA, Genève; nouvelle création
- The First National Bank of Boston, Boston, succursale de Genève; nouvelle création
- Mitsubishi Bank (Schweiz) AG, Zürich; transformation de Mitsubishi Finanz (Schweiz) AG, Zürich, en banque

- Robert Fleming (Schweiz) AG, Zürich; transformation de Robert Fleming AG, Zürich, en banque
- Rüd, Blass & Cie AG Bankgeschäft, Zürich; transformation de Rüd, Blass & Cie, Inhaber Blass & Cie Bankgeschäft, en société anonyme
- Scobag AG, Basel; transformation d'une société de gérance de fortune en banque
- The Long-Term Credit Bank of Japan (Schweiz) AG, Zürich; transformation de LTCB (Schweiz) AG, Zürich, en banque

Caisses Raiffeisen

- Raiffeisenkasse Biglen, Biglen; nouvelle création

Représentations

- The Toyo Trust and Banking Company Ltd., Tokyo; création d'une représentation à Zurich

Banques étrangères autorisées à obtenir des fonds en dépôt en Suisse

- Merrill Lynch International Bank Ltd., London

Sociétés financières à caractère bancaire (assujetties aux seuls articles 7 et 8 LB)

- Attel & Cie AG, Lugano
- Banatlantico Zürich AG, Zürich
- Chemical New York Market Corp. Geneva SA, Genève
- Cosmo (Schweiz) AG, Zürich
- Morval & Cie SA, Genève
- Péchiney Métaux Précieux PMP SA, Zoug
- Rheinland-Pfalz Finanz AG, Zürich
- Saitama Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Security Pacific (Switzerland) SA, Genève
- Shearson Lehman-Amex Finanz AG, Zürich
- Steger Finanz AG, Zürich
- Takugin Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Yamatane Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Yokohama Finanz (Schweiz) AG, Zürich

7.3 Cessation de l'activité

Cessation de l'activité bancaire

- ABC Bank für Kredite und Finanzierungen, Zürich; transformation en société financière
- Barclays Bank PLC, London; fermeture de la succursale de Zürich
- Inkasso- und Leihbank AG Luzern, Luzern; transformation en société financière
- Rüd, Blass & Cie, Inhaber Blass & Cie Bankgeschäft, Zürich; transformation en société anonyme

Cessation de l'activité comme représentant

- Hokkaido Takushoku Bank Ltd., Sapporo; Zürich

Cessation de l'activité comme société financière à caractère bancaire

- LTCB (Schweiz) AG, Zürich; transformation en banque
- Mitsubishi Finanz (Schweiz) AG, Zürich; transformation en banque
- Robert Fleming AG, Zürich; transformation en banque

IV. Surveillance des fonds de placement

1. Pratique de l'autorité de surveillance

1.1 Commissions maximums

Les commissions que la direction et la banque dépositaire d'un fonds peuvent exiger pour leurs services doivent être énumérées dans le règlement du fonds, qui doit préciser leur genre, leur méthode de calcul et leur montant (art. 11 LFP et art. 13 OFP). Dans divers règlements les taux de ces commissions sont qualifiés de «maximum». Un règlement comportant des taux particulièrement élevés a amené la Commission des banques à examiner si cet énoncé des rémunérations revenant aux organes du fonds était conforme à la loi. Dans ce cas, le porteur de parts ne peut pas savoir d'après le règlement, ni généralement d'après le rapport de gestion, quels sont les taux de commission que les organes du fonds ont effectivement prélevés. Il admet probablement que ce n'est qu'exceptionnellement et dans des circonstances particulières que le taux maximum est appliqué. La Commission des banques est d'avis qu'un texte de règlement qui prévoit des taux maximums ne répond pas à l'exigence de clarté que réclame la loi. A l'avenir, la Commission des banques ne donnera plus son approbation à des règlements prévoyant des taux maximums. La seule exception à cette règle s'applique à la commission d'émission prélevée lors de la souscription de nouvelles parts car l'investisseur, avant de se décider, peut s'enquérir du taux qu'il devra supporter. Pour les fonds existants dont le règlement prévoit des commissions maximums, toutes les directions ont accepté une recommandation de la Commission des banques les invitant à mentionner les taux effectifs dans les rapports de gestion et à adapter les règlements à la nouvelle pratique lors d'une prochaine modification.

1.2 Estimation de la valeur vénale des immeubles

Le calcul de la valeur vénale des actifs d'un fonds de placement joue un rôle clé. Il détermine la valeur d'inventaire de la part dont découlent à leur tour les prix d'émission et de rachat. Cette valeur d'inventaire est importante même si aucune émission ni aucun rachat n'ont lieu, car sa publication n'est pas sans influencer les prix faits en bourse ou hors

bourse. La détermination de la valeur vénale d'un fonds investi en papiers-valeurs ne pose aucune difficulté, dès lors que ses actifs sont traités en bourse et qu'il suffit, par exemple, de consulter la cote ou de se référer à Telekurs SA pour connaître leur valeur effective. La valeur vénale d'un immeuble est par contre beaucoup plus difficile à déterminer, du fait que chaque immeuble a ses particularités. On en est dès lors réduit à faire des estimations. Ni celui qui veut souscrire des parts ni celui qui veut s'en défaire ne devraient être avantagés ou pénalisés par une estimation trop prudente ou au contraire surfaite. Afin de garantir une valeur d'estimation la plus objective possible, la direction du fonds doit s'adjoindre, de par la loi, un ou plusieurs experts indépendants chargés des estimations. Ces experts doivent pouvoir jouir d'une marge assez large d'appréciation. Ils ont toutefois tendance, ainsi que les directions de fonds, à faire preuve de retenue dans leurs estimations. La Commission des banques a dû s'occuper de cas où les estimations n'avaient manifestement pas suivi l'évolution des prix sur le marché immobilier et où la procédure d'estimation utilisée par l'expert n'était pas justifiée. L'institution de revision a été invitée à s'exprimer avec plus de soin sur la façon dont les expertises étaient établies. La Direction et les experts ont eux aussi été rappelés à leur devoir de diligence et la Commission des banques s'est réservée la possibilité de faire procéder à une nouvelle estimation des immeubles par un expert-tiers, qu'elle désignerait.

1.3 Europrogramme

Les fonds Europrogramme International (EPR) et Europrogramme International Série 1969 (EPR 69) sont en liquidation depuis le 30 septembre 1985 (cf. rapports de gestion 1984, p. 57 ss, et 1985, p. 52). La direction des fonds a déjà pu réaliser quelques immeubles, permettant ainsi un premier remboursement de frs. 250.- pour EPR et une réduction des dettes hypothécaires pour EPR 69. Elle mène en outre des négociations avec certains intéressés qui seraient disposés à acquérir «en bloc» les immeubles d'EPR 69.

Les efforts déployés en Italie aux fins de créer une société qui aurait pu reprendre EPR 69 dans le cadre d'une loi sur les fonds de placement immobiliers n'ont pas fait de progrès durant l'année sous revue.

Les décisions prises en 1985 par la Commission des banques et la direction des fonds EPR se sont avérées judicieuses.

2. Directive du Conseil des Communautés Européennes

La Directive du Conseil, du 20 décembre 1985, portant coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant certains organismes de placement collectif en valeurs mobilières (OPCVM) cherche à unifier le droit des fonds de placement dans les Etats membres de la Communauté avec le but de rapprocher les conditions de concurrence de ces organismes et d'y réaliser une protection plus efficace et plus uniforme des participants. L'unification du droit communautaire aura notamment pour effet de libéraliser la commercialisation des parts de fonds de placement entre Etats membres. Ainsi, les parts d'un fonds domicilié dans un Etat membre de la Communauté pourront, sans autre, être commercialisées dans d'autres Etats de la Communauté. Ceux-ci ont jusqu'au 1er octobre 1989 pour adapter leur législation à cette Directive.

La Commission des banques a demandé à l'Association suisse des banquiers si, pour la défense des intérêts économiques suisses, un accord devait être recherché avec la CEE afin d'éviter une discrimination des fonds de placement suisses lors de la commercialisation de leurs parts sur le territoire communautaire. Un tel accord présuppose toutefois que la Suisse adapte ses conditions d'autorisation pour les fonds étrangers en Suisse à la Directive communautaire.

3. Règlement modèle pour les fonds en valeurs mobilières

Le développement de nouveaux instruments financiers a fortement augmenté au cours des dernières années. Pour les fonds de placement comme pour la Commission des banques se pose la question de savoir dans quelle mesure les fonds peuvent investir dans ces nouvelles formes de placement. A la suggestion de la Commission des banques, la Commission des fonds de placement de l'Association suisse des banquiers a examiné ce problème et a élaboré un nouveau rè-

glement modèle pour les fonds en valeurs mobilières, qui devrait remplacer celui datant de 1967. Ce projet de règlement modèle complète notamment les règles de placement en leur incorporant dans une mesure limitée les nouveaux instruments financiers. Il prévoit ainsi l'acquisition d'options d'achat (call-option) sur titres pour une valeur de titres ne devant pas excéder le montant des liquidités et des fonds en attente d'être utilisés. De telles options, portant sur des titres détenus par le fonds, peuvent également être vendues. Enfin, des opérations sur options, « futures » et à terme sont admises pour couvrir des risques monétaires, d'intérêt et de cours sur des placements existants, des fonds en attente d'être utilisés et des liquidités. Le projet tient aussi compte d'autres innovations intervenues ces dernières années (par exemple lors de la dernière révision de l'ordonnance d'exécution sur les fonds de placement). La Commission des banques, à qui ce projet de règlement a été soumis, examinera s'il est conforme à la loi sur les fonds de placement et à son ordonnance d'exécution.

4. Relations internationales

Un échange d'expériences et d'informations a lieu chaque année entre les représentants des autorités de surveillance des fonds de placement des Etats membres de la Communauté européenne, de la Suède, des USA, du Canada et de la Suisse. En 1986, la réunion fut organisée à Luxembourg par l'Institut monétaire luxembourgeois. Cette conférence s'est occupée notamment de la Directive du Conseil des Communautés européennes du 20 décembre 1985 (cf. ch. 2, p. 148), de la commercialisation à l'étranger de parts de fonds de placement ainsi que de l'admissibilité des « traded options » et « futures » comme véhicules de placement pour les fonds.

5. Affaires traitées

Durant l'année 1986, 110 affaires (contre 96 en 1985) ont été traitées par la Commission des banques. Aucune décision n'a fait l'objet d'un recours au Tribunal fédéral.

6. Développement des fonds de placement en 1986

	Nombre au 31.12.		Fortune des Fonds au 30.9. en mio de frs.		Emissions ./Rachats au 30.9. en mio de frs.	
	1986	1985	1986	1985	1986	1985
Fonds mobiliers	132	113	20398	14513	4952	2123
Fonds immobiliers et mixtes	33	35	6530	5975	383	- 102
Total	165	148	26928	20488	5335	2021
Fonds étrangers autorisés à faire appel au public	73	49			848	1 156

De plus, cinq fonds de placement se trouvent en liquidation (Europrogramme International, Europrogramme International Série 1969, hbg-Immobilienfonds, Lifo-Anlagefonds, Sogeloc Obligations Internationales I). Deux fonds ont été liquidés durant l'exercice sous revue, soit Swissreal Série A et Solbatim 63. Le lancement d'Europac a en outre été pour le moment abandonné.

Si les deux dernières années avaient déjà enregistré une forte augmentation du nombre de nouveaux fonds, celle sous revue a connu un record absolu avec la constitution de 21 fonds suisses en valeurs mobilières. En créant des fonds spécialisés, soit dans une monnaie déterminée soit dans des investissements effectués dans un pays déterminé, les banques actives dans le secteur des fonds de placement complètent la palette de leur offre. Les directions de fonds et les banques dépositaires ont des opinions bien partagées sur l'opportunité de choisir une monnaie étrangère comme unité de compte d'un fonds suisse, ce qui est possible depuis la révision du 6 novembre 1985 de l'ordonnance d'exécution de la loi sur les fonds de placement.

Les fonds suivants furent créés en 1986:

Anglovalor
Ecu Bond Selection
Elders Fonds de Placement Australien
Elders Fonds de Placement International
Francevalor
Germaniavalor

Gulden-Invest
Hentsch – Swiss Franc Bond Portfolio
Holland-Invest
Italvalor
Leu – Ausschüttungs-Fonds
Leu – Wertzuwachs-Fonds
Multihelvetia
Parjapon
Parsuisse
Pazifikwert
Sfr-Baer
Swissca-Interpart
Swissca-Interrent
Swissca Part
Swissca Rent

La commercialisation de parts de fonds de placement étrangers a également rencontré un grand intérêt. Trente fonds ont été admis à faire appel au public en Suisse, ce qui constitue aussi un record quant au nombre d'autorisations délivrées en une année. Ces autorisations sont allées à cinq banques requérantes qui, elles aussi, désirent offrir au public une large palette de fonds portant sur des investissements bien déterminés.

V. Surveillance des lettres de gage

1. **Modification de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage**

La revision de l'article 11 de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage (OLG), qui prescrit la manière de tenir le registre des gages, a été mise en oeuvre en 1984 à l'initiative des deux centrales d'émission. Les travaux préparatoires ont été achevés en 1985 et une proposition de modification de cet article a été soumise au Conseil fédéral (cf. rapport de gestion 1985, p. 54). Ce dernier a fixé l'entrée en vigueur de l'article 11 OLG modifié au 1er juillet 1986. Les centrales d'émission pourront dorénavant tenir le registre des gages au moyen de l'informatique, ce qui constituera un allègement sensible de leurs tâches administratives.

2. **Revision des centrales d'émission de lettres de gage**

Le Secrétariat de la Commission des banques doit s'assurer chaque année que les comptes annuels des centrales d'émission sont bien conformes, quant à la forme et au fond, aux prescriptions légales, statutaires et réglementaires et que les dispositions de la loi sur l'émission de lettres de gage (LLG) sont respectées (art. 42 LLG). Les institutions de revision bancaire examinent, pour leur part, le registre des gages et la couverture des prêts chez les membres des centrales.

Les revisions opérées en 1986 (comptes annuels 1985 de la Banque des Lettres de gage d'Etablissements suisses de Crédit hypothécaire, Zurich, et comptes annuels 1985/1986 de la Centrale de Lettres de gage des Banques cantonales suisses, Zurich) n'ont donné lieu à aucune remarque particulière.

VI. Commission des banques et Secrétariat

1. Commission des banques

Atteints par la limite d'âge fixée pour les membres des commissions extraparlimentaires, MM. Albert Uldry, docteur en droit, vice-président, et Hans Hartung, membre, ont quitté leurs fonctions au sein de la Commission à fin 1986. Pour les remplacer, le Conseil fédéral a nommé, à partir du 1er janvier 1987, MM. Amilcare Berra, docteur en sciences politiques, et Silvio de Capitani, docteur en droit. Il a également désigné M. Alain Hirsch, docteur en droit, professeur, en qualité de nouveau vice-président. La Commission des banques comprend ainsi, comme auparavant, sept membres.

2. Secrétariat

M. Kurt Hauri, docteur en droit, jusqu'alors directeur-adjoint de l'Administration fédérale des finances, a repris la direction du Secrétariat de la Commission des banques en date du 1er février 1986. Il a ainsi succédé à M. Bernhard Müller, avocat, qui a fait valoir ses droits à la retraite.

L'effectif du personnel du Secrétariat, approuvé par le Conseil fédéral, s'élève à 27½ postes de travail qui sont occupés par 30 collaboratrices et collaborateurs, dont 5 à temps partiel.

3. Comptes annuels

Les frais découlant de la surveillance des banques et des fonds de placement sont supportés par les entreprises soumises à cette surveillance. Les émoluments qui sont prélevés par la Commission des banques sont arrêtés de manière à ce qu'ils couvrent ses frais et ceux de son Secrétariat...

Les dispositions régissant les comptes de la Confédération s'appliquent aussi à la comptabilité de la Commission des banques. La Commission figure dès lors sous la rubrique correspondante des comptes de la Confédération.

Les comptes de l'année 1986 se présentent comme suit:

	Dépenses		Recettes	
	1986 Fr.	1985 Fr.	1986 Fr.	1985 Fr.
Autorités et personnel	2'640'424	2'713'819		
Frais généraux	2'312'966	2'399'106		
Emoluments de surveillance				
– Banques			4'168'218	3'862'101
– Fonds de placement			450'957	426'539
Emoluments d'arrêté et d'écritures			610'216	614'927
Report des années précédentes			107'686	317'044
Report à compte nouveau	383'687	107'686		
	5'337'077	5'220'611	5'337'077	5'220'611

Le Président:
Dr. Hermann Bodenmann

Le Directeur:
Dr. Kurt Hauri

Berne, fin janvier 1987



EBK CFB